DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

235 21. JAHRGANG April 2004 4,50 €

TAUSCHRINGE: GEGENSEITIGE HILFEN ODER GEGENSEITIG AUFRECHNEN?

Möglichkeiten und Grenzen

Nun gibt es sie schon einige Jahre. Sie haben oftmals auch gut funktioniert, das heißt, viele erfolgreiche Austauschakte ermöglicht und Kontakte unter den Beteiligten befördert. Aber die »Phase der Verliebtheit« ist vorbei. Manche Tauschringe dümpeln mit einer geringen Tauschhäufigkeit vor sich hin. Andere sind eingeschlafen. Andererseits kommen ständig noch neue Gruppen hinzu. Es gibt in Deutschland ca. 300 Tauschringe. Wir fanden es in der CONTRASTE-Redaktion an der Zeit, einmal einen solidarisch-kritischen Rückblick und Ausblick zu probieren.

Copyright: Hendrik Dorgathen

Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg ● WIE ein Tauschring funktioniert, wissen inzwischen viele: Jede bietet ihre Fähigkeiten an oder genießt die Fähigkeiten der anderen... Es wird verrechnet in Zeiteinheiten, die lose an den Euro angelehnt sind. Ziel dieses Wirtschaftens ist es, viele Tauschaktivitäten zu ermöglichen. Dabei soll ein etwa ausgeglichenes Konto angestrebt werden.

Ein Tauschring hat für die aktiv Tauschenden einige offensichtliche Vorteile: Es kann jedeR das anbieten, was den eigenen Neigungen entspricht. Es muss allerdings auf diesem Markt auch gebraucht werden. Jeder kann die Häufigkeit der Aktionen selbst regulieren. Es können menschliche Kontakte entstehen, die deutlich über das formale Tauschen hinausgehen. »Organisierter Hilfetausch schafft ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Gebenden und Nehmenden.« (Zeit-Tauschring Frankfurt Nordwest) Wirtschaften kann ein Stück weit in die eigenen Hände genommen werden, wird übersichtlich und direkter erfahrbar, während es sonst über Supermärkte, große Privatfirmen, Behörden usw. die Menschen eher zu Teilen eines Apparates macht.

Aber sehen wir näher, auf welche Grenzen die Tauschring-Aktionen inzwischen gestoßen sind. (Dazu sollen auch die abgedruckten Berichte beitragen. Herzlichen Dank an alle! Wir bleiben, wenn möglich in Kontakt!)

Ein Tauschring sollte nach den Erfahrungen einiger Aktiver schon über 100 Mitglieder haben, um ein relativ attraktives Angebot mit einer gewissen Tauschhäufigkeit zu verbinden. Auf dem Lande, oder wenn ein hoher Bekanntheitsgrad unter den Tauschenden mitgebracht wird, reichen wohl auch weniger Mitglieder.

Schaffen es die Tauschringe wirklich, längerfristig eine verhältnismäßig hohe »Tauschdichte« und ein ausgeglichenes Verhältnis von Geben und Nehmen zu ermöglichen? Voraussetzung dafür ist wohl auch ein Prozess des Kennenlernens am Ort und im Stadtteil, eine bewusste Beschränkung auf einen übersichtlichen Kreis von Menschen. Manchmal fehlen attraktive Angebote, die eigentlich benötigt würden, z.B. bestimmte Handwerker-Arbeiten. Trotzdem hat es nach den Berichten ein Teil der Tauschringe geschafft. Diese wollen erklärtermaßen meist nicht weiter wachsen und verbinden bewusst keine weitergehenden Wünsche demokratischen Wirtschaftens damit.

Ein anderer Teil der Tauschringe will den Austausch intensivieren und durch die Ausgabe von Regionalgeld ergänzen. Da gehen die Tauschringe einen Schritt über ihre unmittelbaren Erfahrungen hinaus.

Ziel: Geldreform?

Geld, speziell die Funktion des Zinses, wird als die Ursache fast allen wirtschaftlichen Übels angesehen. Deshalb probieren diese Menschen eine Geldreform. Sie bringen unter sich ein Geld in Umlauf, dass dem Zinsverbot unterliegt. Hinzu kommt ein kleiner, verabredeter Wertverfall, als Anreiz, das Regionalgeld nicht zu horten, sondern wieder in Umlauf zu bringen. Die private Warenwirtschaft, auch die übliche Kapitalbildung werden ansonsten als unproblematisch empfunden. Es kommt eine bestimmte Einschätzung der Rolle des Geldes hinzu. Geld erscheint allen Geldbenutzern als praktisches Austauschmittel. Die Waren erscheinen gar nicht als Träger von abstraktem Wert, sondern nur als nützliche Dinge, Güter oder Dienstleistungen. Ihr zusätzlicher Wertcharakter fällt ihnen an den Dingen als Waren nicht auf. Er springt ihnen dagegen in der Allgemeingestalt des Wertes, im Geld, ins Auge.

An der Einschätzung der Rolle des Geldes hängt auch die Frage, ob die Tauschringe eher eine (Arbeits-)Marktlücke füllen sollen oder als ein Ansatz Für eine neue, demokratischere Wirtschaftsweise verstanden werden. Die Geldreformer betonen den Vorteil einer direkteren Aktivität der Beteiligten als Austauscher gegenüber dem herkömmlichen Markt. Sie wollen das Marktgeschehen selbst demokratisieren. Die Kritiker sehen eher die Neueinübung des dieser Gesellschaft ohnehin zu Grunde liegenden Tauschprinzips (»Ich gebe dir, wenn du mir Gleichwertiges gemäß dem Marktwert für Waren und Arbeitskraft gibst«) Andere Gruppen demokratischen Wirtschaftens kritisieren das Tauschprinzip auch praktisch. Sie bringen in Umsonstläden, Projektgemeinschaften, Nutzergemeinschaften und Gratisringen *Geben und Nehmen* in ein loseres Verhältnis als im Tauschring.

Die Debatte zwischen Geldreformern und Kritikern von Waren und Geld soll hier in der CONTRASTE weiter in solidarische Weise ausgetragen werden – zum Nutzen aller.●

Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 10

AUS DEM INHALT:

ZENTREN BEDROHT

Ob hoch im Norden oder im tiefsten Süden: Immer wieder gibt es Versuche der örtlichen Politik, autonome und unabhängige Zentren abzuschaffen. Im Norden ist es die Lübecker »Alternative«, die es nach erfolgreichen Protestaktionen gerade noch mal geschafft hat, ihren Mietvertrag bis zum 30.6.2005 zu verlängern. Hoffen wir das der mit Stadt erkämpfte Kompromiss nicht nur eine Gnadenfrist bedeutet. In Freiburg ist es das Zentrum für Kultur und Politik (KTS), dem gerade der Mietvertrag durch die Deutsche Bahn gekündigt wurde – rechtzeitig zum 10jährigen Jubiläum. Seite 3

RECYCLING

Ausrangierte Computer sind kein Schrott. Und wenn ihre Aufarbeitung erst einmal Geld kostet, sind sie dennoch wertvoll. Wie wertvoll, zeigt ein Projekt im E-Werk Sassnitz, das kürzlich offiziell ans Netz ging. Es liefert recycelte Computer zu Spottpreisen an Schulen und qualifiziert seine Beschäftigten gleichzeitig damit. Seite 4

JUBILÄUM

Jubiläen müssen nicht langweilig sein. In der »WSS«, der Werk-statt-Schule e.V. in Hannover besteht unter den 32 »GenossInnen« – oder besser TeamerInnen – ein permanenter Diskussionsbedarf über notwendige Veränderungen. Mehr über 20 Jahre Selbstverwaltung in der WSS auf Seite 5.

ZINSEN VERBOTEN

Mit der wieder erstarkenden religiösen Orientierung in den muslimischen Ländern ist die Scharia-Kompatibilität von Banken ein Wachstumsmarkt. Investiert wird auf Basis islamischen Rechts, der »Scharia«, die Zinsen und Wucher verbietet. Seite 6

ANTISEMITISMUS & MEDIEN

Bei Medienuntersuchungen werden nur die Endprodukte geprüft, Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichtensendungen von ARD oder ZDF. Da werden Erbsen gezählt. Wenn Arafat exakt so viele Sekunden über den Bildschirm flimmert wie Scharon, bestätigen sich die Fernsehmacher eine TV-gemäße Ausgewogenheit. Propaganda mit Ministatistiken und Vergeltung auf Seite 11.

GENOSSENSCHAFTEN

In Heidelberg hat sich eine kleine Gruppe von Personen und Unternehmen gefunden, die es sich zum Ziel gesetzt haben, genossenschaftliche Strukturen auch in der Pflege zu nutzen. Bewusst werden nicht nur reine Ambulante Pflegedienste oder nur Pflegeheime in diese Kooperationsstruktur eingebunden. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

SELBSTBESTIMMT LEBEN – KOMMUNEN GRÜNDEN

Los Geht's

In der Kommune in Waltershausen (Thüringen) findet Pfingsten ein mehrtägiges Treffen statt. Das Zusammenfinden von an dieser Art Lebens- und Arbeitsgemeinschaft interessierter Menschen soll ermöglicht und Neugründungen unterstützt werden.

Redaktion Heidelberg ● Seit teilweise mehreren Jahrzehnten versuchen in Deutschland etwa 30 Lebens- und Arbeitsgemeinschaften andere Wege zu gehen. Was sie verbindet ist der Wunsch nach einem gerechten, solidarischen Miteinander und einem gemeinschaftsorientierten Leben. Sie nennen sich Kommunen und versuchen ein herrschaftsfreies, sozial- und umweltverträgliches Wirtschaften zu verwirklichen.

Sie wollen nicht mehr mitmachen in einer Gesellschaft, in der sich die vermeintlich starken mit ihren Verwertungsinteressen durchsetzen und damit Entrechtung, Umweltzerstörung und Krieg auslösen. »Es ist der Versuch, den Vereinzelungstendenzen in unserer Ellbogengesellschaft ein Modell entgegenzustellen, dass auf Gemeinsamkeit und Solidarität basiert. In Zeiten des Sozialabbaus und zunehmender Verarmung breiter Bevölkerungsschichten liegt in einer gemeinschaftlichen Lebensweise ein enormes gesamtgesellschaftliches Potential,« meint Peter Dangelmeyer (48), der seit 15 Jahren in Kommunen lebt.

Gemeinsamer Besitz an Grund und Boden, Gebäuden sowie Produktionsmitteln ist eine Basis dieses Entwurfs. Gemeinsame Finanzierung des Alltags eine andere.

Entscheidungen werden im Konsens getroffen, das bedeutet, es müssen Lösungswege gesucht werden, die alle mittragen können. Um den Konsensfindungsprozess zu beschleunigen und zu vereinfachen, wird mit verschiedenen Gesprächsmethoden und Entscheidungswegen experimentiert. Konsens verhindert im Gegensatz zu mehrheitlicher Abstimmung die Entrechtung vermeintlicher Minderheiten. Er stärkt auch das Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen. Die Entscheidungen werden quasi den Menschen angepasst, die sie betreffen.

Die Kommune Waltershausen (KoWa), die Kommune Niederkaufungen bei Kassel und die Villa Locca in Kassel laden gemeinsam zu einem Treffen für ca. 300 Menschen ein. »Als neugegründetes Projekt, welches seinen Anfang auf dem ersten »Los Geht's« 1999 nahm, freuen wir uns besonders darauf, dieses Jahr die gastgebende Kommune zu sein«, bemerkt Dodo Ender (34), Kommunardin bei KoWa. Das Los Geht's findet bereits zum vierten Mal statt.

Es werden Menschen aus vielen Kommunen erwartet, die zusammen mit den InteressentInnen zu mehreren Aspekten des Gruppenlebens arbeiten werden. Die Probleme und Möglichkeiten des gemeinsamen Wirtschaftens werden genauso Thema sein, wie Konsensfindungsmethoden, rechtlich-technische Aspekte bei Kommunegründungen, Gruppenkommunikation, Konfliktklärung, gemeinsame Verantwortung für Kinder und vieles mehr. Ein kleines kulturelles Programm rundet die viertägige Veranstaltung ab. Das Treffen lebt vom Engagement und der Beteiligung der BesucherInnen, die VeranstalterInnen bieten den Rahmen zum Kennenlernen und zum Informationsaustausch rund um das Thema »Leben in Kommune«.●

Los Geht's – Selbstbestimmt leben – Kommune gründen in der Kommune Walterhausen (bei Erfurt in Thüringen) Termin:
Pfingsten 2004, 27.-31. Mai 2004

Info und Anmeldung:
www.losgehts2004.de
Tel. (0 56 05) 8 00 70
Fax 80 07 40

KOOPERATIVE HAINA E.V.

Die Kooperative und die Wasserkraft

Die Kooperative Haina e.V. beschäftigt sich seit nunmehr 10 Jahren erfolgreich mit sozialer und ökologischer Jugendarbeit. Unsere Entschlossenheit zur Fortführung dieser Aktivitäten ist ungebrochen, doch zwingen uns nachlassende öffentliche Förderungsmöglichkeiten zur Erschließung neuer finanzieller Grundlagen.

Kooperative Haina ● Wir haben uns entschlossen eine Wasserkraftanlage (WKA) als sogenannten »Wirtschaftlichen Zweckbetrieb« zu bauen und zu betreiben, weil wir glauben, damit mehrere unserer Ziele miteinander verbinden zu können:

Als Betreiber kommen dem Verein die Erträge aus der Stromeinspeisung direkt zur Finanzierung seiner Aufgaben in der Jugendförderung zu.

Außerdem steht uns bereits während der baulichen Realisierung ein Anschauungs- und Beteiligungsobjekt für die Bildungsarbeit zur Verfügung.

Durch den Bau der Anlage wird die ökologische Situation des Fließgewässers am Standort verbessert und die Möglichkeit einer Stromversorgung »von Mensch zu Mensch« auf Basis erneuerbarer Energien eröffnet.

Da wir bereits seit 1999 über ein Wasserkraftprojekt nachdenken, verfügen wir inzwischen über ausreichendes Know-how zur Realisierung dieser Idee.

Den Bau der WKA stellen wir in eine Reihe mit den Lokale Agenda Projekten, in denen es darum geht, möglichst viele Menschen aktiv an Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung zu beteiligen.

Der Kontext

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist zwar formal beschlossen, real werden aber wohl noch etwa 30 Jahre vergehen bis er in der BRD umgesetzt ist. Auch die »Liberalisierung« der Energiemärkte hat die Monopole der großen Energieversorger nicht angetastet. Entgegen vielfältiger politischer Absichtsbekundungen steckt der Umbau der Energieversorgung noch immer in den Anfängen. So spielen die regenerativen Energien nach wie vor eine untergeordnete Rolle, trotz des Wissens über die Endlichkeit fossiler Ressourcen und die Klimawirksamkeit, der bei ihrer Verbrennung entstehenden Gase. Die in den Klimaschutzprotokollen formulierten Ziele einer Reduzierung des CO_2-Ausstoßes werden auch in der rot-grün regierten BRD nicht erreicht.

Mit dieser Situation wollen wir uns nicht abfinden und stattdessen gemeinsam mit Kooperations-partnern Formen der dezentralen Energieversorgung entwickeln.

WKA Pulvermühle

Die Suche nach einem geeigneten Standort hat uns inzwischen nach Erfurt gebracht. An den verschiedenen Armen der Gera gab es in der »Stadt des Wassers« einst etwa 40 Mühlen, derer heute nur noch eine in Betrieb ist. Im Stadtgebiet haben wir an der »Wilden Gera« einen geeigneten Standort gefunden, an dem wir mit dem Bau der Wasserkraftanlage Pulvermühle an die alte Tradition anknüpfen wollen. Der Standort befindet sich im Bereich des Moritzwehrs, unter der Straßenbrücke Talstraße.

Der Flusslauf ist in diesem Bereich bereits kanalisiert. Durch die im Rahmen des Projekts geplante Fischtreppe könnte zukünftig auch der Fischaufstieg in die Innenstadtgewässer ermöglicht werden. Der regulierte Abfluß und die Höhenverhältnisse am Standort erlauben eine Energieentnahme von etwa 700.000 kWh pro Jahr, d.h. die Anlage könnte emissionsfrei Strom für 150-200 Familien-Haushalte erzeugen. Neben der Ertragsabschätzung und einem Wirtschaftlichkeits-gutachten, liegen bereits eine detaillierte Bauplanung, sowie die behördlichen Voraussetzungen (Wasserrecht, Baugenehmigung) vor, sodass im Jahr 2004 mit dem Bau begonnen werden könnte.

Die Realisierung des Projekts »Wasserkraftanlage Pulvermühle« erfordert Investitionen, die wir aus eigenen Mitteln nicht aufbringen können. Ein gemeinsam mit der Umweltbank Nürnberg ent-wickeltes Finanzierungskonzept wurde, angeblich aufgrund man-gelnden Eigenkapitals, abgelehnt.

Wir benötigen 20.000 EUR an Eigenmitteln. Leisten sie einen Beitrag und beteiligen Sie sich in Form einer Spende oder eines Darlehens an unserem Projekt! Eingehende Spenden können von unserem gemeinnützigen Verein mit einer Spendenquittung bedacht werden.

Darlehen auch in Form kleinerer Beträge zahlen wir innerhalb von 3 Jahren zurück. Eine Verzinsung bis zu 4%, wenn gewünscht, wäre möglich. Dazu würden wir entsprechende vertragliche Vereinbarungen treffen.●

Weitere Informationen bei:
Kooperative Haina e.V., Burgmühle, Auf der Burg 11, D-99869 Haina, Tel.: (03 62 54) 7 13 00
E-mail: kooperative-haina@t-online.de
Kto: 130 084 794
BLZ: 820 510 00
Sparkasse Erfurt
Stichwort: »Mühlenkultur«

Anzeige

Hände weg
von Dr. Quijano und seiner Familie!
Der Arzt und Hochschul-Lehrer für Pharmakologie und Toxikologie Dr. Romy Quijano deckte die Vergiftung von Anwohnern und Arbeitern einer Bananen-Plantage auf der philippi-nischen Insel Mindanao mit dem BAYER-Gift NEMACUR und anderen Pestiziden auf.

Spenden Sie für diese Solidaritätskampagne unter dem
Stichwort „Dr. Quijano"
auf das Konto
GLS-Bank 80 16 53 30 00
BLZ 430 609 67
www.CBGnetwork.org

DIE SCHWERPUNKTPLANUNG DER NÄCHSTEN MONATE

- Mai 2004: 25 Jahre Ufa-Fabrik Berlin
- Juni 2004: Kein Mensch ist illegal
- Sommer 2004: Archive von unten
- September 2004: Permakultur
- Oktober 2004: Selbstorganisation und Ausgrenzung –Gewaltfreie Konflikttransformation
- November 2004: Knast

Soweit unsere Planung – ob und wie sie umgesetzt werden kann, ist von vielen Faktoren abhängig. So manchesmal macht das Erwerbsleben oder die eigene Arbeit in der Initiative oder Projekt unseren ehrenamtlichen RedakteurInnen einen Strich durch die Rechnung und ein Schwerpunkt muss verschoben und durch einen anderen schnell ersetzt werden. Deshalb bleibt diese Planung auch unverbindlich.

Bei CONTRASTE gibt es keine Zeilen- oder Stundenhonorare – die Einnahmen werden ausschließlich für entstehende Fremdkosten verwendet (Druck, Satz & Layout, Porto, Vertrieb und Bürokosten der Endredaktion).●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.- Postfach 10 45 20 - D-69035 Heidelberg

AKTION 2004

Endspurt

Wir nähern uns dem Ziel für das Jahr 2004. Bis zum Stichtag am 18.3.2004 gingen weitere 694,30 EUR auf unserem Spendenkonto ein. Wir benötigen nun noch weitere 748,50 EUR, um weitere Schulden in diesem Jahr zu vermeiden. Allen SpenderInnen und Mitgliedern des Fördervereins herzlichen Dank!

Redaktion Heidelberg ● Folgende Spenden gingen auf unserem Spendenkonto ein:
- Carsten Brunke, Hamburg (46,80 EUR)
- Dr. Wolfgang Weber, Hechingen (30 EUR)
- Christian Wend, Potsdam (50 EUR)
- Hilmar Kunath, Hamburg (300 EUR)
- Jens Herbold, Berlin (30 EUR)
- Hans-Jörg Gerken, Hamburg (50 EUR)
- Manuel Punzet, Calden (4,50 EUR)
- Siedlungsinitiative e.V. 79 (100 EUR)
- Kommune Info-Tour 2004 (25 EUR)
- Marc Unbehend, Bonn (30 EUR)
- Heinz Weinhausen, Köln (28 EUR)

Herzlichen Dank!

Fördermitgliedschaften

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!
Ein Normalabo wurde auf Fördermitgliedschaft umgestellt:
● Günter Greuel, Mainz (62 EUR)
Diese neue Fördermitgliedschaft bringt zusätzliche 17 EUR in diesem Jahr.

Abokampagne 100+

Es gab drei neue Abos und vier Kündigungen, eine davon wegen unbekannt verzogen. Das Ziel der Abokampagne liegt nun bei 100+

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2004

Das Zeitungsprojekt benötigt 748,50 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 100+ Neuabos

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

KURT'S SURF CENTER: META-MARKETING

Gerüchteküche Internet

Welt-Weite-Werbung ermöglicht das Web und der Emailversand. Das führt zu Frust und Ärger, wenn das Postfach voll SPAM überquillt. »SPAM« (eigentlich Dosenfutter, aber im Internetjargon unerwünschte Werbung) ist das tägliche Brot eines jeden Surfers. Es sei denn, er oder sie schaltet einen SPAM-Filter ein. Aber auch das kann problematisch sein.

Denn SPAM wird zu vielerlei benutzt und wenn es denn nicht Werbung sein soll, kann es auch Anti-Werbung sein. Wenn dann der gute Norton von Symantec oder Photoshop von Adobe zu Minipreisen geSPAMt werden, kommen Symantec oder Adobe eben einfach in den SPAM-Filter und weg sind sie. Sämtlicher Mailverkehr mit den einschlägigen Begriffen verschwindet einfach, weil er rausgefiltert ist.

SPAM soll u.a. auch zum Herunterladen von Viren und Würmern verführen (Dateianhänge besser nie öffnen) oder (als Nigeria-oder Lotto-Scam) zur Preisgabe von personengebundenen Daten. Dafür winkt dann angeblich das schnelle Geld (s. z.B. als Warnung www.nigeria-connection.de). Da sollen laut SPIEGEL sogar schon gutgläubige Stadtkämmerer drauf reingefallen sein, um ihre klammen Kassen mit den versprochenen Millionen wiederaufzufüllen.

SPAM macht sogar Werbung für SPAM-Filtersoftware. Der neueste Overkill ist MetaSPAM. Hier handelt es sich um Methoden, Suchmaschinen über keywords in den Metatags zu beeinflussen. Eine Leipziger Softwareschmiede preist ausgerechnet ihre Filtersoftware mit allerlei Unworten an, die in der Websuchfunktion erscheinen, aber verschwinden, sobald der Suchlink aktiviert wurde und die eigentliche homepage aufgerufen wird. »Scheiss« und »Jude« wurde so bei Google angemeldet. Na klasse! Da schmeißt die Müllabfuhr kräftig mit Müll, damit sie bestellt werden muss.

Zu noch mehr Müll kommt es dann auch in der Politik. Hier ist SPAM kein Dosenfutter, sondern handfeste Fälschungen werden in Umlauf gesetzt, die Meinung machen sollen. So werden z.B. im derzeitigen US-Präsidentenwahlkampf laufend gefälschte Fotos und Gerüchte lanciert, die eifrig Abdruck in der Boulevardpresse finden.

Geschichten aus den siebziger Jahren werden hochgekocht, die das Image der Kandidaten ramponieren sollen. War Kerry mit der bei Vietnam-Veteranen verhassten Jane Fonda gemeinsam auf dem Podium, wie nebenstehendes Bild suggeriert? Antwort: Nein. War er bei den Vietnam-Veterans-Against-the-War? Antwort Ja. Hat Bush damals eine Freundin zur Abtreibung gedrängt? Wer weiß. Hat Kerry vor Jahren als Senator eine Praktikantin belästigt? Offensichtlich nicht. Wollte Kerry vor vierzig Jahren Rockstar werden? Na klar. Welcher Politiker wollte das noch nicht?

Actress And Anti-War Activist Jane Fonda Speaks to a crowd of Vietnam Veterans as Activist and former Vietnam Vet John Kerry (LEFT) listens and prepares to speak next concerning the war in Vietnam (AP Photo)

Die kritische englische Zeitung Guardian hat also deshalb in ihrer Online-Ausgabe (www.guardian.co.uk) zu einem regelrechten Fotofälschwettbewerb aufgerufen. Da heißt es: »Erinnern Sie sich, wie John Kerry Josef Stalin die Hand schüttelte oder wie George Bush auf dem Mond spazieren ging?« Es wird das kreative Fälscherpotenzial der LeserInnen mobilisiert. Die deftigsten Bildchen aller Präsidentschaftskandidaten werden dann veröffentlicht.●

FREIBURG: KULTURTREFF IN SELBSTVERWALTUNG GEKÜNDIGT

Zentrum für Kultur und Politik bedroht

Anfang Februar 2004 wurde dem Freiburger Kulturtreff in Selbstverwaltung (KTS) von der Deutschen Bahn, der das Gelände gehört und der Stadt Freiburg, die diese Gelände an die KTS weitervermietet, der Nutzungsvertrag gekündigt.

Redaktion Heidelberg ● Die Bahn begründet diesen Schritt mit dem Vorwurf des Falschparkens durch KTS-BesucherInnen und weitere angebliche Störungen, die jedoch auf Nachfrage nicht angegeben werden konnten. Das einzige zusätzlich genannte Delikt war die Entwendung einiger Bahnpaletten vor über einem dreiviertel Jahr, die jedoch von der KTS schon vor längerem bezahlt wurden, woraufhin die Bahn versicherte, die Angelegenheit sei erledigt. Diese vorgeschobenen Gründe wurden auch von der Stadtverwaltung als ausreichender Kündigungsgrund anerkannt.

Auf die Beschwerde des Falschparkens wurde von der KTS mit baulichen Veränderungen, Aufklärung der BesucherInnen über Homepage, Koraktor (Programm), Plakate, Flyer etc. reagiert. Zudem wurden in seit Sommer laufenden Gesprächen mit Stadt und Bahn weitere bauliche Maßnahmen vorgeschlagen und der Bahn eine bei allen Veranstaltungen erreichbare Notfallnummer gegeben, die jedoch von der Bahn nie genutzt wurde. Dieses Entgegenkommen der KTS war ein Bemühen um eine gute Nachbarschaft und keine Pflicht, denn wie alle anderen Veranstaltungsorte (Kinos, Kneipen, Discos, etc.) ist die KTS nicht für die Regelung des Verkehrs verantwortlich.

Alle von der KTS unterbreiteten Lösungsvorschläge wurden im Vorhinein von der Bahn abgelehnt, da es nicht um technische Probleme gehe, sondern um die Einstellung der BesucherInnen.

Erstaunlich ist die lange Reaktionszeit der Bahn, die nach 5 Jahren reibungslosem Miteinander in der Baslerstraße plötzlich die Bösartigkeit der BesucherInnen bemerkt, welche jetzt als Kündigungsgrund herhalten soll.

Wir denken, dass sich Lösungen für all diese Probleme finden lassen, und seien es bauliche Maßnahmen, die den Zugang zur KTS komplett von dem zum Bahnbetriebswerk trennen. Dies ist sicherlich immer noch billiger als die hohen Kosten, die durch einen Umzug der KTS entstehen würden.

Trotz aller Widrigkeiten sind wir immer noch gesprächsbereit und sind uns sicher, dass sich für die oben beschriebenen Probleme Lösungen finden lassen.

Wir halten es für den besten Weg, wenn die KTS in den Räumen bleibt, in denen sie sich befindet! (Siehe auch Kasten Solidaritätserklärung)●

Kontakt:
Soligruppe KTS, KTS Ini, Baslerstr. 103, D-79100 Freiburg
E-Mail: kts-soli@gmx.net
Web: www.kts-freiburg.org
Fax: (07 61) 55 40 84

Solidaritätserklärung: Für den Erhalt der KTS

Seit fast 10 Jahren existiert die KTS als Ort für Kultur und Politik in Selbstverwaltung.

Die KTS bietet seit ihrem Bestehen KünstlerInnen aus aller Welt sowie der lokalen Kultur- und Nachwuchsszene einen für Freiburg einmaligen Raum für Konzerte, Theater- und Kabarettaufführungen, Lesungen, Ausstellungen, Filmvorführungen und Parties. Weit über die Region hinaus ist sie ein einzigartiges Zentrum für alternative Politik und Kultur.

Die regelmäßig stattfindenden Info- und Diskussionsveranstaltungen, Seminare und Workshops sind ein fester Bestandteil der alternativen politischen Kultur.

Viele Initiativen nutzen die Räume der KTS: der Infoladen steht mit Büchern und Zeitschriften allen BesucherInnen offen, die Umwelt- und Projektwerkstatt stellt mit ihrem »offenen Büro« eine unverzichtbare Infrastruktur für politische Arbeit dar. Darüber hinaus stellt die KTS Räume für Café und Kneipe, Bandproben, Essen zum Selbstkostenpreis, Sonntagsbrunch, Selbstverteidigungskurse, einen Umsonst-Laden, eine Therapiegruppe und noch vieles mehr bereit.

Diese Vielfalt an Aktivitäten ist mit dem herrschafts- und gesellschaftskritischen Anspruch der KTS verbunden: Sie versteht sich als ein Zusammenschluss verschiedener Gruppen und Einzelpersonen. Alle Projekte in der KTS sind unkommerziell, wodurch vielen Menschen ermöglicht wird, für wenig oder gar kein Geld ein breites Angebot an Veranstaltungen zu besuchen. Gerade in Zeiten des verschärften Sozialabbaus ist dies notwendiger denn je. Die Nutzung der Räumlichkeiten ist kostenlos, politische Infoveranstaltungen oder Konzerte, bei denen die Unkosten nicht durch den Eintritt abgedeckt werden können, werden von der KTS subventioniert. Dadurch ist es auch Menschen ohne finanzielle Ressourcen möglich, Veranstaltungen durchzuführen. Der unkommerzielle Anspruch des Hauses kann nur verwirklicht werden, indem alle Aktivitäten unentgeltlich und in Eigeninitiative stattfinden.Gerade jungen Menschen und Gruppen bietet die KTS die Möglichkeit, jenseits des gesellschaftlichen und kulturellen Mainstreams eigene Initiativen zu starten, Erfahrungen zu sammeln und selbstbestimmt Veranstaltungen zu organisieren.

Die Struktur des Hauses ist offen, was bedeutet, dass sich jede und jeder aktiv einbringen kann. Entscheidungen werden prinzipiell im Plenum basisdemokratisch und nach dem Konsensprinzip getroffen.

Die KTS versteht sich als ein Projekt, das für eine emanzipatorische und gesellschaftskritische Perspektive eintritt. Das ist häufig unbequem und gerade deshalb notwendig. Ausbeutungs-Herrschafts- und Ausgrenzungsverhältnisse sollen kritisiert und bekämpft werden. Die Diskriminierung von Menschen, die nicht der herrschenden gesellschaftlichen Norm entsprechen, wird in den Räumen der KTS nicht geduldet.

Die KTS versucht, einen Freiraum für nichthierarchische Organisations- und Umgangsformen zu bieten und sich darüber hinaus aktiv in die bestehenden Verhältnisse einzumischen. Kritik und Proteste werden immer wieder in die Öffentlichkeit getragen. Und das auf eine offene, direkte Art und Weise, wie es im Rahmen der etablierten Medien und Politikformen nicht möglich ist. Auch deshalb ist die KTS unverzichtbar.

Kurz vor dem 10jährigen Jubiläum ist die Zukunft der KTS jedoch akut gefährdet. Anfang Februar hat die Bahn, der das Gebäude gehört, der Stadt Freiburg, die es an die KTS weitervermietet hat, den Nutzungsvertrag gekündigt. Die Stadt Freiburg hat die Kündigung bisher anerkannt, alle öffentlichen Veranstaltungen wurden seitens der Stadt untersagt und nun droht sogar die Räumung des Gebäudes.

Die von der Bahn vorgegebenen Gründe können eine Entscheidung solcher Tragweite keinesfalls rechtfertigen, zumal sich die Bahn im Vorfeld möglichen Lösungen weitgehend verweigert hat. Beispielsweise hätten die Parkprobleme mit baulichen Maßnahmen wie einer Schranke leicht behoben werden können, wozu sich die KTS stets bereit erklärt hat und dies noch immer tut.

Wir, die unterzeichnenden Gruppen, Vereine, Betriebe und Einzelpersonen aus verschiedensten Bereichen sind der Meinung, unabhängige, unkommerzielle Kultur und Politik ist auch weiterhin wichtig und notwendig.

Wir solidarisieren uns mit der KTS und lehnen die Kündigung der Deutschen Bahn in aller Entschiedenheit ab!

Gerade eine Stadt, die sich gerne mit dem Image »offen« und »tolerant« schmückt, sollte Freiräume wie die KTS erhalten. Deshalb verlangen wir von der Stadtverwaltung und insbesondere von Oberbürgermeister Salomon eine eindeutige Positionierung sowie eine Bestandsgarantie für die KTS.

Wir erklären, dass die Kündigung der KTS eine unverhältnismäßige und nicht akzeptable Entscheidung mit katastrophalen Folgen für alternative Kultur und Politik darstellt.

Wir fordern die Bahn auf, die Kündigung zurückzuziehen und der KTS ein akzeptables Angebot für die weitere Nutzung des KTS-Gebäudes zu unterbreiten.

Wir fordern alle beteiligten Parteien auf, die Zukunft der KTS langfristig zu sichern.●

Solidaritätsunterschriften an obige Anschrift

LÜBECK: ALTERNATIVE BEDROHT

Walli bleibt!

Die Lübecker Walli hat einen neuen Mietvertrag bis zum 30. Juni 2005. Die drohende Räumung zum 1. März wurde abgewendet. Trotzdem oder gerade wegen des Mietvertrag demonstrierten Ende Februar über 800 Leute ihre Solidarität mit der Walli.

Am Samstag demonstrierten über 800 Menschen für den Erhalt der Walli am jetzigen Standort durch die Lübecker Innenstadt. Bei Sonnenschein spielte auf der Zwischenkundgebung auf dem Marktplatz vor dem Rathaus auch eine Band, die am Abend ein Konzert in der Walli gab.

von strandkicker, indymedia ● Der zum 29. Februar 2004 auslaufende Mietvertrag der Walli (aka alternative e.V.) wurde von der Stadt nicht verlängert. Die CDU-Mehrheit im Stadtrat wollte das inzwischen zum »Filetgrundstück« mutierte Gelände an einen nicht vorhandenen Investor verkaufen. Nach den ersten Protesten und angesichts eines fehlenden Investors sah sich die CDU genötigt der Walli ein Angebot zu machen. Für die Walli war dieses Angebot unannehmbar: Hohe Mietforderungen, der Bauwagenplatz sollte verschwinden und die Laufzeit war viel zu kurz.

Nach weiteren vielfältigen Protesten gab es in Verhandlungen einige Tage vor einer möglichen Räumung der Walli (die Nutzer und Bewohner hatten angekündigt das Gelände nicht freiwillig zu verlassen und ggf. zu besetzen) einen Kompromiss:

● Mietvertragsverlängerung um 16 Monate bis zum 30.6.2005
● Statt der geforderten Miete von 26.700 Euro zahlt die alternative nur die Betriebskosten (ca. 4.380 Euro). Der Bereich Jugend und Kultur der Hansestadt Lübeck übernimmt darüber hinaus Mietkosten in Höhe von 4.740 Euro.
● Das Wohnen in Bauwagen wird nicht untersagt.
● In einer gesonderten Vereinbarung erklärt die alternative, sich an der Suche nach einem geeigneten Ersatzgrundstück zu beteiligen. Im Gegenzug erklärt die Hansestadt Lübeck vertreten durch Wirtschaftssenator Halbedel (CDU), »dass die alternative mit allen ihren Aktivitäten langfristig erhalten bleiben soll.«

Da es sich um einen Kompromiss handelt sind die Nutzer der Walli nicht komplett mit dem ausgehandelten zufrieden:

● Die Laufzeit des Mietvertrages ist sehr kurz und bedeutend nur einen Aufschub in der Auseinandersetzung um die Walli; aber ist noch lange keine Bestandsgarantie.
● Der Wagenplatz bleibt erhalten und die Walli ist weiterhin ein Polit-, Kultur-, und Wohnprojekt.
● Die ursprüngliche Mietforderung konnte auf unter 20% der ursprünglich geforderten Summe gedrückt werden. Der trotzdem nicht geringe Geldbetrag ist für ein unkommerzielles Projekt nicht leicht aufzubringen.
● Schwer ins Gewicht fällt die Zusage der Walli sich an der Suche nach einem geeigneten Ersatzgrundstück zu beteiligen. Sie wird alle Angebote prüfen, glaubt aber nicht, dass es in der Stadt ein geeignetes Grundstück (Lage, Größe, Zustand und Finanzierbarkeit sind zu beachten) gibt.
● Im Gegenzug gab die Hansestadt Lübeck eine politische Bestandsgarantie für die Walli ab. Sollte sich bis zum 30.06.2005 kein geeignetes Ersatzgrundstück finden, müsste der Mietvertrag für den jetzigen Standort weiter verlängert werden.

Die Walli verlässt sich nicht nur auf die Zusicherungen der Stadt, die sie Anfangs einfach verschwinden lassen wollte. Die intensive Kampagne mit Aktionen und Demonstrationen wird weitergehen, damit die Walli auch noch in 10 Jahren auf eine breite öffentliche Unterstützung bauen kann.●

Web: www.walli-bleibt.de

SELBSTORGANISATION IM ALLTAG

Schnorren, Sachspenden, Tauschen, »Dealen« Teil 3: Kontaktaufnahme und Quellen

Espi, Redaktion Selbstorganisation im Alltag

Wege der Kontaktaufnahme

a. Ausnahmen: Gleich per Brief, Fax oder Mail

Nur weniges ist ohne vorherige direkte Kontaktaufnahme, also gleich per Mail, Brief oder Fax sinnvoll. Dazu gehören Standardanfragen wie *»Wir wollen ein Seminar gegen Gentechnik durchführen und würden uns freuen, wenn Sie das mit einigen Proben ihrer gentechnikfreien Brotaufstriche unterstützen könnten«*. Solche oder ähnliche Standardfälle klappen meist recht unkompliziert. Das hat guten Grund, denn die Firmen wollen in der Regel bei so etwas mit ihren Produkten als Alternative vertreten sein und/oder unterstützen auch die politische Zielrichtung, denn von gesellschaftlichen Veränderungen in die entsprechende Richtung profitieren sie wirtschaftlich. Daher ist es auch nur fair, wenn sie Aktionen, Seminare usw. unterstützen, die ihnen Vorteile bringen:

- Solarfirmen für Solar-Veranstaltungen/-Aktionen;
- Bio-Nahrungsmittelhersteller, Großhändler oder Läden für Seminare zu Bio-Landbau, Gentechnik usw., Aktionen bis hin zu besetzten Genfeldern;
- Farbenhersteller zu Aktionen oder Seminaren für Baubiologie;
- Büromaterial-/Papierwarenhersteller für Aktionen pro umweltbewusster Alltag, Aktionen an Schulen usw.;
- Verlage und Versände zu passenden Ausstellungen, Festen usw., wo deren Produkte (z.B. Bücher) als Kennenlernexemplare (z.B. zusammen mit Werbeflyern des Verlags) ausliegen.

Da der Bezug der Sachspende zur Aktion sehr direkt ist, kann hier auch ausnahmsweise mal eine schriftliche Anfrage zum Erfolg führen. Ansonsten ist davon abzuraten. Was zählt, ist der direkte Kontakt und die Kreativität der Gesprächsführung. Auch ausreichend ist der Brief für Rezensionsexemplare von Büchern, CDs und Software.

b. Ansonsten immer: Ruf doch mal an ... »Dealen« für Materialien

Einen passenden Begriff für das, um was es hier geht, gibt es nicht. *»Dealen«* soll ausdrücken, dass es eine Mischung ist aus Überredungs- und Überzeugungskunst sowie Verhandlungsgeschick, aus der Fähigkeit, das Besondere herauszustellen, und aus Spontaneität, Kreativität und dem Gespür für den passenden Vorschlag. Wer nur um Geldspenden telefoniert oder im 0-8-15-Standard seine/ihre Anfragen runterspult, wird wenig erreichen. Viele Gruppen und Menschen bauen ihre Arbeit oder ihr Leben sehr stark auf Geld auf – dann ist es einfacher, beim Staat zu schleimen, um Förderungen zu bekommen, mit Arbeits- oder Sozialamt zu kooperieren (und damit die Zwangsgesellschaft zu stützen und für sich einzusetzen) oder mit Konzernen sogenannte »Sponsorings« zu machen der Marke »Eine Hand wäscht die andere.« Die Idee des »Dealens« um Sachmaterialien entstammt eher dem Ansatz der Selbstorganisation, wo die gute Idee zählt und wo für jeden Fall ein neuer Vorschlag entworfen wird. Der Vorschlag besteht aus der Überlegung, welche Quelle (Firma, Schrottplatz, PrivatbesitzerIn u.ä.) ich angehe, wie ich das Gespräch anfange, welche Vorschläge und Begründungen ich bringe, ob ich nur eine Spende will, eine Gegenleistung anbiete, mit der ich bei einem besonderen *»Deal«* überzeugen will usw.

3. Die Quellen

Für AnfängerInnen mag es schwer fallen, sich zu überlegen, wo diese oder jene notwendigen Dinge herzubekommen sind. Wichtig ist, genau zu überlegen, welche Materialien wo anfallen – und dort zum einen zu bekommen sind und zum anderen keinen oder einen geringen *Wert* mehr haben für diejenigen, die mit ihnen umgehen. Einen kleinen Eindruck zur Orientierung kann folgende Liste geben:

● Neue technische Geräte, Büromaterial: Sie sind nur selten *wertlos* bzw. werden, wenn nicht mehr ganz das aktuelle Modell, verschrottet oder umgebaut, um den Markt für das jeweils Neueste freizuhalten. Am ehesten wären die Herstellerfirmen eine Quelle für Geräte als Spende oder z.B. schadhafte, veraltete, Rücknahme- oder Vorführgeräte).
● Altgeräte: HändlerInnen, die Geräte zurücknehmen. Privathaushalte. Dienstleistung, Firmen, Behörden usw., die ihr technisches Equipment erneuern und das alte rauswerfen, Recyclingfirmen oder Arbeitslosen-/Jugendwerkstätten.
● Baumaterial, Fenster, Türen usw.: HandwerkerInnen und Kleinfirmen.
● Bücher, CDs, Software: Verlage usw. als Rezensionsexemplar (muss dann in einer Zeitung, im Radio oder im Internet vorgestellt werden – wer kein eigenes Medium hat, kann mit einer Zeitung kooperieren).
● Gebrauchte Möbel, Büromaschinen, Aktenordner: Banken, Ämter und Versicherungen, wenn die ihren Bestand erneuern (haben oft Lager an Altmöbeln und -geräten in Kellern, Garagen u.ä. und sind froh, wenn es dann doch wegkommt). Sperrmüll und Kleinanzeigen. Privathaushalte.
● Nebenprodukte, Verpackungen, Reste: Überall möglich, je nachdem, was gesucht wird.
● Dienstleistungen, z.B. von Copy-Shops, Versicherungsagenturen: Aufgrund der oft großen Gewinnspannen bzw. Personalkosteneinsatz bei geringem materiellen Einsatz haben diese Firmen wenig Fixkosten. Das bietet bessere Chancen, mit einer Spendenbescheinigung zu überzeugen – und so z.B. einen Copyscheck, eine Versicherung u.ä. zu erhalten.

Teil 4 folgt in der nächsten Ausgabe

DAS ZWEITE LEBEN DES COMPUTERS

Recycling mit Hang zur guten Tat

Ausrangierte Computer sind kein Schrott. Und wenn ihre Aufarbeitung erst einmal Geld kostet, sind sie dennoch wertvoll. Wie wertvoll zeigt ein Projekt im E-Werk Sassnitz, das kürzlich offiziell an Netz ging. Es liefert recycelte Computer zu Spottpreisen an Schulen und qualifiziert seine Beschäftigten gleichzeitig damit.

Torsten Sillmeister und Martin Behnke überwachen die angelieferten Rechner bei einer ersten Funktionsprüfung Foto: ostSeh.de/Andreas Küstermann

Andreas Küstermann, Red. Mecklenburg-Vorpommern ● Alle drei bis vier Jahre ist ein neuer Computer oder eine Teilkomponente fällig. Kaum ein Händler macht sich die Mühe, dem ausrangierten Teil noch etwas abzugewinnen. Doch was im Unternehmen Schnee von gestern bedeutet, kann in der Schule bestens genutzt werden. Nur einen Zwischenschritt erfordert es. Den legt das E.WERK Sassnitz ein. Das schaltete nun die Seite www.second-circle.de frei, auf dem Schulen ihre Rechner bestellen können. Für 17 Euro zuzüglich Transport der kommissionierten Ware. Und voll lizenziert.

Wie geht das? Oliver Thoma führt in einen Schuppen neben dem 1896 ans Netz gegangenen, nun für andere Netze umgebauten Elektrizitätswerk. Die erste Bestellung mehrerer Schulen in der Hand. Von Paletten kommen abgelieferte Altrechner auf einen Prüfstand. Microsoft Deutschland beispielsweise will seine alten Geräte künftig dort abgeben. Und vergibt auch Lizenzen für aufgearbeitete Fremdrechner. Kostenlos. »Der Einen Ersparnis, der Anderen Gewinn«, meint Thoma, während die Rechner von den Paletten heruntergeholt und angestöpselt werden. »Ein spezielles Prüfprogramm der Firmen Tool-House und Poets liefern die Tiefen-Diagnose, was der Rechner für Macken hat. Mainboard, Speicher, Schnittstellen und alle anderen Komponenten werden am Bildschirm aufgelistet.« Vor allem aber müssen im ersten Durchgang normgerecht die Daten gelöscht werden, die der vorherige Eigner hinterlassen hat. »Eine Vertrauenssache, das weiß jeder.«

Oliver Thoma hat dabei einen gewissen Stolz in der Stimme. Vermutlich zu Recht. Denn seit 2001 hat das Projekt rund 8.000 Rechner durchgeschleust. Recht archaisch am Anfang. »Die Basis dafür, dass wir ernstzunehmende Partner für Firmen geworden sind, die uns heute ermöglichen, den bestellten Rechner in rund 1,5 Stunden nahezu vollelektronisch geprüft und kommissioniert zu haben.« Nahezu. Denn der Rechner, der gerade piepst, wird von Mario Schult beiseite genommen. Bis zur Fertigstellung.

Währenddessen Stefan Kleist Staubsauger und Pinsel ansetzt und die Wollmäuse aus den fertigen Gehäusen beseitigt. Peter Gloede und Karl Grabbert nehmen die mit einem Strichcode versehenen Kisten in Empfang. Ab in den Karton mit allem Zubehör und rein in den DHL-Korb. Dieser wird zweimal am Tag abgeholt und die Zeiten des Rot-Runners, der alten E.WERK-Feuerwehr, sind zumindest in Sachen Auslieferung vorbei.

Sieben fest über SAM Beschäftigte stehen dafür derzeit in Lohn und Brot. Und Helfer auf Taschengeldbasis kommen hinzu. Aus dem sonstigen Klientel des Jugendprojektes. »1.500 bis 2.000 Rechner können wir jetzt im Monat bearbeiten. Nur die Schulen müssen diese Möglichkeit nun noch über unseren Internetshop nutzen.« Und das Schönste: Am Ende geht der verbleibende Rest zu einer Sagarder Firma, die damit eine Verwertungsstation aufbaut. Natürlich nach EU-Norm.●

RAUCHEN SCHAFFT WÜSTEN – TABAKANBAU ZERSTÖRT TROPENWALD

Afrikas Wälder lösen sich in Rauch auf

Wo einstmals die unüberschaubare Wildnis des Tropenwalds herrschte, stehen heute in Reih und Glied Plantagenpflanzen, um uns mit Produkten wie Kaffee, Tee, Palmöl oder Bananen zu versorgen. Ein besonders verheerendes Beispiel für die Zerstörung von Regenwald durch Monokulturen ist dabei der Tabakanbau.

Jan-Friso Petersen, Red. Bremen-Umland ● Für die Länder der Tropen ist Rauchen damit nicht nur gesundheitlich, sondern auch ökologisch ein Problem: 1,2 Millionen Hektar Wald werden auf diese Weise weltweit pro Jahr vernichtet. Die Weltgesundheitsorganisation WHO schätzt, dass für 300 Zigaretten jeweils ein Baum gefällt wird. So gibt der deutsche Verband der Zigarettenindustrie zu, dass jährlich insgesamt etwa 9,25 Millionen m³ Tropenholz zur Tabakherstellung und -verpackung regelrecht »verheizt« werden. Denn der Wald muss nicht allein für die Gewinnung neuer Plantagenflächen weichen: Zur Trocknung des frisch geernteten Tabaks sind Unmengen von Feuerholz nötig. Um ein Kilogramm fertigen Tabak herzustellen, werden 160 Kilo Holz verbrannt. Ein deutscher Durchschnittsraucher »verqualmt« also alle drei Monate einen Tropenbaum.

Enormer Raubbau

Tabak wird in über 175 Ländern auf mehr als 4 Millionen ha (1 Hektar = 10.000 m²) Land angebaut. Seit den 60er Jahren jedoch hat sich der Anbau von den amerikanischen Ländern überwiegend nach Afrika und Asien verlagert. Vor allem in Afrika hat dies schlimme Folgen: So sind die Miombowälder stark von den Rodungen betroffen. Mit seiner Ausdehnung von Angola im Westen bis Tansania im Osten Afrikas ist der Miombo mit einer Fläche von über 3 Millionen Quadratkilometern derzeit noch das größte zusammenhängende Trockenwaldgebiet der Erde. Doch laut der Deutschen Forschungsgesellschaft DFG in Bonn fallen allein in Afrika jährlich 140.000 ha Waldfläche dem Tabakanbau zum Opfer.

Legales Verbrechen

»Rauchen verwüstet die grüne Lunge der Erde«, mahnt daher Reinhard Behrend, Vorsitzender von »Rettet den Regenwald e.V.« Warum aber sind diese Gebiete für den Tabakanbau so attraktiv? »Es existieren in den betroffen Ländern keine Gesetze zum Schutze des Tropenwaldes. Was dort geschieht, ist ein legales Verbrechen«, kritisiert Behrend die Politik der Tabakkonzerne. Der Tabak war ursprünglich eine wild wachsende tropische Pflanze, die in Äquatornähe vorkam. Sie benötigt viel Wärme und Feuchtigkeit. Die klimatischen Bedingungen sind in den afrikanischen Ländern optimal. Doch die Verlagerung der Produktion hat auch finanzielle Gründe, wie Behrend beschreibt: »Die Kosten spielen eine große Rolle. Die Bauern verdienen kurzfristig viel Geld. Und die Produzenten profitieren von den niedrigen Lohnkosten.« Die ArbeiterInnen haben weder Kranken- noch Altersversicherung und dürfen sich nicht gewerkschaftlich organisieren. Pestizide versprühen sie meist ohne Schutzkleidung.

Da Tabak als einjährige Pflanze aber hohe Erträge und gute Verkaufsbedingungen bietet, steigen immer mehr Bauern darauf um. Die Produktion für den Weltmarkt zerstört somit das Prinzip der Selbstversorgung. Allerdings kann die Pflanze in vielen Fällen nicht länger als zwei Ernteperioden lang angebaut werden, weil danach der Boden ausgelaugt ist. Ehemalige Tabakfelder sind oft auf Jahre hinaus nicht zu bewirtschaften. Arbeitslosigkeit ist die Folge. Der Entwaldung folgen schnell Erosion und Verwüstung. So hat sich der Waldbestand Tansanias in den letzten 50 Jahren halbiert. Falls sich in Zukunft nichts ändert, sind die langfristigen ökologischen Folgen katastrophal. Arm in Arm mit der Tabakindustrie zerstört so jeder Raucher langsam die einzigartige Natur der Subtropen.●

Foto: Rettet den Regenwald e.V.

Spenden an »Rettet den Regenwald e.V.« gehen auf das Konto mit der Nr. 600 463 bei der Sparda-Bank Hamburg, BLZ 206 905 00

FREIBURGER INSTITUT GOES INDIA:

Ökomedia Institut richtet umfangreiche Umwelt-Videothek in Indien ein

Redaktion Heidelberg ● Indien: ein Land mit knapp einer Milliarde Einwohnern, dessen Wirtschaft sich im vergangenen Jahrzehnt rasend schnell entwickelt hat. Der wirtschaftliche Aufschwung blieb nicht ohne Folgen für die Umwelt. Indien kämpft vieler Orts mit einer beträchtlichen Umweltverschmutzung, doch Umweltbildung ist Mangelware. Das Ökomedia Institut in Freiburg im Breisgau wird jetzt als leitende Organisation im Rahmen eines vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit finanzierten Pilotprojektes eine Reihe Filmvorführungen in verschiedenen Landesteilen Indiens durchführen sowie eine umfangreiche Umwelt-Videothek in Delhi einrichten.

»Ab Ende 2004«, erklärt Projektleiter Michael Greif beim Ökomedia Institut, »können sich Interessierte in der Hauptstadt New Delhi sowohl ausgewählte Filme aus dem Umwelt-, Natur- und Sozialbereich als auch das erforderliche Equipment zur Filmvorführung ausleihen«. Zielgruppen seien Schulen, Universitäten, Bildungseinrichtungen sowie Umweltorganisationen und natürlich die breite Öffentlichkeit. Vor Ort konnte das Ökomedia Institut die indische Organisation Earthcare Films, die die Umwelt-Videothek betreiben wird, den World Wildlife Fund for Nature Indien (WWF) sowie das Goethe Institut Indien als Projektpartner gewinnen.

Michael Greif: »Bevor die Umwelt-Videothek eröffnet, werden die in einem ersten Arbeitsschritt ausgewählten Filme, die alle Genres von der Dokumentation bis zur Animation umfassen sollen, in verschiedenen Regionen Indiens bei unterschiedlichen Zielgruppen vorgeführt.« Ergänzt werden diese Filmtests durch intensive Diskussionen mit den Zuschauern. Mit Hilfe einer wissenschaftlichen Auswertung werden dann anschließend für den Erfolg der Videothek essentielle Fragen wie »Welche Filme sprechen welche Zielgruppen an?«, »Welche Sehgewohnheiten gilt es zu beachten?« oder »Welche Umweltprobleme sind in den jeweiligen Regionen besonders relevant?« geklärt.

Wunsch und erklärtes Ziel der Freiburger Organisatoren und der indischen Partner ist es, dass die erste Umwelt-Videothek Indiens den Anfang macht zur Einrichtung weiterer Umwelt-Medienzentren in verschiedenen Teilen Indiens. Dem Ökomedia Institut kommt dabei die Erfahrung aus dem TACIS-Projekt zu Gute. Im Verlauf dieses von der Europäischen Union geförderten Projektes hat das Freiburger Institut zwischen 1995 und 2000 über 200 Umwelt-Videotheken in 12 GUS-Ländern und der Mongolei aufgebaut.

Das vorgestellte Projekt ist nicht nur für Indien überaus bedeutend, sondern auch für das Ökomedia Institut. Denn umfangreiche Mittelkürzungen bedrohen seit zwei Jahren die Existenz des seit über 20 Jahren im Bereich der Umweltbildung aktiven Instituts. Nicht nur die nationale und internationale Projektarbeit, sondern auch das »Internationale Umwelt Film Festival«, das jedes Jahr vom Ökomedia Institut in Freiburg veranstaltet wird, sind damit gefährdet. Deshalb ist das Institut mehr denn je auf bürgerschaftliche Hilfe angewiesen und möchte verstärkt Fördermitglieder gewinnen. Das Indien-Projekt sowie weitere wertvolle Vorhaben im Bereich der Umweltbildung, etwa »Jugend filmt Umwelt«, können schon mit kleinen Spenden interessierter Bürger und Organisationen wirkungsvoll unterstützt werden.●

Nähere Informationen zu den Projekten und zur Fördermitgliedschaft:
Ökomedia Institut für umweltbezogene Medienarbeit e.V., Nussmannstr. 14, D-79098 Freiburg
Tel: (07 61) 5 20 24, Fax 55 57 24
E-Mail: m.greif@oekomedia-institut.de
Internet: www.oekomedia-institut.de

20 JAHRE SELBSTVERWALTUNG IN DER WERK-STATT-SCHULE HANNOVER E.V.

Was uns bewegt

Jubiläen müssen nicht langweilig sein. In der »WSS«, der Werk-statt-Schule e.V. in Hannover besteht unter den 32 »GenossInnen« – oder besser TeamerInnen – ein permanenter Diskussionsbedarf über notwendige Veränderungen. Für den nötigen Diskurs wurden Freiräume und Gremien geschaffen. Inhaltliche Diskussionen zu Themen die die Mitglieder bewegen, finden hauptsächlich auf der einwöchigen, jährlich stattfindenden Klausurtagung statt. Die Klausurtagung ist eine feste Institution geworden. Die satzungsgemäße Jahreshauptversammlung (JHV) dient den formalen Themen. Der lebhafte Diskurs täuscht nicht darüber hinweg, dass einige Ur-Mitglieder zusammen alt geworden sind. 15 von Ihnen sind seit 1983 mit dabei, drei sogar seit Anfang an.

Von Markus Golletz | Bernd Reschke | Heinrich Dening ● Die WSS ist damit einer der größten selbstverwalteten Bildungsträger in Deutschland, und sie wächst sogar noch. Darüber hinaus gehört sie zu den wenigen Bildungsträgern, deren öffentliche Zuschüsse nicht gekürzt wurden.

Wie so oft bei öffentlichen Ausschreibungen geht es bei der Auswahl der Bewerber um den Preis. Gute Referenzen und Ergebnisse ließen die WSS ist in Hannover zu einer Partnerin des Arbeitsamtes werden, bei dem man für den hohen Qualitätsstandart bekannt ist.

Newbit gGmbh

2003 wurde auf Beschluss der WSS die Newbit gGmbh gegründet. Sie ist ein »Zweckbetrieb«, den die WSS mit 25.000 E Eigenkapital und GesellschafterInnen ausstattete. Mit genossenschaftlichen Anspruch werden hier 2004 16-20 Jugendliche nach genossenschaftlichen Prinzipien zusammen Lernen und Arbeiten. Grund für die Ausgliederung dieser Idee war das Risiko, das bei einem Misserfolg auch die restliche WSS in Mitleidenschaft ziehen könnte (wovon man aber nicht ausgeht!). Bisher gab es für das Projekt auch nur eine geringe städtische Finanzspritze.

Die Produktionsschule hingegen ist ein von der WSS entwickeltes Konzept mit Anreizen: Lernende sollen sich möglichst früh nicht nur als SchülerInnen verstehen. Stattdessen wird die Identifikation mit Arbeit und Betrieb gestärkt und gefördert. Ein positives Verhältnis zur geleisteten Arbeit wird aufbaut und das Selbstwertgefühl der Produzenten bestärkt. »Die Auszubildenden sollen sensibler für Kooperation statt Konkurrenz werden.« fügt Heinrich Dening hinzu. Newbit muss auf diesem Weg weitere Eigenmittel erwirtschaften.

Der Startschuss für die WSS fiel 1983 als man als frisch gebackener und selbstverwalteter Bildungsträger Hauptschul-Abschluss-Kurse (HSA) anbot. Daraus entwickelte sich der Zweig Allgemeinbildung, der auch heute noch im neu erworbenen Kasernengebäude in der »Roschersburg« durchgeführt wird. Es sind die Haupt- und Sonderschul-Kassenstufen 7-10, die hier unterrichtet werden. Eine Kindertagesstätte, drei verschiedene umwelt-technische Ausbildungsberufe in den Bereichen Elektro- und Zweirad- und Abfallwirtschaft kamen als weiteres Standbein hinzu. An Ideen hat es dabei nicht gemangelt, die Ausbildungskonzeptionen sind zum Teil einzigartig. Weitere Betätigungsfelder liegen in der Umweltbildung und seit kurzer Zeit auch in Forschung und Entwicklung – gefördert durch die Europäische Union. Projekte der nachhaltigen Entwicklung und Berufsvorbereitung (BVJ, Jugendwerkstatt) und das Konzept »Produktionsschule« kamen dazu. Der neuste Spross ist die ausgegliederte Firma Newbit gGmbh (mit genossenschaftlichen Anspruch), in der Jugendliche unter Anleitung Computer recyceln und Netzwerke betreuen.

Geht man ganz an den Anfang der WSS Hannover zurück, so liegen ihre Wurzeln im Bedarf an Sprachkursen der damals benachbarten türkischen Gemeinde. Die WSS veranstaltete darauf hin in Kooperation mit der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben (A&L) die entsprechenden Kurse. Die Kooperation besteht bis heute.

Die WSS-Schule und Verwaltung sind in einem ehemaligen Kasernengebäude untergebracht Fotos: Markus Golletz, Hannover

Genossenschaft international

Die WSS ist einer der wenigen selbstverwalteten Bildungsträger mit einer eigenen »Innovationsabteilung«. Seit 2000 wirkt die WSS aktiv an Projekten der europäischen Union mit. Im Projekt TRILCE werden Multiplikatoren der Jugend- und Erwachsenenbildung mit den Kooperativstrukturen in 6 Partnerländern vertraut gemacht. Hauptkooperationspartner für die WSS sind spanische Kooperativen in Madrid, Barcelona und Asturien.

Vier weitere EU-Projekte scheinen unter Dach und Fach zu sein. Städtische Geldgeber waren von der Förderwürdigkeit der WSS derartig überzeugt, das sie die restlichen Fördermittel zur Finanzierung einer Koordinatorenstelle dazuschossen.

Die Aktivitäten auf internationalem Terrain haben eine Selbstverwaltungsdiskussion innerhalb der WSS neu angeregt. Auf der letztjährigen Klausurtagung dominierten Themen zur eigenen Organisationsentwicklung und Selbstverwaltung.

Außerschulischer Lernort

Aus dem gestiegenen Bedarf der Schulen und Kindergärten nach handlungsorientierten Angeboten zu den Themen Abfallvermeidung und Recycling entwickelte sich der außerschulische Lernort Kniestraße in Hannover. Gruppen aus Kindertagesstätten, Schulklassen, Umweltinitiativen – mittlerweile mehr als 90 im Jahr – besuchen das Recyclingprojekt.

»Im Rahmen einer Führung lernen sie unseren Betrieb kennen. Durch Mitmachaktionen werden die Themen Abfall und Umwelt von der praktischen, spielerischen oder fantasievollen Seite behandelt. Es werden Waschmaschinen zerlegt, Kompost- oder Wassertiere beobachtet, mit Schrott basteln, Papier schöpfen, mit Papiermaché arbeiten,

Ständige Entwicklungen oder Leitbilder und Transformationen

Die Diskussion über die eigene Organisationsform und das ständige überprüfen der eigenen Positionen scheinen eine Voraussetzung für die Dauerhaftigkeit und den Erfolg der WSS zu sein.

Am Anfang waren 12 Gründungsgenossen, Basisdemokratie und das Rotationsprinzip – dort wo es sinnvoll war. Den wöchentlichen Mittwochssitzungen, auf dem nach dem Konsensprinzip ohne Abstimmungen entschlossen wurde (bis 1991), folgten eine andere Struktur, die in diversen Gremien Entscheidungen fällte: mit 3-4 Vollversammlungen pro Jahr, 1. Gesamtteam-(alle GenossInnen) und 2. Ratssitzungen (Delegierte aus den Bereichen) 3. Die Geschäftsleitung und die Vollversammlung. Hier werden Entschlüsse nach einem Entscheidungsleitfaden gefällt. Ständige Transformationsprozesse fanden nicht nur inhaltlich arbeitstechnisch statt, sondern auch im Bewusstsein der Mitglieder, so dass über bestehende Strukturen überprüft werden mussten. So stellte man bei Neugliederungen der Entscheidungsstruktur immer wieder fest, dass ein Bereich dazugekommen war, oder sich etwas Entscheidendes verändert hatte. Bernd Reschke (derzeitige Geschäftsleitung) nennt die WSS manchmal »Soziales Experimentierfeld«, weil man hier wirklich nach eigenen Erfahrungen einen selbstverwalteten Betrieb gestaltet.

Porträt der derzeitigen Belegschaft

Manchmal musste in der 20 jährigen Geschichte eine Supervision (sprich Hilfe von außen) herhalten: in Fragen der Organisationsentwicklung wurde sogar die Beratungsfirma McKinsey tätig, diverse Open Space-Veranstaltungen oder eine (Firmen-)Aufstellung brachten neue Strukturen.

Nach 20 Jahren WSS verschiebt sich das Durchschnittsalter im Betrieb immer weiter in Richtung Ende 40. Themen wie alt werden im selbstverwalteten Betrieb kommen auf. Doch »das Selbstverwaltungsnetzwerk ist nicht mehr intakt«, beklagt sich Bernd Reschke, es fehlt an Vernetzungen und vielleicht auch an Beratungsmöglichkeiten.

»Privilegien«

Wie in einer echten Kooperative bestehen unterschiede zwischen den GenossInen und dem angestellten Personal. Genossen »erkaufen« durch ihre Verantwortung eine Betriebsrente, die Teilnahme an den Klausurtagungen sowie verschiedene Arbeitzeitmodelle. Gerade im pädagogischen Bereich (Lehrerinnen und Lehrer) kann man materiell nicht unbedingt soviel bieten, wie Staatsdienern zuteil wird. Deswegen kommt es dort personell zu Fluktuationen.

Finanzen

Zu den Geldgebern der WSS Hannover gehören: das Landesjugendamt, die Stadt Hannover, Landesmittel für Erwachsenenbildung, die Bildungsvereinigung Arbeit & Leben, staatliche Fördersätze für Ersatzschule, Berufsvorbereitungsjahr (BVJ): hier gibt es erst nach erfolgreicher dreijähriger Durchführung eine Kostenübernahme, Mittel der Arbeitsverwaltung, EU-Mittel (Leonardo da Vinci), Bundesmittel, Arbeitsamtmittel für die Berufsausbildung und verschiedenste Mischfinanzierungen.

Kooperation der WSS mit anderen Betrieben gibt es auf verschiedenen Ebenen. Andere kooperativ oder selbstverwaltet geführte Betriebe in Hannover werden bei der Auftragsvergabe (z. B. von Bauprojekten) bevorzugt behandelt. Bei der Ausbildung der ZweiradmechanikerInnen beantragt die WSS Mittel für mehr Ausbildungsplätze, als sie selbst ausbilden kann und gibt diese an einen anderen Träger ab. Die WSS möchte damit die Idee der selbstverwalteten WSS an andere weitervermitteln.●

Lehrende und Lernende der WSS in Zahlen

Berufsausbildung z. Zt. 60 Jugendliche, Newbit gGmbh 20, Produktionsschule 28, Jugendwerkstätten 16, BVJ 12, HSA 48, Schule 45, KiTa 25.

Demgegenüber 32 Genossinnen und Genossen *(8 w, 24 m)*, *24 Festangestellte* in festen und verschiedenen befristeten Stellen (BshG, ABM, geringfügig Beschäftigte).

Internet
http://www.werkstattschule.de/

PERSONEN

Heinrich Dening und Bernd Reschke, sind fast seit Anfang an dabei. Bernd Reschke legte arbeitet zwischen 1991 bis 2001 für die Universität Hannover an der Umwelt- und Lernqualifikation von Berufschullehrern. Beide sind nun Teammitglieder, zuständig für Geschäftsführung und bestreiten die Innovationsabteilung Forschung und Entwicklung.

Anzeige

DAS ISLAMISCHE BANKENSYSTEM

Zinsen verboten

Mit der wieder erstarkenden religiösen Orientierung in den muslimischen Ländern ist die Scharia-Kompatibilität von Banken ein Wachstumsmarkt.

Alfred Hackensberger, telepolis ● Nach dem Anschlag auf das World Trade Center geriet das »islamische Bankwesen« mehrfach ins Fadenkreuz geheimdienstlicher Ermittlungen. Al-Qaida und andere weltweit operierende terroristische Netzwerke sollen die Finanzierung ihrer Operationen über islamische Banken abgewickelt haben. Beträge in Millionenhöhe wurden entweder beschlagnahmt oder Konten und Fonds eingefroren. Das islamische Banksystem, das sich in seiner knapp 40-jährigen Geschichte in einem bisher ungekannten Aufwind befand, erlitt einen enormen Imageverlust. Dabei konnte man den Banken selbst kaum etwas vorwerfen. Wer würde schon allen Ernstes beispielsweise der Deutschen Bank Vorhaltungen machen, wenn ein legaler Mittelsmann der RAF ein Konto eröffnet und dort die Gelder aus einem Bankraub deponiert hätte.

Diese unsichere »Investmentlage« nach dem September 2001 führte zu einer Kapitalflucht bei einem Teil der arabischen Anleger. Die Einlagen in den weltweit rund 100 islamischen Investmentfonds sank nach einem Rekordhoch im Jahr 2000 von geschätzten 5 Milliarden Dollar auf 3,8 2001 und 2002 auf 3,2 Milliarden Dollar (Zahlen nach »Institute for Islamic Baning & Insurance«). Trotzdem diesem Einbruch von über 30% gilt das »Islamic Banking« immer noch als eine vielversprechende Branche, eine Alternative zum traditionellen Bankensystem. Die jährliche Wachstumsrate beläuft sich auf 15%.

Im Libanon, der eine liberale Bankpolitik verfolgt, die etwa mit der Schweiz vergleichbar ist, eröffneten zu Beginn diesen Jahres gleich zwei neue »islamische Banken«. Gleichzeitig installierten viele traditionelle Banken in Beirut »islamische Abteilungen«, um dem neuen Trend, den Bedürfnissen einer wachsenden Klientel gerecht zu werden. Der Libanon ist kein »arabischer Einzelfall«. Auch die amerikanische HSBC Bank und die Citibank gründeten Departments für islamische Investitionen. Heute kann man in New York, Beirut, London oder in Riad nach islamischen Prinzipien sein Geld »arbeiten« lassen.

Der Gesandte Allahs sagte: »Ein Dirham Zinsen, den man wissentlich nimmt, ist schlimmer als sechsunddreißig unzüchtige Handlungen.«

Laut der »Vereinigung Arabischer Banken« beläuft sich heute weltweit das gesamte islamische Vermögen von insgesamt 265 Institutionen auf rund 260 Milliarden, die finanzielle Investitionen auf etwa 400 Milliarden und das Bankguthaben liegt bei 202 Milliarden Dollar. Ein relativ geringer Anteil allein im Vergleich zum im Nahen Osten vorhandenen Gesamtvermögen von geschätzten 1,1 Billionen Dollar. Aber das Potenzial des »Islamic Banking« sei immens hoch, schrieb »Trends«, das »International Magazine for Arab Affairs« aus Paris, in einer seiner letzten Ausgaben. »Es gibt 1.5 Milliarden Muslime in der ganzen Welt und wenn man davon nur zwei oder drei Prozent als Kunden betrachtet, ist das ein großes Zielpublikum.« Man müsse nur Produkte anbieten, die dem »Glauben« entsprechen.

Der »Glaube« ist für arabische Anleger ausschlaggebend, die religiöse Integrität entscheidend. Investiert wird auf der Basis des islamischen Rechts, der »Scharia«, die Zinsen und Wucher (»Riba«), zudem Geschäfte mit Alkohol, Tabak, Glücksspiel und Schweinefleisch verbietet. Geld darf nicht verliehen werden, nur investiert. Der Gewinn wird durch die Beteiligung am Profit erzielt, den das Unternehmen, basierend auf die Investitionen, macht. Laut Koran kann die ursprünglich investierte Summe nur dann zurück verlangt werden, wenn sie tatsächlich auch ohne die geringsten Probleme zurückbezahlt werden kann.

Diese Richtlinien erhöhen, besonders bei langfristigen Investitionen, das Risiko des Anlegers. Vorabzahlungen in Form von Zinsen gibt es ja nicht und man muss unter Umständen 5 oder 10 Jahre warten, bis ein Profit erwirtschaftet wird, von dem man nicht weiß, ob er auch hoch genug ist und in Relation zum Investment steht. Dementsprechend werden kurzfristigere Anlagen bevorzugt. Die Prämisse, die Motivation ist beim »Islamic Banking« nicht anders als beim traditionellem, westlichen Bankensystem. Man sucht ein akzeptables Investment bei größtmöglicher Risikovermeidung. Man will Geld machen, hüben wie drüben. Die religiöse Verkleisterung gibt dem Ganzen nur einen ethisch moralischen Anstrich.

Idealerweise basiert »Islamic Banking« auf dem religiös motivierten »Handel«, wobei es einen gerechten Austausch geben sollte, wie es in einem Ausspruch (»Hadith«) des Propheten Mohammed heißt:

»Gold für Gold, Silber für Silber, Weizen für Weizen, Gerste für Gerste, Datteln für Datteln, Salz für Salz, Gleiches für Gleiches, Hand zu Hand. Wer mehr gibt oder mehr verlangt, der hat bereits ein Zinsgeschäft betrieben. Der Zinsnehmer und der Zinsgeber sind (in der Schuld) gleich.«

Problematisch ist, dass es keine zentrale, globale islamische Behörde gibt, die offiziell regelt, was nach religiösen Prinzipien erlaubt (»hallal«) und was verboten (»haram«) ist. Islamische Finanzinstitutionen lassen sich in Regel von einem religiösen Konsortium beraten, die den Koran, die Aussprüche (»Hadiths«) und die Lebensgeschichte (»Sunnah«) des Propheten interpretieren. Die fast 1400 Jahre alten Texte auf moderne Kompatibilität hin zu prüfen, ist für die islamischen Rechtsgelehrten (»Imam«) nicht immer so einfach – und die Interpretationen sind von Fall zu Fall verschieden. Mittlerweile existiert eine sehr unfangreiche Literatur zum Recht des islamischen Finanzsystems, aber ein einheitliches, übergreifendes Instrumentarium ist bisher nicht in Sicht.

Das islamische Bankenwesen ist noch jung, aber hat sich schnell verbreitet

Das islamische Bankwesen ist eine im Vergleich zur westlichen, 400 Jahre alten Bankgeschichte relativ jung. 1963 und 1971 gab es in Ägypten Banken, die ohne Zinsen arbeiteten, sich aber nicht ausdrücklich als islamische Banken bezeichneten. 1974 wurde dann die »Islamic Development Bank« von arabischen Regierungen (heute 55 Mitgliedsländer) gegründet. Nach Scharia-Prinzipien wurden und werden Projekte in ökonomisch rückständigen Mitgliedsländern gefördert. Ende der 70er Jahre gab es dann in Dubai (»Dubai Islamic Bank«), Kuwait (»Kuwait Finance House«) und im Sudan (»Faisal Islamic Bank«) erste ausgesprochene »islamische Banken«.

In den 80er Jahren erfolgte mit der Gründung der »Bank Islam Malaysia« die Ausweitung des Konzepts nach Asien. Seit Beginn der 90er sind islamische Banken rund um die Erde zu finden. Hintergrund der Entwicklung ist zum einen der sich seit den 70er Jahren entwickelte Wohlstand im Mittleren Osten, und die seit einigen Jahren wachsende religiöse Rückbesinnung auf den Islam in allen arabischen Ländern.

Seit 1999 gibt es zwei Islamische Market Indices (DJIM und FTSE), vergleichbar mit dem amerikanischen Dow Jones oder dem deutschen DAX. In diese Indices werden Firmen aufgenommen, erst nach Scharia-Kompatibilität geprüft wurden. Wer etwas mit Alkohol, Tabak oder Schweinfleisch zu tun hat oder seinen Gewinn durch »Zinsen« erzielt, wird nicht aufgenommen bzw. gegebenenfalls ausgeschlossen. Außerdem muss jede Firma ein niedriges Schuldenniveau (absolutes Maximum 33%) haben. Eine zu große Überschuldung führte 1981 zum Ausschluss von WorldCom, ein Jahr bevor das US-Unternehmen zusammenbrach. Diese Maßnahme ersparte vielen islamischen Anlegern große Verluste. Im April letzten Jahres wurden AT&T und Motorola aus dem selben Grund wie WorldCom ausgeschlossen. Dieses »Vorwarnsystem« ist ein wichtiger Bestandteil der Strategie der Risikovermeidung.

Den islamischen Indices sind rund 100 islamische Ausgleichsfonds (Equity Funds) angeschlossen, mit einem für 2003 geschätzten Vermögen von 3,6 Milliarden Dollar (Islamic Baking & Insurance Institute). In den letzen sieben Jahren sind die Einlagen in diesen Fonds, die Verluste mit Gewinnen zur Risikovermeidung ausgleichen, insgesamt um 25% gestiegen. Bevorzugte Investitionsbranchen dieser Fonds sind die Sektoren Technologie, Telekommunikation, Bauwesen und Immobilien.

Gibt es bald die »islamische Kreditkarte«?

Außer in der »Islamischen Republik« Iran gibt es heute überall ein duales Banksystem, d.h. islamische und traditionelle Banken arbeiten unabhängig nebeneinander. Viele nicht nur islamische Finanzexperten glauben, dass »Islamic Banking«, das noch in den »Kinderschuhen« steckt, in Zukunft ein größeres Stück des Marktes erobern wird. Es gäbe ganz vernünftige Gründe, warum man auf Zinsen verzichten sollte, so Warren Sofies, ein britischer Finanzexperte. »Zinsen können ein Hindernis für Arbeitsplätze sein, können Geldkrisen erzeugen und Handelsprobleme verstärken.«

Noch gibt es zu wenig Fachpersonal, das entsprechend islamischer Finanzprinzipien ausgebildet ist. Zudem fehlt ein allgemeingültiger religiöser Kodex, der die Sharia-Kompatibilität regelt. »Und das Wichtigste ist im Moment«, meint Tarik al-Rafai, der Vizepräsident der islamischen Abteilung der amerikanischen HSBC Bank , »dass man so viele Produkte anbietet, wie der Markt verlangt.«

Neue Wege versucht zur Zeit die »Dubai Islamic Bank«, die gerade vor einem Monat die Gründung einer »Oceanic Shipping Company« bekannt gab und ihren Kunden riet, doch in dieser Branche zu investieren. Außerdem arrangierte die »Dubai Islamic Bank« ein Leasing für »Emirates Airlines« in Höhe von 112 Millionen Dollar aus islamischen Fonds. Die Fluggesellschaft, die sich bereits zu 40% über »islamisches Geld« finanziert, kauft damit ihr siebtes Flugzeug.

Laut einer Studie des »Institute for Islamic Banking & Insurance« bevorzugen 55% der befragten Muslime islamische Banken. Tatsächlich hatten aber nur 21% ein Konto bei einer islamischen Bank. Das soll sich aber, so versprechen die Prognosen, in den nächsten acht bis zehn Jahren ändern. Dann würden, so heißt es in der Studie, 40 – 50% aller Bankguthaben in der muslimischen Welt von islamischen Finanzinstitutionen verwaltet. Dann soll jeder eine »islamische Kreditkarte« haben.

Abhängig ist diese Entwicklung von der Zu- bzw. Abnahme der Popularität des Islams und seiner religiösen und ethischen Prinzipien. So lange die westliche Welt ihre »anti-islamische« Politik weiterbetreiben und der Islam ein Vehikel der individuellen wie pannationalen arabischen Selbstbehauptung bleibt, wird auch das »Islamic Banking« expandieren. Als eine Art von Selbstläufer. »Aus der Marketingperspektive betrachtet«, so der Vizepräsident der HSBC Bank, Tarik al-Rifai, »bringt die Scharia-Kompatibilität den Kunden in die Bank. Das religiöse Prinzip verkauft«.●

EINMAL ERHALTEN – MEHRFACH BEZAHLT!

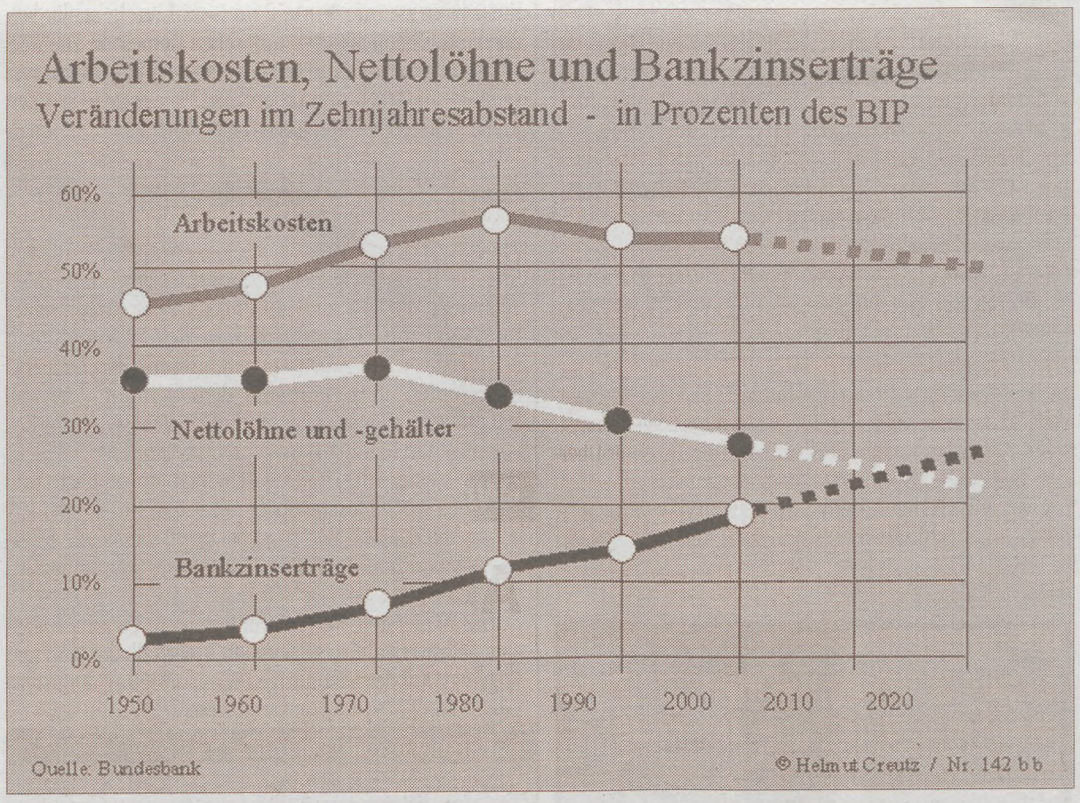
oder: Die Esser-Abfindung aus anderer Sicht

Abfindungen erhalten gekündigte Arbeitnehmer auch heute noch manchmal ausgezahlt. Entweder als Übergangsgeld mit dem sie sich ein halbes oder ganzes Jahr über Wasser halten und einen neuen Job suchen können, oder, wie bei Beamten oder Offizieren in mittlerem Alter, als »Goldener Handschlag« für den Rest des Lebens. – Was war es nun bei Herrn Esser?

Helmut Creutz, Aachen ● Erinnern wir uns: Klaus Esser hatte seinerzeit als angestellter Chef bei Mannesmann dieses altbekannte Unternehmen verschachert und für diese neunmonatige Tätigkeit eine Abfindung von 60 Millionen DM = rund 30 Millionen Euro erhalten. Nehmen wir diese 30 Millionen als Übergangsgeld für ein Jahr an, dann hätte Herr Esser jeden Monat 2,5 Millionen auf den Kopf hauen können. Da dies jedoch ein etwas ungewöhnlich hohes Monatssalär wäre, war die Zahlung an Herrn Esser wohl eher als Frührentner-Einkommen gedacht. Geht man dabei von einem dreißigjährigen Rentnerleben aus, kommt Esser gerade noch auf eine runde Million im Jahr und mit monatlichen Ausgaben von 83.000 Euro hätte er in 30 Jahren alles aufgezehrt.

Aber stimmt das so? – Nein! Denn im Gegensatz zu den normalen Rentnern erhält Esser den ganzen Rentenbetrag im voraus und kann ihn zwischenzeitlich »für sich arbeiten lassen«, wie man das in der Bankenwerbung freundlich umschreibt. Legt er ihn mit sechs Prozent langfristig an (und das ist bei einer solch großen Summe sicher drin!), dann erhält er aus seiner Anlage jährlich 1,8 Millionen Zinsen, was monatlich mit 150.000 Euro zu Buche schlägt. Das heißt, er braucht die Substanz der 30 Millionen überhaupt nicht anzutasten und hat trotzdem fast doppelt so viel im Monat wie bei der obigen Rentenrechnung! Und ist es ihm zu anstrengend, jeden Monat 150.000 Euro auszugeben und bescheidet er sich mit 25.000 Euro, dann nehmen seine 30 Millionen monatlich auch noch um 125.000 Euro zu! Und da dieser Zuwachs selbstverständlich mit verzinst wird, verdoppelt sich nach Adam Riese und der Zinseszinsrechnung seine Abfindung rund gerechnet alle 15 Jahre! Das heißt, in den 30 Lebensjahren die man ihm noch gönnen kann, wachsen seine 30 Millionen in den ersten 15 Jahren auf 60 Millionen und in den zweiten 15 Jahren noch mal auf das Doppelte, also auf 120 Millionen Euro an! Und Essers Enkelkinder könnten sich weitere 15 Jahre später, mit 240 Millionen Euro im Rücken, gleich zur Ruhe setzen und ihren Kindern 30 Jahre später rund eine Milliarde Euro hinterlassen!

Sollte man aus dieser wundersamen Geldvermehrung nicht entsprechende Schlüsse ziehen und dieses Modell auf alle Rentner übertragen? Das heißt, sollte man nicht



allen ihre Rente auf einen Schlag im Voraus auszahlen? Könnten sich nicht die Gewerkschaftsvertreter in allen Unternehmen für eine solche Lösung einsetzen oder sie zumindest nicht verhindern, so wie das der IG-Metallboss Zwickel im Aufsichtsrat bei Mannesmann so selbstlos tat? Oder ist da doch ein Pferdefuss an der Sache, der eine solche ideale Lösung nicht für alle erlaubt? Und vor allem bleibt die Frage: Woher kommt das ganze Geld zu dieser wundersamen Substanzvermehrung überhaupt?

Bezieht man diese Frage auf das 30 Millionen-Handgeld, dann stammt der Betrag aus dem Verkaufserlös der Firma und war angesichts des gedopten Milliarden-Booms sicher verkraftbar. Bezogen auf die ständige Vermehrung dieser Summe durch die Zinsen sieht die Sache jedoch anders aus, denn diese sind in erster Linie immer von den Schuldnern aufzubringen. Die Schuldner aber, soweit keine Privathaushalte, rechnen die Zinsen als Kosten in die Preise und Gebühren ein und reichen sie auf diese Weise an die Endverbraucher weiter. Legt man alle Zinsen einmal auf die Endnachfrage um, dann bezahlen wir dafür inzwischen mit jedem ausgegebenen Euro etwa 40 Cent, in den Mieten sogar 60 bis 80 Cent! Kurz: Für den 30-Milliarden-Grundstock Essers mussten die Aktionäre bluten, für seine Vermehrung auf das zwei-, vier- und achtfache jedoch werden alle Bürger über Jahrzehnte hinweg zur Kasse gebeten, bis hin zum letzten Sozialhilfe-Empfänger!

Natürlich fließen diese in den Zinsmonopoly-Topf gezahlten Zinsen zum allergrößten Teil auch wieder in private Taschen zurück. Per saldo ist das aber nur für jene 10 bis 12 Prozent der Haushalte von Vorteil, die mehr Zinsen zurück erhalten als sie mit ihren Ausgaben laufend zahlen, und das wiederum trifft nur auf jene Haushalte zu, die mindestens das Zehnfache ihrer Jahresausgaben zinsbringend auf der hohen Kante haben. Und hat man wie Herr Esser mit 30 Millionen hundert Mal so viel im Rücken als man jährlich ausgibt, dann ist die weitere explosive Vermehrung des Vermögens unvermeidlich – bis schließlich das ganze Schneeballsystem auf Grund der zunehmenden sozialen Spannungen zusammen bricht! – Bedenkt man, dass allein die an die Banken gezahlten Zinsen 2001 mit 391 Milliarden Euro bereits bei zwei Drittel aller Nettolöhne und -gehälter lagen und diese in acht bis zehn Jahren sogar übersteigen werden, kann man sich das Ende ausmalen (siehe Darstellung).

»Wie weit weg ist Weimar?« fragte eine bundesdeutsche Zeitung bereits vor etlichen Jahren. Dabei ging es nicht um die Entfernung in Kilometern, sondern um die Zeit, die uns noch verbleibt um in Deutschland unsere Demokratie zu retten! Doch das kann uns nur gelingen, wenn das Geld nicht mehr die Welt regiert!●

GEBEN UND NEHMEN

Tauschringe

Tauschen gestern und heute

Vor ein paar Tagen fiel mir ein dünnes Taschenbuch in die Hand: Marcel Mauss, »Die Gabe«. Der Text wurde in seinem Todesjahr 1950 in Frankreich veröffentlicht. Mauss war ein anerkannter Soziologe und Religionshistoriker mit umfangreichen Sprachkenntnissen. Er berichtet über Formen und Funktionen des Austauschs in frühen Gesellschaften, über den »Potlatsch« z.B. in Polynesien, in Samoa, in Melanesien und bei den Indianern in Nordamerika, über den »kula«, den exklusiven Austausch unter Indianerhäuptlingen (1), über den Geist (hau) der der Gabe von den Maoris mitgegeben wird, über die ungeschriebenen, aber ritualisierten Regeln des Schenkens und Gegenschenkens.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Carola Möller, Köln ● Tauschen, Austauschen von nützlichen Dingen bedeutete in den früheren Gesellschaften etwas ganz anderes, als unser heutiges Kaufen – Verkaufen, unser heute üblicher Warentausch. Zwischen den Clans, den Altersgruppen und Geschlechtern wurden – oft über weite räumliche Distanzen – nützliche Dinge in üppiger Weise geschenkt. Es sind nicht einzelne Personen, die schenken, sondern Kollektive, die sich durch das Schenken gegenseitig verpflichten und auf diese Weise friedliche Beziehungen zueinander pflegen. Anlässe sind z.B. Feste, Heirat, Geburt, Trauerfeiern, Spiele, Märkte. Die Geschenke wurden oftmals vorher öffentlich ausgestellt. Großzügiges Schenken erhöht die Ehre und das Ansehen der Schenkenden. Sie sind so zu wählen, dass sie auch das Ansehen der Beschenkten erhöhen. Was das Schenken zum Tauschen macht, ist die zentrale Verpflichtung, das Geschenk angemessen zu erwidern. Nichtbeachtung dieser ungeschriebenen Norm bedeutet Krieg oder Tod. Das Gegengeschenk gibt es meist nicht sofort, manchmal erst im nächsten Jahr.

Geschenke zu geben bedeutet in den frühen Gesellschaften nicht nur, andern eine Sache zum Ge- oder Verbrauchen zu geben. Die Sache, die man empfängt, ist kein toter Gegenstand, ihr wohnt auch in Zukunft die Absicht und die geistige Kraft der Gebenden inne. Die Gabe löst sich nicht endgültig von den Gebenden. Der Geist der Gebenden bleibt in den Gegenständen – im Guten oder im Bösen. Alle Dinge werden als Teil eines ganzheitlichen, also materiellen und beseelten, Naturzusammenhanges begriffen. Weil die Sache selbst für Gebende und Nehmende eine Seele hat, schafft sie Seelen-Bindungen. Wir erleben das übrigens heute auch noch, wenn auch selten: Ein Erbstück in der Familie wird weitergegeben oder ein Geschenk bekommt Symbolkraft, weil es an ein gemeinsames Erlebnis erinnert.

Alle Rechte und Pflichten um das Geben und Nehmen, schreibt Mauss, ».. bringen nur *eine* Tatsache zum Ausdruck, ein soziales System, eine bestimmte Mentalität; dass nämlich alles – Nahrungsmittel, Frauen, Kinder, Güter, Talismane, Grund und Boden, Arbeit, Dienstleistungen, Priesterämter, Ränge – Gegenstand der Übergabe und der Rückgabe sind. Alles kommt und geht, als gäbe es einen immerwährenden Austausch einer Sachen und Menschen umfassenden »geistigen« Materie zwischen den Clans und den Individuen, den Rängen, Geschlechtern und Generationen.«/39 (2) (3) Diese Ganzheit des Handelns und des Handels drückt sich auch in der Sprache z.B. der Melanesen und Papua aus, die nur ein Wort für »kaufen – verkaufen – leihen – zurückgeben« haben.

In den frühen Gesellschaften gab es ein ausgeprägtes Gefühl für den Wert von Dingen, allerdings in ganz anderer Weise, als wir heute den Marktwert einer Ware kennen. Eben weil die Dinge Seele, Geist und Macht der Gebenden ausdrücken, ist auch das Wertempfinden ein anderes. Besondere für die Menschen wichtige Dinge werden in frühen Gesellschaften als Zahlungsmittel zum Austausch benutzt, sei es in Form von Muscheln, Perlen, Speeren, Eisenplatten u.a. oder später von gestanzten Münzen. Diese Form von in Geld ausgedrücktem Wert ist nicht vergleichbar mit unserm entpersönlichten Umgang mit Geld und Waren, weil in den frühen Gesellschaften der ökonomische Wert immer verknüpft ist mit der magischen Natur der Gabe. Wert ist dort immer ein subjektiver, persönlicher, kollektiver, besonderer.

»Erst unsere westlichen Gesellschaften haben, vor relativ kurzer Zeit,« schreibt Mauss, »den Menschen zu einem 'ökonomischen Tier' gemacht.«/173 Was meint er damit?

Unsere heutige kapitalistisch-patriarchale Wirtschaftsweise basiert auf Gesetzen und Rechten, die das individuelle Eigentum an Grund und Boden, an Gebäuden und Maschinen, an Produktnamen und Patenten schützt und sichert. Ohne die staatliche Garantie für dieses Eigentum würde kein Kapitalist irgendwo investieren. Die Aktionäre einer Aktiengesellschaft interessiert normalerweise nicht, wo Kapital investiert wird, was da hergestellt wird, unter welchen Bedingungen dort gearbeitet wird, welcher Verdrängungswettbewerb auf dem Markt betrieben wird. Der Eigentümer ist nicht daran interessiert, wie die Menschen, die für ihn arbeiten, leben, wie die Menschen, die entlassen wurden, leben. Unser täglicher Einkauf von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen ist uns eine Mühe. Wir kämpfen um die Minuten, stehen murrend in den Warteschlangen an den Kassen. Und da tröstet uns auch nicht die von den Kassiererinnen eingeforderte gebetsmühlenartige Floskel: »Guten Tag« ... »Einen schönen Tag noch«. Diese armselige Kontaktform fällt demnächst beim automatisierten Chipkarten-Einkauf auch noch weg. Ökonomisches Handeln ist abgekoppelt von dem sonstigen Leben, obgleich ein Leben ohne Geldeinkommen für Nicht-Eigentümer und isoliert Lebende nicht möglich ist. Ökonomisches Handeln ist weitgehend individualisiert, separiert und rationalisiert. Es hat normalerweise nichts mehr mit Geist, Seele und Bedürfnissen im Leben von Gemeinschaften, Kollektiven zu tun. Welchen »Tausch-Wert« eine Ware, eine Dienstleistung oder eine Arbeit auf dem jeweiligen Markt hat, ist keine Frage von Bedürfnissen und Lebensumständen, sondern die Frage von Kosten, Marktvorteilen und den Gewinnchancen einer Firma, von einem durchschnittlichen Marktpreis in der Branche. »Wirtschaften« hat heute keinen dienenden Charakter mehr, sondern die ökonomischen Wertsetzungen sind zu gesellschaftlichen Wertsetzungen geworden und dominieren alle Lebensbereiche, dominieren die gesellschaftlichen Verhältnisse.

Der Zusammenhang von Wirtschaften, Arbeiten und Leben ist verloren gegangen. Den Verlust an Lebendigkeit spüren die Menschen zunehmend. Existenzunsicherheit ist ein dominantes Lebensgefühl für mehr Männer und Frauen, seitdem in der Wirtschaft laufend weniger Arbeitskräfte benötigt werden und für immer mehr Menschen die Entlohnung den Alltagsbedarf für Wohnung, Kleidung und Essen nicht mehr deckt. So ist es nicht verwunderlich, dass seit einigen Jahren Projekte entstehen und Gruppen sich zusammenfinden, die zumindest in Teilbereichen eigenständige Selbstversorgung verbunden mit einem anderen Arbeiten und Leben praktizieren und andere Formen des Tauschens erproben. Darüber wird in CONTRASTE ständig berichtet.

Tauschprozesse und die dazugehörenden Ordnungen sind früher und heute zentrale Kategorien von Wirtschaft und Arbeit, und zwar nicht nur der bezahlten, sondern – heute meist unausgesprochen – auch der unbezahlten Arbeit. In alternativ wirtschaftenden und arbeitenden Gruppen ist es deshalb notwendig, das Tauschen und die damit verbundenen Wertvorstellungen neu zu gestalten. Statt »Ware gegen Geld« wird sich vielleicht ein »Geben und Nehmen« ausbreiten, bei dem ich heute für meinen eigenen Gebrauch etwas nehmen kann, ohne gleich etwas zu geben, bei dem ich etwas weggeben kann, weil ich es nicht mehr brauche, ohne gleich etwas zu fordern (Umsonstläden), oder weil ich mit andern zusammen etwas Neues entwickeln möchte, was ich als Einzelner nie könnte (LINUX). Bei den LINUX-Leuten heißt der Grundsatz: »Für meine Selbstentfaltung ist die Entfaltung der Anderen Voraussetzung«. Allen Tauschprozessen liegen Wertvorstellungen zugrunde. Nicht die archaischen Lebensweisen sind auf unsere Lebenswelten zu übertragen. Vielleicht können wir einige Erfahrungen von ihnen nutzen. Aber es wird unsere Sache sein, andere Wertvorstellungen zu entwickeln und zu erproben; denn nur über andere Wertformen kommen wir zu neuen Formen einer Einheit von Arbeiten, Wirtschaften und Leben. Unsere Wertvorstellungen entscheiden über die Qualität unserer gesellschaftlichen Verhältnisse.●

1) Möglicherweise hat unser heutiges Wort »Kulanz« hier seinen Ursprung, reduziert auf die Millionen, die sich die heutigen »Häuptlinge« zukommen lassen.
2) Frauen und Kinder sind in unserm heutigen Normensystem keine Objekte mehr, die getauscht werden. In der Realität sind sie es allerdings vielfach doch, sogar unter Einbeziehung der Männer, wenn wir an Prostitution, den Verkauf der Ware Arbeitskraft und heute vorhandene Zwangs-und Kinderarbeit denken.
3) Herrn Mauss kommt bei seinen Studien überhaupt nicht in den Sinn, nach frauenspezifischen Tauschformen zu suchen. Wer von den CONTRASTE-Lesenden kennt hierzu Studien und könnte darüber berichten?

Anzeige

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung

15. Jahrgang, Nr. 57, März 2004, 224 Seiten

Machtverhältnisse

Privateigentum, Macht, Herrschende Klasse

Krysmanski – Herrschende Klasse *Revisited* / Hirschel – Einkommensreichtum und seine Ursachen / Bontrup – Wettbewerb und Wirtschaftsmacht / Gallinge – Im Zeitalter der Insolvenzen?

Diskussion: Soziale Protestbewegungen – Themen, Perspektiven

Schmalz – Perspektiven des Studierendenprotests / King & Kimpel – Soziale Protestbewegung nach der Berliner Demonstration

Eindrücke vom Zweiten Europäischen Sozialforum

Klages – Altermondialisten in Paris / Flörsheimer & Tittor – Themen und Diskussionsfelder beim ESF

Gewerkschaften in der Defensive

Bischoff – Moderner Kapitalismus ohne Gewerkschaften? / Gorr – Kräfteverhältnisse im Spiegel der Tarifpolitik

Und: Losurdo – Bürgerliche Gesellschaft und Staat: Hegel, Marx und die zwei Liberalismen / Neubert – Lenins Erbe und sozialistisch-kommunistische Politik heute / Pätzold – Kocka: Die Glaubwürdigkeitslücke / Bell – Die soziale Lage in den Städten

Sowie:
Berichte, Diskussionen, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Bezug: über Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:

Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M. Telefon / Fax 069 / 53 05 44 06

e-mail: redaktion@zme-net.de

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

»WIESENTALER«

Aktive Talente im Dreiländereck

Der WiesenTALER Talente-Tausch-Ring TTR e.V., so unser richtiger, voll ausgeschriebener Name, besteht als eingetragener Verein jetzt seit 15 Monaten. Doch viele unserer Talente waren schon vorher in einem »Nichtverein« ebenso aktiv. Insgesamt können wir auf circa 5 Jahre Tauschen im Wiesental zurückschauen.

Manfred Zahn, Schopfheim ● Aus rechtlichen und haftungstechnischen Gründen vollzogen wir den Wechsel zum eingetragenen Verein. Doch waren es nicht nur juristische Gründe, wir wollten vor allem auch klare Kompetenztrennungen, klare Zuteilung »wer hat was zu machen?« Und das war gut so. Mit einem Vorstand aus erstem und zweitem Vorsitzenden, Kassier, Schriftführerin, Redaktion Marktzeitung und PR, Marktorganisation und einem Vorstand für besondere Aufgaben haben wir klare »Ämter« geschaffen: Jeder kennt seine Aufgaben, geführt von einer sehr aktiven ersten Vorsitzenden.

Im Turnus von 3 bis 4 Monaten erscheint, an alle Mitglieder verteilt, unser Organ »Marktzeitung«. Ein redaktioneller, vierseitiger Mantel, mit Informationen über den Verein, über anstehende Aktionen und Märkte – aber auch überregionale Mitteilungen wird vervollständigt durch das eigentliche Herz der Zeitung: Angebot und Nachfrage von Waren und Dienstleistungen, meist acht Seiten. Ungefähr 150 Angebote/Nachfragen kommen zusammen: von »Suche Brennholz« über »Bauchtanz«, »Lomi Lomi-Massage« bis »Kürbissamen« oder »Singen von spirituellen Liedern«. Es ist eigentlich alles dabei, was im »Nicht-Tausch-Leben« auch nachgefragt oder angeboten wird.

Wir rechnen in WiesenTalern ab. Dabei bezieht sich ein WT auf einen Euro. WiesenTaler deshalb, weil die beschauliche Gegend hier »Wiesental« – nach einem Fluss (Wiese) genannt wird. Formell haben wir zur Zeit 94 Mitglieder, davon sind gut zwei Drittel auch aktiv. Diese Anzahl reicht gut aus, um von einer attraktiven »Tauschdichte« zu sprechen. Weniger als 50 würde ich als eher kritisch bezeichnen. Aber vielleicht gibt es da ganz andere Erfahrungen.

Unter unseren 75 Aktiven würde ich nun gut 30 Talente zu den sehr tüchtigen zählen, mit bis zu 20 Angeboten/Nachfragen in der Marktzeitung. Der Durchschnitt sind vielleicht drei bis vier Angebote/Nachfragen. Es bleibt ganz bestimmt nicht bei punktuellen Tauschbeziehungen (die gibt es auch). Tauschen ist bei uns personell und auch geografisch, bei einem Radius von ca. 30 km, weit verbreitet.

Wir sind zwar am südwestlichsten Zipfel der Republik zuhause, doch hat dies auch seine Reize. Basel, kaum 20 km von unserer »Zentrale« in Schopfheim entfernt, ist sehr rührig und die Nähe zum Elsass zeigt »Tauschfrüchte«. Gemeinsame Märkte mit den Schweizern und den Franzosen sind schon traditionelle Einrichtungen. Aber auch mit anderen Nachbarschaftstauschringen stehen wir in regem Austausch. Das sind die »Markgräfler Zeitbörse« und der Tauschring in Freiburg, ca. 70 km entfernt. Ich selbst ziehe Ende dieser Woche von Schopfheim nach FR mit (fast) ausschließlich Tauschringlern: Mit meinem Tauschring hier in Schopfheim -und mit den Freiburgern zum Ausladen dort. Klasse, was?Ein anderes beeindruckendes Beispiel von »Dichte« im eigenen Verein: Unsere Vorsitzende konnte ihre Hochzeit vor zwei Jahren fast komplett mit Tauschring-Waren und Dienstleistungen bestreiten.

Wie wir uns weiterentwickeln? PR-Arbeit, Werbung machen, Menschen ansprechen. Die Arbeit wird nicht weniger, sie könnte wahrhaftig noch dichter sein. Vor allem müssen wir uns im ganz offiziellen Vereinsleben der Stadt noch besser positionieren. Wir wollen nicht am Rande stehen, sondern uns noch deutlicher, öffentlicher präsentieren. In den letzten Jahren hatten wir immer wieder auch einen Infostand auf dem hiesigen Wochenmarkt. Der Zulauf zu den Tauschringen passiert vor allem antizyklisch zur echten Wirtschaft draußen. Wenn es dort bergab geht, geht es bei uns aufwärts. Ist ja auch logisch, wenn unten das Geld fehlt, ersetzt das eine so genannte »Nachbarschaftshilfe« oder auch die Notgemeinschaft – und das sind die Tauschringe, zweifellos. Ob und wie sich ein Regiogeld hier entwickeln kann und wird, können wir derzeit noch nicht absehen. Da sind wir noch am rantasten, informieren und überprüfen, bewerten.

Ein wichtiger Punkt, den ich nicht vergessen will, sind die zwischenmenschlichen Beziehungen, die in unserem Tauschring entstanden und auch gepflegt werden. Dies halte ich in unserer unpersönlichen Informationswelt für äußerst wichtig. Einfach treffen, reden, sich austauschen, sich mit seinen Talenten in kleinem Rahmen – öffentlich – zeigen. Das schafft Vertrauen, Anerkennung und ein gesundes Selbstwertgefühl. Gut so!●

MARKTWIRTSCHAFT IN GOMMERN

Tauschringe

Praktaten, das sind Brakteaten für praktische Taten

Viermal im Jahr wird das große bunt bemalte Blechtor in der Knickstraße in Gommern bei Magdeburg weit geöffnet. »Heute Tauschmarkt« steht dann in auffälligen Buchstaben auf einer großen Tafel und lockt zwischen 12 und 16 Uhr die Leute in den grünen Hof mit dem Baum zwischen alten Backsteingebäuden. Manche haben über 200 km zurückgelegt, viele sind auch aus der Region. Die meisten kommen regelmäßig, einige neue Gesichter orientieren sich erst mal und werden bald von der Marktleitung angesprochen und eingewiesen.

Foto: Tauschring Gommern

Friedemann Barthels, Gommern ● Tische werden aufgebaut, Waren ausgebreitet, Angebote und Nachfragen an die große Litfasssäule geheftet und studiert. Da gibt es Nachfragen zu Autoreparaturen, Lebensmitteln, Putzhilfen, Leihwerkzeugen und vielen anderen Dingen, alles natürlich für Praktaten. Geboten werden Massagen, Supervision, Gartenplanung, Fenster putzen und Baumschnitt, alles in allem etwa ein qm bespickt mit kleinen und großen Zetteln.

Bei der Marktleitung an einem Tisch am Eingang werden zu Beginn die Kontozettel abgeholt, wobei die Marktgebühr von 7 Praktaten pro Konto von Erwachsenen und 4 Pr von Kindern eingetragen werden. Eine Händlerin lässt sich gleich noch ihre Werbeprämie von 10 Pr vom öffentlichen Konto gutschreiben, denn sie hat eine neue Marktfrau geworben, die heute zum zweiten Mal da ist. An den Marktständen herrscht schon reges Treiben, es wird gefeilscht, getauscht, gekauft und erzählt. Hier werden die meisten Geschäfte getätigt. Naturalien, Kleinhandwerk und Kunst laufen fast immer, Trödel kaum. Der Honigmann kommt etwas später und ist gleich von vielen Käufern umlagert, denn Honig ist immer knapp. Der Redakteur von der Lokalzeitung macht ein paar Fotos und befragt die Marktleute.Antje und Friedemann Barthels leiten den Tauschmarkt auf diese Weise seit 1996. Nach dem 31. Markt ist die anfangs belächelte Initiative heute eine anerkannte Institution in der Region, wenn auch für viele Gommersche noch immer recht exotisch. Die meisten Menschen hier brauchen lange für Neues, aber wenn die richtigen Leute es akzeptiert haben, funktioniert es prächtig.

Was unterscheidet nun diese Komplementärwährungsinitiative von anderen?

Hauptsächlich drei Dinge:

1. ein minimierter organisatorischer Aufwand,
2. die Bündelung der Hauptaktivitäten auf den Märkten und
3. die Organisations- und Entscheidungsstruktur.

Die Kontoführung während der Märkte passiert auf einfachen Zetteln durch die Marktleute selbst. Es gibt kein Bankgeheimnis. Durch wechselseitige Unterschrift auf dem Konto des Geschäftspartners mit Angabe der Kontonummer sind stichprobenartige Kontrollen möglich. Missbrauch wurde bisher noch nicht beobachtet. Die Konten werden von der Marktleitung aufbewahrt, die auch die Umlaufgebühr zugunsten des öffentlichen Kontos einzieht. Zwischen den Märkten wird mit Schuldscheinen bezahlt, die nur zu den Märkten gebucht werden. Das spart nervige Kleinarbeit.

Der Arbeits- und Materialaufwand für die Organisation wird allen Helfern mit dem Richtwert von 10Pr/Stunde vergütet, Euro-Ausgaben werden in Praktaten ausgeglichen (2Pr=1 EUR). Die Marktgebühren und der »Schwund« (Umlaufgebühr) reichen aus, um diese Kosten (ca. 200 Pr/Markt) abzudecken, so dass keine Fremdfinanzierung auf Eurobasis nötig ist. Das garantiert eine große Unabhängigkeit.

Die Märkte ermöglichen allen, die potentiellen Geschäftspartner vor der ersten Transaktion zu beobachten und kennen zu lernen. Das hilft die Schwelle zu überbrükken, die sonst leicht den Handel verhindert. Die Vielfalt der Angebote und der friedlichen Menschen erzeugt eine gute Atmosphäre. Es lohnt sich, größere Mengen Waren für den Markt zu produzieren und auch einen längeren Weg auf sich zu nehmen, denn alle sind gleichzeitig Händler und Käufer. Und es macht einfach Freude, einen schönen Stand mit seinen Waren zu gestalten, denn die Resonanz kommt direkt an.

Der Tauschmarkt wird von der Struktur her geführt wie ein privater Familienbetrieb. Geschäftsführer sind das Ehepaar Barthels, Großfamilie und Freunde helfen mit. Durch große Transparenz und eine intensiv gepflegte Diskussionskultur werden Entscheidungen vorbereitet und dann effizient und sozusagen autoritär umgesetzt. Dies funktioniert bisher so gut, dass noch niemand probiert hat, dies zu ändern. Der Aufwand an Zeit und Nerven für die Organisation bleibt so in Grenzen. Er wird neben der Vergütung in Praktaten durch die Kontakte, die Anerkennung aber auch die immer neue Spannung beim Verfolgen dieses Experimentes ausgeglichen.

Ganz nebenbei passieren ganz interessante Dinge, z.B.:

● Durch das Erleben dieses mit etwas über 100 Konten durchaus noch überschaubaren Experimentes setzt eine sinnlich erfahrene Alphabetisierung in Sachen Wirtschaft ein. Alle erleben sich als Unternehmer, müssen den Wert ihrer Arbeit einschätzen und verhandeln. Mehrere Existenzgründungen gelangen bereits nach diesem Training im geschützten Raum. Ideen wie die Umlaufgebühren auf Guthaben werden oft diskutiert und in ihrer Wirkung getestet.

● Kinder erfahren den Zusammenhang zwischen Arbeit und Kontostand als Marktleute ganz direkt. Sie sind oft die selbstbewusstesten Händler.

● Der Wert von sonst unbezahlten und wenig geschätzten Hausarbeiten wie Abwasch oder Essen kochen verändert sich schlagartig mit ihrer Vergütung. Plötzlich ist die Küche ein gefragter Ort.

● Es wächst ein Netzwerk aus Leuten, die sich kennen, schätzen und auch außerhalb der Märkte gegenseitig unterstützen. Viele kommen mehr der Atmosphäre und der guten Gespräche und Kontakte, weniger der Waren wegen. Die Praktaten entwickeln sich zur Beziehungswährung.

Mehrere Erfahrungen lassen sich inzwischen verallgemeinern:

1. Große Ungleichgewichte in der Verteilung der Guthaben schaffen Blockaden, Gleichmacherei blockiert jedoch die leistungsfähigsten Marktleute. Dieses Spannungsfeld muss ständig austariert werden, um Stagnation zu vermeiden. Vor allem stagnierende Konten sind Marktkiller.
2. Eine neue Kultur des Leihens und Schenkens muss sich parallel als notwendiges Instrument des Ausgleichs entwickeln.
3. Eine Umlaufsicherung auf die Guthaben wirkt schon bei 1% Schwund pro Markt enorm kreativitätsfördernd. Der psychologische Effekt scheint dabei bedeutend stärker zu sein als der reale Verlust.
4. Die härteste Nuss ist das bis in die tiefsten Regionen des Bewusstseins verankerte herrschende Wirtschaftssystem. Es braucht viel Reflexion, damit der Wunsch nach leistungslosen Einnahmen sich nicht ganz unauffällig wieder einschleicht, und das interessanterweise bei den ca. 10% an Geldtheorien interessierten ebenso wie bei allen anderen Marktleuten.

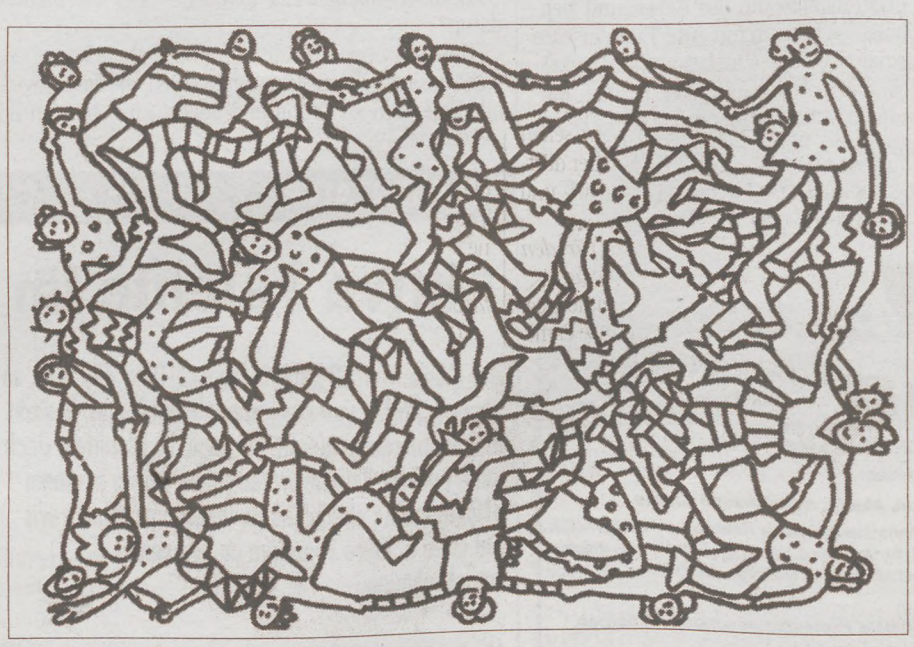
Zu den Perspektiven:

In den 8 Jahren seines Bestehens ist eine große Gruppe von Leuten entstanden, die sich mehr oder weniger spielerisch mit dieser alternativen Art zu wirtschaften vertraut gemacht haben. Das so gewachsene Vertrauen in die Praktaten und die Kompetenzen sind so weit gediehen, dass theoretisch der nächste Schritt zu einer Regionalwährung möglich wäre. Andererseits haben wir die Erfahrung gemacht, dass es gut ist, langsam zu wachsen und niemandem etwas aufzupfropfen. Wir sind uns sicher, die Expansion des Tauschmarktes kommt von ganz allein, wenn die Not wirklich dazu zwingt. In diesem Bewusstsein halten wir die Augen offen und bauen bedächtig weiter mit Praktaten an unserem Netzwerk für praktische Taten.●

DER TAUSCHRING LETS-AUGSBURG

Ins soziale Geschehen eingreifen

Im Jahr 1996 setzte sich unser Gründervater Karl Sander mit einigen Freunden zusammen und beschloss, einen Tauschring (TR) auf LETS-Basis zu gründen. Nach dreijähriger fleißiger Aufbauarbeit bestand der TR aus 250 Mitgliedern.



Copyright: Niklaus Troxler

Sven Heinzl, Augsburg ● Zu diesem Zeitpunkt lief die komplette Verwaltung immer noch auf einem Uralt-DOS-Programm. Wir entschlossen uns dann, ein professionelles Verwaltungsprogramm und einen leistungsfähigen PC an zu schaffen. Nach mühevoller Kleinarbeit und Aussortierung aller Karteileichen läuft LETS-Augsburg mit allen verbliebenen aktiven Mitgliedern sehr gut. Mittlerweile haben wir wieder ca. 250 Mitglieder – davon sind aber fast alle richtig aktiv.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass eine tauschwillige Gruppe nicht zu klein sein darf.

Ein Beispiel:
In einer an Augsburg angrenzenden Kleinstadt gründete sich auch ein Tauschring, der insgesamt rund 25 Mitglieder umfasste. Im Laufe der Zeit kannten sich diese aber persönlich so gut, dass die Tauschleistungen im privaten Bereich OHNE Zuhilfenahme des TR's abgewickelt wurden. (Prinzipiell ist das eine sehr erfreuliche Entwicklung, denn durch den TR sollen ja Kontakte/Freund- und Bekanntschaften geknüpft und die herrschende Anonymität im städtischen Bereich überwunden werden. Für TR-Verantwortliche, die sich bemühen, ist das aber eher schwer zu handhaben). Letztlich führte es dazu, dass sich dieser TR an LETS-Augsburg angliederte und seinen Mitgliedern somit ein wesentlich größeres Angebot bieten konnte. Wahrscheinlich wird ein TR erst ab rund 100 Mitgliedern richtig interessant.

Natürlich bleibt es auch in unserem TR nicht aus, dass viele Tauschleistungen durch entstandene Bekannt- oder Freundschaften im Hintergrund ohne Zuhilfenahme des TR zustande kommen. Und wir begrüßen diese Entwicklung. Leider entzieht es sich unserer Kenntnis, in welchem Umfang diese Transaktionen ablaufen.

Parallel dazu wird natürlich viel über den TR getauscht. Die Umsätze lassen sich schlecht in Zahlen messen, aber die Tendenz ist stark steigend. Schneller steigend, als die Zahl der Neumitglieder, was darauf schließen lässt, dass immer häufiger zum TR gegriffen wird, um Bedürfnisse zu befriedigen.

Aber bei »nur« 250 Leuten ist das Angebot natürlich begrenzt. So bietet es sich an, dass mit umliegenden TR's getauscht wird. Das funktioniert problemlos, da die Abwicklung über Außenhandelskonten läuft und sich die beteiligten TR's einmal jährlich zum Kontenabgleich treffen. Die Vernetzung findet auch im Internet statt, wo mehrere Plattformen zur Zusammenarbeit zur Verfügung stehen.

Die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt, dass die gesellschaftliche Schieflage in Deutschland nicht von den Politikern geradegerückt werden kann (wer hat das auch schon erwartet?). Dadurch haben sich viele verschiedene Strömungen und Organisationen gebildet, zu denen natürlich auch die Tauschringe zählen.

LETS Augsburg ist sich seiner sozialen und auch politischen Aufgaben bewusst und versucht mit mehreren Projekten ins Geschehen einzugreifen: Zusammen mit der Stadt Augsburg wollen wir einen gemeinsamen augsburgweit geltenden »Fuggertaler« initiieren. Das allerdings scheiterte bisher an den Stadtoberen.

Des weiteren sind wir Mitglied im Augsburger Sozialforum, welches als Vernetzungsplattform und Sprachrohr aller sozial tätigen Verbände ins Leben gerufen wurde. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Sensibilisierung unserer Mitglieder im Bereich Geld. Dabei stützen (und unterstützen) wir uns auf die Thesen von Silvio Gesell, Bernard Lietaer und Margarete Kennedy.

Wie die Entwicklung in Zukunft weitergeht ist schlecht vorhersagbar. Aber eins steht fest: Da wir weder an politische noch gesellschaftliche Konventionen gebunden sind und keine Scheuklappen tragen, sind wir sicher in der Lage, je nach Bedarf schnell zu reagieren. Sei es auf dem Gebiet des Regionalgeldes, der Geldreform oder anderer Entwicklungen. Wir sind bereit!●

Sven Heinzl ist Leiter des LETS-Augsburg

(Der Artikel gibt die Meinung des Verfassers wieder und muss nicht zwingend die Meinung aller Mitglieder sein)

GEGENSEITIGE HILFE

Tauschringe

Was ist tauschen ?

Tauschen ist: »Du gibst mir was – ich geb dir was.« Das ist aber zu ungenau. Bei dem Tausch, den wir alle kennen und der sich in den letzten 200 Jahren durchgesetzt hat, heißt es: »Ich gebe dir genau das, was du mir gibst.« Was als Vergleichsmaßstab dient, ist der Wert. Das Geld dient hier als Maß der Warenwerte und Maßstab der Preise, auch als Zahlungsmittel. Wer die Geld- und Warensprache kann, braucht darüber hinaus kaum menschlichen Kontakt, um an die gewünschten Dinge und Dienste zu kommen.

Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg ● Die wirtschaftliche und gemeinschaftlich-gesellschaftliche Verbindung der Menschen wird heute überwiegend über den Markt, über die dort stattfindenden Austauschbeziehungen hergestellt. Getauscht wird nur zwischen Menschen, die sich nicht ein einer gemeinsamen Produktions- und Lebenseinheit befinden. Unter Freunden oder in einer Familie z.B. braucht nicht getauscht zu werden, auch wenn heutzutage hier die Warenverhältnisse vielfältig eindringen. (»Wenn ich eine Zwei schreibe, bekomme ich von Papa 10 Euro.«) Wenn die Menschen keine zusammen produzierende und wirtschaftende Einheit bilden, müssen sie die hergestellten Dinge als Waren austauschen. Der gesellschaftlich nützliche Charakter ihrer privat hergestellten Waren reguliert sich in den zahllosen Austauschakten auf dem Markt. Menschen können diesen Äquivalententausch, also etwa gleiche Arbeitszeiten von gesellschaftlicher Durchschnittsproduktivität werden ausgetauscht, recht »streng« betreiben. Oder sie tauschen auch großzügiger, wie durchaus in etlichen Tauschringen: Die Beteiligten tauschen hoffentlich wirksam, brauchen dazu wenig menschliche Kontakte, haben kaum Verabredungen getroffen; schon gar nicht produzieren sie miteinander. Der allergrößte Teil der Produktion ist in der Hand von Kapital, fern von allen Aktiven der Tauschringe. Eine Wiederaneignung von Produktion erscheint utopisch, es will zunächst auch fast keiner.

Das ist ein Vorteil des Tauschringes: Da sich ein größerer Teil der Beteiligten kennt, so wie früher auf dem Dorf, ist der menschliche Kontakt nicht so anonym und fremd, wie z.B. in einem Supermarkt. Aber solange der Tausch und nicht darüber hinaus getroffene Verabredungen die Beziehungen bestimmt, bleibt der Tauschring ein die Warengesellschaft ergänzender Teilmarkt. Genau das wollen die allermeisten Beteiligten auch. Wie auf den Flohmärkten wird in den direkteren, persönlicheren Beziehungen im Tauschring die grundlegende gesellschaftliche Beziehung des abstrakten Tausches neu eingeübt. Für Menschen, die die globale Privatproduktion mit all ihren Folgen für Mensch und Natur, für die beste aller menschlichen Möglichkeiten halten, ist das auch gar kein Problem.

Es bleibt die Frage, ob Tauschringe einfach nur »marktreparierende Veranstaltungen« sind, oder ob Menschen, wenn sie denn wollen, die gegenseitigen Hilfen weiter intensivieren und humanisieren könnten. Sind Tauschringe also im Sinne eines basisbestimmten, demokratischen Wirtschaftens entwicklungsfähig?

Eine andere Form des Gebens und Nehmens wird neuerdings in den ca. 20 Umsonstläden praktiziert. Es gibt inzwischen ein paar tausend NutzerInnen. Es wird dort auch zunächst nicht miteinander produziert. Von daher bleibt das ebenfalls begrenzt. Aber jede, die etwas übrig hat, gibt es in ein gemeines Lager. Und wer es benötigt, kann es in begrenzter Menge für den persönlichen Gebrauch umsonst abholen – drei Teile pro Besuch. (Siehe CONTRASTE-Schwerpunkt Januar 2004!) Hier werden in einer Gesellschaft, in der fast alles zur Ware geworden ist, die Dinge mal versuchsweise als bloße nützliche Dinge behandelt. Geben und Nehmen sind in diesem Austausch nicht direkt aneinander gekoppelt. Es ist eben kein »Tauschladen«. Menschen können je nach Bedürfnis, mehr nehmen oder mehr geben. Aber es kann natürlich nur genommen werden, was andere vorher gebracht haben. Vieles Nützliche wird einfach weggeworfen, einfach um ständig etwas Neues zu kaufen. Das Stichwort »Zu schade zum Wegwerfen« versteht eine Mehrheit der Menschen, auch wenn es einige zur gewohnten Schnäppchenjägerei ausnutzen.

Die Umsonstladenpraxis öffnet erkennbar einen Erfahrungsspielraum für weitere Projekte der gegenseitigen Hilfe, wie zum Beispiel ein Kleinmöbellager, Freie Software-Gruppen, Fahrradselbsthilfe, Umsonst-Kino, Gartengruppen usw. Alles ist möglich, was Menschen in einen Kreis gegenseitiger Hilfen geben wollen. Es bestünde aber auch die Möglichkeit, dass Tauschring-Aktive zusätzlich einen Umsonstladen aufbauen...●

ZEIT-TAUSCHRING FRANKFURT NORDWEST

Tauschinitiativen füllen eine Marktlücke ...

Gudrun Born, Frankfurt ● ... denn die einst selbstverständliche Familien- und Nachbarschaftshilfe funktioniert nur noch selten. Organisierter Hilfetausch schafft ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Gebenden und Nehmenden. Er schützt vor Ausnutzung von Hilfsbereitschaft und bewahrt bei eigenem Hilfebedarf vor der gefürchteten Bittstellerrolle. Vielleicht machen gerade diese »Nebeneffekte« Tauschinitiativen für viele anziehend?

Erfahrungen: Unsere Mitglieder gehören unterschiedlicher Altersstufen, Nationalitäten und Weltanschauungen an. Sie bringen neben Idealismus und auf dem Hintergrund ihrer persönlichen und beruflichen Erfahrungen die Bereitschaft zu überschaubarem Engagement mit.

Wir begrenzen unsere Initiative bewusst auf wenige angrenzende Stadtteile, ums sie überschaubar zu halten. Rund 60 % unserer 165 Mitglieder sind zur Mitarbeit bereit, die anderen fördern die Initiative mit ihrem Beitrag, der bei 1 EUR pro Monat liegt. Dreimal jährlich laden wir zum gegenseitigen Kennenlernen und – wenn nötig – zur Abstimmung über nötige Veränderungen zu Treffen (mit Tauschmarkt) ein, die immer gut besucht sind.

Eine gute Organisation bringt Menschen in Kontakt, die sich zuvor fremd waren. Einzelheiten ihres Engagements regeln sie untereinander, wobei sich die Möglichkeiten nach Angebot und Nachfrage richten. Wir beziehen auch die Weitergabe kleinerer Gegenstände und den Verleih von technischen Geräten mit ein (z.B. Bohrmaschine, Sackkarre, Gartengeräte usw.)

Hilfetausch braucht Vertrauen und das muss langsam wachsen. Den meisten fällt es leichter, zu helfen als um Hilfe anzufragen. Deshalb bleibt es ein Dauerauftrag, daran zu erinnern, dass ein Tauschring vom Geben und Nehmen lebt.

Wir haben keine Büroräume, die Kontakte laufen über eine zentrale Telefonnummer und Adresse. Organisatorischen Aufgaben hat das achtköpfige Leitungsteam unter sich aufgeteilt, es stimmt sich etwa 4 x jährlich in Teamgesprächen ab und plant Termine voraus. Wir haben nicht vor, die Initiative nennenswert zu verändern oder erweitern.●

TALENT-TAUSCHRING ULM

CONTRASTE: *Wie viele formelle Mitglieder braucht ein Tauschring nach eurer Erfahrung, um eine attraktive »Tauschdichte« zu ermöglichen?*

Ich denke mit bereits 30 Mitgliedern, die aktiv tauschen passiert schon viel. Leider ist in allen Tauschringen ein großer Anteil an Mitgliedern dabei, die nur sehr selten oder gar nicht tauschen. Der Anteil aktiver Tauscher dürfte in den verschiedenen Tauschringen zwischen 10% und 50% liegen.

Wie hoch ist bei euch etwa der Anteil der für den Tauschring Aktiven zur Gesamtzahl der Mitglieder?

Zu unseren regelmäßigen Orga-Treffen kommen ca. 10% der Mitgliedskonten (wobei bei uns auch ganze Familien hinter einem Konto stehen können und wir daher bei einer Zahl von etwa 90 Konten deutlich mehr Mitglieder haben). Das sind zu 2/3 Leute, die regelmäßig kommen und das restliche Drittel sind Gelegenheitsbesucher oder Neumitglieder, die mal reinschnuppern wollen. In der Organisation sind zwischen etwa 5 Leute tätig, dazu kommen Helfer für Veranstaltungen, etc.

Gibt es bei euch eher eine Tendenz dazu, dass Menschen mehr direkten Kontakt miteinander aufnehmen und sich gegenseitig helfen? Oder bleibt es eher bei der formellen und punktuellen Tauschbeziehung?

Meistens entstehen die Kontakte durch einen ersten Tausch. Und häufig entstehen daraus gute Bekannt- oder sogar Freundschaften. Im Kreis der aktiven Tauscher läuft auch viel über Mundpropaganda und nicht mehr über die Zeitung. Man sieht sich, man redet miteinander, man berichtet über Tauschvorgänge – dadurch entstehen neue Tauschvorgänge und neue Bekanntschaften.

Seht ihr praktische Auswirkungen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Tauschringen?

In manchen Bereichen, vor allem Übernachtungen, ist die Zusammenarbeit zwischen den Tauschringen und der Tausch über die eigenen Grenzen sehr praktisch. Das eigene Angebot kann dadurch deutlich erweitert werden.

Wie wollt ihr euch weiter entwickeln ? Wollt ihr einfach ein übersichtlicher Tauschring bleiben?

Das wollen wir in jedem Fall.

Möchtet ihr euch einem Ansatz für Regionalgeld bzw. der geldreformerischen Bewegung anschließen, oder habt es schon?

Ich denke, Tauschringe und Regiogeld sind, auch wenn sie auf den ersten Blick viel gemeinsam haben, zwei völlig unterschiedliche Dinge, die man nicht miteinander vermischen sollte.

Oder seht ihr euch eher als ein Ansatz von demokratischem Wirtschaften, der die gegenseitige Hilfe über das Tauschen hinaus weiterentwickeln möchte?

Für 99% der Mitglieder steht in der Regel das Tauschen im Vordergrund. Meist sind es nur Einzelpersonen, die sich intensiv mit größeren Zusammenhängen auseinandersetzen, so auch bei uns.●

TAUSCHRING KARLSTADT, FRANKEN

Infostand des Tauchringes auf dem Karlstadter Marktplatz im Juni 2003

Von Annette Müller, Karlstadt ● Vielen Dank für das Interesse am Tauschring Karlstadt. Uns gibt es jetzt seit April 2000. Seitdem haben wir uns etwas mehr als verdoppelt, Tendenz momentan rasant steigend. Die wirtschaftliche Situation macht sich bemerkbar. Insgesamt kann ich sagen, dass es sehr viel Spaß macht zu tauschen, weil es so eine persönliche, soziale Sache ist. Bei einer Anzahl von gut 25 Mitgliedern ist eine solche Menge an nützlichen Fähigkeiten vorhanden und ich finde, es macht Mut die eigenen Fähigkeiten auch zu erkennen und anzubieten.

Vielleicht ist die Welt irgendwann sogar so reif, dass es gar nicht mehr nötig ist, Konten zu führen und das Tauschen auf irgendeine Art aufzurechnen, weil dann das Vertrauen groß genug ist, dass alles was ich gebe zurück kommt, und das für alles was ich nehme, irgendwann irgendwer etwas von mir fordert.

In unserem Tauschring gibt es momentan 21 formelle Mitglieder, inklusive Partnern und Kindern 41. Erfahrungen mit mehr Mitgliedern habe ich noch nicht, Jedoch habe ich das Gefühl, eine Gruppe sollte nicht zu unübersichtlich oder anonym werden. Unsere Größe finde ich gerade recht belebend, es gibt vielfältige Angebote und man kennt sich noch. Mehr als 50 Mitglieder fände ich glaub ich zu groß, aber das müsste man austesten.

Der Anteil an Aktiven schwankt. Am Anfang waren es vielleicht einmal 60%, zeitweise weniger, momentan sind wir bei 80-90% Aktiven. Es gibt sicherlich beides, nur formelle Tauschbeziehungen, als auch persönliche Kontakte über den Tauschring hinaus. Die Tendenz geht wohl eher zu einem persönlicherem Kontakt und letztes Jahr z.B. hatte sich unser ältestes Mitglied den Arm gebrochen und einige aus dem Tauschring haben ausgeholfen. Es liegt auch einfach an den Menschen, die bei uns wirklich sehr unterschiedlich sind. Mit manchen kann man besser als mit anderen und manche werden Freunde.Wir haben keine Erfahrung in der Zusammenarbeit mit anderen Tauschringen. Es gab einen Versuch der Annäherung an eine benachbarte Initiative, aber bis jetzt gab es noch keine gemeinsamen Tauschaktionen.●

Politische Forderungen der Berliner Tauschringe

(für den Bundeskongress »Anders arbeiten oder gar nicht – Politische und rechtliche Rahmenbedingungen des Dritten Sektors« vom 23.4-25.4.99 an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Tauschringe ausbauen!

Ausbau und Förderung von Tauschringen stärkt die lokale Ökonomie und den sozialen Zusammenhalt Primäre Ziele der Tauschringe sind die Stärkung und der Erhalt lokaler Strukturen im sozialen und gesellschaftlichen Bereich und im Bereich der lokalen Ökonomie. Tauschringe leisten einen wichtigen Beitrag für notwendige Umorientierungen. In Bereichen der Nachbarschaftshilfe, der sozialen und ökonomischen Selbsthilfe, der Gemeinwesensentwicklung und des nachhaltigen Wirtschaftens sind Tauschringe Modellprojekte für den anstehenden Reformbedarf in der Gesamtgesellschaft.

Besonders das neue Verhältnis von Arbeit und Leben, wie es in den Tauschringen gelebt wird, kann in Zeiten steigender Erwerbsarbeitslosigkeit als vielversprechende Zukunftsstrategie gelten. Denn unabhängig von den bestehenden Kriterien des Arbeitsmarktes können hier eigene Fähigkeiten entdeckt und für sich und andere nutzbar gemacht werden.

Kopf und Handarbeit, sogenannte Frauen- und Männerarbeit, angeblich weniger qualifizierte Arbeit und höher qualifizierte Arbeit werden neu eingeordnet. Die übliche Existenzsicherung durch Erwerbseinkommen wird in den Tauschringen ergänzt um eine Existenzsicherung, die sich auf soziale Beziehungen, Vertrauen und Solidarität gründet. Zwischen Erwerbsarbeit auf der einen und rein ehrenamtlicher, unentgeltlicher Arbeit auf der anderen Seite prägen so die Tauschringe ein eigenes, wegweisendes Verhältnis von Arbeit und Leben.

Forderungen:

● Tauschringe müssen als gemeinnützige Initiativen ohne gewerbliche Interessen, die Arbeit in den Tauschringen als freiwilliges Bürgerengagement anerkannt werden.

● Als Form bürgerschaftlichen Engagements müssen Tauschringe staatliche (kommunale) Förderung erfahren. Zur Unterstützung unserer Arbeit fordern wir die Bereitstellung von Räumen und eine Anschubfinanzierung neu entstehender Tauschringprojekte. Auch für die laufende Organisationsarbeit (Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliederbetreuung, ...) und für die überregionale Vernetzung der Tauschringe untereinander benötigen wir staatliche (kommunale) Unterstützung. Über die materielle Förderung hinaus wünschen wir uns auch eine ideelle Unterstützung durch die Kommunen (Sozialämter und Bürgerbüros könnten sich etwa an der Werbung für die Tauschringe beteiligen).

● Die Verfügbarkeitsregelung nach SGB III darf auf freiwillige, unentgeltliche Arbeit nicht angewandt werden. Diese Regelung wird derzeit von der Bundesanstalt für Arbeit so interpretiert, dass z. B. jemand, der mehr als 15 Stunden wöchentlich ehrenamtliche Arbeit leistet, keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder hilfe hat. Das Gesetz sollte um eine Durchführungsverordnung ergänzt werden, die klarstellt, dass Tätigkeiten in gemeinwohlorientierten, Non-Profit-Initiativen von dieser Regelung ausgenommen sind.●

INTERVIEW: HEIDEMARIE SCHWERMER

Tauschringe

Tauschring-Erfahrungen

und das Gib-und-Nimm-Spiel

CONTRASTE: *Heidemarie, du hast von diesem Haus erzählt, in dem ihr als Tauschring, als »Gib-und-Nimm-Zentrale«, unterkommen konntet. Dort konntet ihr eine Reihe Aktivitäten durchführen, die eigentlich über die Tauschring-Aktionen hinausgegangen sind. Kannst du das etwas ausführen?*

Heidemarie: Immer wenn jemand in den Tauschring kam und eine besondere Gabe mitbrachte, zum Beispiel Trommeln, Schreiben... konnte das dort vor Ort gleich angeboten werden. Wir haben Hausaufgabenhilfe gemacht. Wir haben jeden Tag zusammen gekocht. Ich hab Leute beraten. Wir haben getanzt, wir haben vorgelesen. Wir hatten eine Nähmaschine da, damit wurde genäht. Es war eine Friseurin da, die hat Haare geschnitten. Also, es fand alles statt, was man sich als gemeinsame Tätigkeit vorstellen kann. Es war wirklich ein eifriges Kommen und Gehen. Ich war rund um die Uhr vier Jahre mit Gib und Nimm beschäftigt.

Die Tätigkeiten wurden nicht einfach nur angeboten in einer »Marktzeitung«, sondern sie fanden dort statt?

Also nebenher – es war natürlich auch in den Zeitungen, in der Liste. Aber außerdem hat sich dies ergeben, dass wir eben so viel Gruppendynamik dabei hatten. Es war schon schön einerseits. Und jetzt kommt der Punkt, wo du nachgefragt hast, weshalb es das nicht mehr gibt. Ich habe beobachtet, dass die Leute wirklich gerne gekommen sind. Aber kaum hatten sie etwas Anderes, z. B. eine Arbeit, da waren sie weg. Die Arbeitslosen haben nicht dieses jetzt als eine Alternative, als eine neue Lebensform gesehen, sondern sie haben immer dem Alten nachgetrauert und wollten das Alte. Sobald eine Arbeit auftauchte, waren sie weg vom Fenster.

Haben die Leute sich verabschiedet ohne Punkt und Komma? Oder habt ihr noch einen loseren Kontakt verabredet?

Also, ich habe schon noch einige Kontakte... nach Jahren. Meine ganzen Kontakte, die ich habe, sind über Gib und Nimm entstanden.

Aber das sind keine Gruppenkontakte untereinander mehr gewesen?

Nein, sie hatten ja keine Zeit mehr! Aber was mich so gestört hat, ist, dass das Andere immer alles wichtiger war. Das beobachte ich immer wieder. Gib und Nimm ist für die Leute erst mal keine Alternative. Die Leute sagen: »Wieso, ich brauchte doch nur jemanden, der für mich tapeziert...« Sie sagen: »Ich hab doch das, was ich brauche bekommen, nun ist es fertig.«

Sie haben ihre Aktivität nicht als Schritt in Richtung eines direkten Wirtschaftens gesehen, sondern wollten sich ein paar nützliche Tätigkeiten organisieren und wenn das erfüllt war, dann war es zu Ende?

Ja, meistens. Aber da kommt noch was Anderes dazu. Es gab sehr viele Menschen bei uns, die, bisher »Randfiguren« waren, die nirgendwo sonst unterkamen, weil sie zum Teil psychische Probleme hatten. Es gab auch etliche, die sagten z. B., ich kann wunderbar mauern, und dann konnten die das gar nicht. Dann waren die Leute frustriert, die diese Dienste für sich rausgesucht hatten. Dann waren die nach dieser Erfahrung oft auch gleich weg. Die Frustrationsschwelle von etlichen war total gering. Das beobachte ich überall. Ich bin ja viel rumgekommen und habe sehr, sehr viele Tauschringe besucht. Ich hab damals ganz viele Tauschringe mitgegründet. Jetzt unterstütze ich natürlich die Tauschringe auch, weil ich sage, ein Tauschring ist ein Anfang. Da erlebe ich immer wieder, dass die Leute frustriert sind, dass sie schnell sagen, es klappt ja nicht, weil die Leute, teilweise nicht die nötigen Fähigkeiten haben, oder weil sie schwierige psychische Probleme haben. Damit wollen sich andere dann auch nicht abgeben.

Einige wollen nur eine Dienstleistung haben, weil sie Geld sparen wollen. Andere wollen überwiegend Kontakt haben, weil sie eben isoliert sind. Aber sie sind ja häufig auch nicht umsonst isoliert. Es gibt ihren eigenen Anteil daran. Also, du hast mich ja danach gefragt, weshalb es dazu gekommen ist, dass sich Gib und Nimm als Verein aufgelöst hat. Das geschah vor allem, weil ich weggegangen bin. Ich hatte vorher eine Jahreshauptversammlung einberufen. Dort wurde ein komplett neuer Vorstand gewählt. Ich wollte das sauber übergeben.

Wir hatten vorher ein Haus, ein ASTA-Haus, in dem ich entdeckt hatte, dass eine Wohnung leer stand. Die haben wir gemeinsam renoviert. Wir haben es in der Woche genutzt und am Wochenende haben die Studenten dort gefeiert. Das Haus mussten wir wieder abgeben, etwa in der Zeit als ich auch wegging. Die Anderen haben noch ein Jahr gewirtschaftet. Dann gab es zwischen den Aktiven große persönliche Konflikte. Das endete in einem Gerichtsprozess, in dem Gib und Nimm sein gesamtes Geld verloren hat. Das war für mich noch einmal ein Zeichen: Wir brauchen kein Geld. Dann gab es noch einmal eine Jahreshauptversammlung. Die Leute sind alle zurückgetreten. Ein neuer Vorstand wurde gewählt. Die wollten gerade loslegen, da ist derjenige gestorben, der die Hauptarbeit gemacht hatte. Er war 35 Jahre alt. Er hat alle Informationen über die Mitglieder mit ins Grab genommen. Für mich war das ein Zeichen: Wir brauchen keinen Verein, es muss anders gehen. Und jetzt bin ich an dem Punkt: Das »Gib und Nimm-Spiel« ist noch mal etwas Anderes. Wirkliche Nachbarschaftshilfe soll wieder entstehen. Jede kann durch den Aufkleber zeigen: »Ich bin offen für Neues.« Ich bin offen für neue Kontakte. Die damit verbundene Gib-und-Nimm-Stelle, das ist einmal der Platz, wo Sachen hingebracht werden können, wo Leute sich eintragen können, was sie geben und nehmen wollen an Tätigkeiten. An dem einen dieser Orte bin ich, in der Nordstadt in Dortmund.

So ein Ort der müsste doch betreut werden? Ich kann mir nicht vorstellen, dass so ein Ort im Selbstlauf wächst.

In den vier Jahren war ich ja jeden Tag da. Die Leute konnten mit ihren Fragen kommen. Vielleicht war ich auch ungeduldig.

Schwierig ist es, wenn das Geben und Nehmen nur praktisch bedient, es aber nicht als Ausdruck einer möglicherweise wachsenden gegenseitigen Hilfe erkennenbar ist. Dann erlischt das ja in dem Moment, wo dieser unmittelbare praktische Nutzen für sie mal nicht mehr so klar zu sehen ist. Es orientiert sich zunächst alles stark an denjenigen, die die Initiative ergriffen haben. Man kommt nicht so einfach darüber hinaus. Die Kunst, die wir alle noch viel zu wenig beherrschen, besteht darin, dieses direkte Wirtschaften auf eine Weise zu entwickeln, die InitiatorInnen allmählich überflüssig zu machen, dadurch dass andere ebenfalls ihre gemeinschaftlichen Kräfte entdecken.

Die anderen haben schon noch weiter getauscht, als ich ging...

Frage: Aber es war dann keine Person da, die den menschlichen Zusammenhang zur Selbstentwicklung hin betreuen konnte?

Nein. Ich habe das damals so abgegeben, wie es für mich möglich war. Es geht mir um die Eigenverantwortung und um die Erkenntnis, dass die gegenwärtige Wirtschaftsform, der gegenwärtige Staat Raubbau betreibt, das muss erst einmal begriffen werden.

Bei den neuen »Gib-und-Nimm-Stellen« ist auch immer eine verantwortlich. Man muss zum Beispiel aufpassen, dass die abgegebenen Kleidungsstücke nicht überhand nehmen. Wenn wir demnächst an vielen Stellen die Sachen haben, dann können wir auch die überzähligen Dinge rumreichen. In Dortmund gibt es wirklich eine Menge Leute, die fast nichts haben.

Wer so eine »Gib-und-Nimm-Stelle« vielleicht bei sich zu Hause einrichten möchte, kann sich gerne bei mir per e-mail melden: ivory@free.de.●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

DAS GIB UND NIMM SPIEL

In einer Welt, in der das Gleichgewicht immer mehr gestört ist, wird die Aktivität eines jeden von uns gefragt. Statt zu sagen: Wir können sowieso nichts daran ändern, gilt es, darüber nachzudenken, wo kleine Schritte weiterhelfen.

Wer bei uns mitspielen möchte, kann sich einen oder mehrere »Gib und Nimm Aufkleber« abholen, der gut sichtbar an die Haustür, an die Fensterscheibe, an den Briefkasten, ans Auto, an den Koffer geklebt oder als Button an der Kleidung getragen werden kann. Das bedeutet: Ich bin offen für Neues! Sei es für Nachbarschaftshilfe, für Abgabe von überflüssigem Besitz, fürs Herzöffnen gegenüber unbekannten Menschen, für die Mitnahme im PKW oder... oder.... Das Gib und Nimm Spiel bietet Möglichkeiten für ein persönliches Wachstum, für die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Geben und Nehmen, für eine gerechtere Welt.

Der Aufkleber steht symbolisch für eine neue Welt: eine Welt des Teilens, des Mit- und Füreinander, der Achtsamkeit, des mit dem Herzen Schauens... Zu dem Aufkleber gehören 10 Spielregeln, die nur als Richtlinien gedacht sind:

10 Regeln für das Gib und Nimm Spiel

1.) Bevor du dir Aufkleber abholst und aufklebst oder ansteckst, überlege dir, was du damit erreichen möchtest!
2.) Lege dir ein Heft an, in das du Dinge schreibst, die mit deinen Beobachtungen, Gefühlen, Befindlichkeiten in Bezug auf Gib und Nimm stehen. Mindestens einmal wöchentlich solltest du etwas hineinschreiben!
3.) Finde MitspielerInnen, mit denen du dich mindestens einmal im Monat triffst.
4.) Verbindet die monatlichen Treffen mit einem »Tauschrausch«, d.h. jede bringt mit, was sie nicht mehr braucht und nimmt sich dafür, was er möchte.
5.) Stelle deinen Freunden und NachbarInnen das Spiel vor (stülpe ihnen nichts über. Es soll nur mitmachen, wer wirklich will).
6.) Richte in deiner Strasse, deinem Viertel, deinem Dorf an einem zugänglichen Platz (Cafe, Gemeindezentrum, Bücherei...) eine »Gib und Nimm Stelle« ein. D.h. hier können Dinge hingegeben und weggenommen werden. Ausserdem kann dort auch ein Karteikasten aufgestellt werden, bei dem jedeR MitspielerIn eigene Fähigkeiten unter »Gib und Nimm« verbuchen kann mit Namen und Telefonnummer, so dass ein Austausch der Fähigkeiten möglich ist.
7.) Gehe achtsam durch die Welt und spüre, wo deine Hilfe gebraucht wird und wo du Kontakt machen möchtest.
8.) Überprüfe deine Gefühle und Gedanken, wenn andere auf dich zukommen. Du kannst auch nein sagen, wenn dir danach ist. Alles soll für dich stimmig sein!
9.) Erwarte nichts von anderen, sondern freue dich über deine Aktivitäten und lass dich überraschen.
10.) Freue dich darüber, dass du geistig wachsen darfst, indem du ganz bewusst wirst und wach für den Augenblick.

Diese Regeln sind nur als Anhaltspunkte gedacht. Es gibt weder Kontrollen noch Fremdbestimmung. Du ganz allein kannst entscheiden, ob und wieweit du dich einlassen willst.●

Text von Heidemarie Schwermer ivory@free.de

LETS-TAUSCHNETZ MÜNCHEN

Von Elisabeth Hollerbach ● Die Mühlen der Tauschringe mahlen langsam, auch die Mühlen unseres Lets-Tauschnetzes München. Wer ist/fühlt sich zuständig für einen aktuellen Bericht, für Auskünfte allgemeiner Art? Im Allgemeinen gibt es in dem Tauschring das Orga-/Verantwortlichenteam und noch ein paar Arbeitsgruppen. Es gibt rege Teilnahme an Veranstaltungen, aber das Interesse an politischen/gesellschaftlichen Themen ist eher rar gesät.

Ich bin Mitbegründerin des Lets-Tauschnetzes München (1994), habe 1997 ein süddeutsches, 1998 ein bundesweites Tauschringtreffen in München mit organisiert, war Mitglied der BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft) deutscher Tauschringe und habe wesentlich mit zur Formulierung des Positionspapiers deutscher Tauschringe beigetragen, das wir von der BAG 1999 auf dem Bundestreffen in Rostock vorgestellt haben.

Augenblicklich arbeite ich wieder mit an einer Bundesstruktur, die wir auf dem Bundestreffen 2004 in Münster vorstellen wollen. Aber das geschieht ohne Illusion und übermäßige Erwartung. Denn ich kenne keinen unpolitischeren Haufen als die deutschen Tauschringe. Und dennoch und trotz der Unbewusstheit tragen sie ganz wesentlich mit dazu bei, diese Gesellschaft zu verändern und neue Werte und Ziele zu manifestieren. Unspektakulär, einfach so, experimentell. Und deswegen bin ich nach wie vor eine überzeugte Tauschnetz-Teilnehmerin, habe selber ganz wesentliche und neue Lebensqualitäten durch die Vernetzung erfahren, mag unser Tauschnetz nicht mehr missen, setze mich nach wie vor in der Verantwortlichengruppe, in der Vernetzung mit dem Umland, bundesweit ein.

Unser Tauschnetz lebt seit 1994, hat ab 1995 einen ungeheuren Boom erfahren, so dass wir schnell zu Deutschlands größtem Tauschringavancierten. Auch in München hat es dann Querelen und Machtkämpfe gegeben. Das Lets Tauschnetz hat sich 1999 gespalten, die »alten« und aktiven TeilnehmerInnen versammeln sich heute im Lets Tauschnetz München mit derzeit etwa 680 wirklich aktiven Teilnehmern. In der inaktiven Liste gibt es augenblicklich zusätzlich etwa 200 TeilnehmerInnen, die den Aufforderungen zur Legitimation und Abrechnung noch nicht nachgekommen sind. Diese sind aufgefordert, bis zur nächsten Vollversammlung am 12.3.2004 ihre Abrechnung nachzuholen bzw. sich für 2004 zu legitimieren.

Wie viele formelle Mitglieder braucht ein Tauschring? Auf unser Stadtgebiet München bezogen braucht es pro Stadtteil mindestens 50 Teilnehmer, um das Tauschen attraktiv zu machen. Wir haben 680 Aktive mit Tauschleistungen mindestens einmal im Monat – der Rest ist inaktiv gesetzt. Die Tauschteilnehmer haben bei uns die absolute Tendenz, jede Aktivität aufzuschreiben und zu verrechnen. Daneben gibt es einige wenige, die ihre Kontakte und Tauschbeziehungen nicht aufzeichnen. Die Beziehungen mit dem »Umland« sind sehr intensiv, es gibt viele Tauschbeziehungen zwischen diversen Tauschringen. Wir haben seit 1995 regelmäßige Austauschtreffen, in denen frühzeitig auch die Stundenwährungen usw. geregelt wurden. Darüber hinaus nehmen viele überregional an Märkten und Veranstaltungen teil.

Weiterentwicklung: Wir haben Arbeitskreise für Vorsorge, Qualität und Währungsfragen. Es gibt augenblicklich keine Aussicht auf verträgliche Verrechnung von Stundenbasis zur Landeswährung. Unser Ansatz beruht eher auf Weiterentwicklung demokratischen Wirtschaftens, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt, Gleichbewertung von Arbeit, neue Bewertung von Arbeit, Neubewertung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit, Bürgergesellschaft, die sich abkoppelt vom Mainstream kapitalistischer Zugewinngesellschaft. Regiogeld und geldreformerische Bewegungen beschäftigen uns zwar auch – aber nicht in erster Linie.●

ANTISEMITISMUS & MEDIEN

Propaganda mit Ministatistiken und Vergeltung

Bei Medienuntersuchungen werden nur die Endprodukte geprüft, Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichtensendungen von ARD oder ZDF. Da werden Erbsen gezählt. Wenn Arafat exakt so viele Sekunden über den Bildschirm flimmert wie Scharon, bestätigen sich die Fernsehmacher eine TV-gemäße Ausgewogenheit.

Ulrich W. Sahm ● Manchen Forschern scheint der rechte Maßstab zu fehlen, weil sie keine Ahnung von den subtileren Formen des Antisemitismus haben. Es ist legitim, Israel zu kritisieren und Scharon nicht zu mögen. Das ist kein Antisemitismus. Jedoch: die verwendeten Klischees, historisch belastete Worte, Bilder aus dem klassischen Antisemitismus bis hin zu antijüdischen Vorurteilen aus dem Repertoire der christlichen Kirchen verwandeln legitime politische Kritik in eine gefährliche antisemitische Polemik.

Dem Publikum entgeht, wer wirklich unseren Nachrichtenalltag bestimmt. Das sind nicht die Tagesschau, der Spiegel oder die FAZ. Es sind Weltmächte. Die arbeiten im Hintergrund und beeinflussen alle Redaktionen. Das klingt wie eine Verschwörungstheorie. Ich meine Reuters, ap, dpa oder afp. Für den Glauben an ihren Wahrheitsgehalt gibt es sogar einen Fachbegriff: Agenturgläubigkeit.

Ein Problem sind politische Wertungen. So fügen die Agenturen den Namen gewisser Politiker Adjektive bei, die allein der Weltanschauung der Reporter entsprechen. Monatelang wurde über den »Hardliner« Arafat und den »gemäßigten« Scharon berichtet. Wie wäre es, wenn wir bei der Rentendiskussion über den Hardliner Schröder und den gemäßigten Stoiber redeten.

Abstrus ist baffes Erstaunen der Agenturreporter: »Der als Hardliner bekannte Ariel Scharon erklärte sich zur Räumung von Siedlungen bereit.« Da fragt sich, wer eigentlich Scharon zum Hardliner erklärt hat: Nämlich genau jener nun völlig überraschte Reporter. Bei unvoreingenommener Betrachtung ist Scharons Politik eher pragmatisch und je nach Situation mal hart, mal nachgiebig, in jedem Fall konsistent und wechselhaft zugleich. Reporter sollten sich kein pauschalisierendes Urteil über jeglichen nahöstlichen Politiker erlauben, zumal sie in einer unberechenbaren Wirklichkeit auch immer wieder unberechenbar reagieren. Nachrichtenagenturen sollten eine wertfreie Berichterstattung liefern, ohne Adjektive oder politische Hochstapelei, als wüssten die Agenturreporter besser als die Politiker, wo es lang geht.

Ein anderes Phänomen ist Propaganda für die Redakteure. Seit dem ersten Tag der Intifada fügen Reuters und ap jeder Meldung aus Nahost eine Statistik an.

Neutral formuliert lautet sie: Seit dem 28. September 2000 sind x Palästinenser und y Israelis getötet worden.

Das Wort »Intifada« kommt nicht vor, weil es ein »erklärungsbedürftiges Fremdwort« sei (1). Der 28. September 2000 gilt als erster Tag der Intifada (2). Damit es nicht langweilig wird, haben sich die Agenturjournalisten unzählige Formulierungen für jene Stunde Null ausgedacht: Seit der Provokation Scharons auf dem Tempelberg, seit Ausbruch des spontanen Volksaufstandes, der Revolte, seit Beginn dieser Runde der Kämpfe, der Gewalt, des Blutvergießens, seit Ausbruch des palästinensischen Kampfes für einen eigenen Staat, Befreiungskampfes, Kampfes zur Beendung der Besatzung, seit dem Scheitern der Friedensverhandlungen.

Viele dieser Stilblüten sind Schuldzuweisungen, zynisch verknüpft mit vielen palästinensischen Toten und weniger israelischen Opfern. Längst ist belegt, dass die Intifada kein spontaner Volksaufstand als Reaktion auf Scharons Provokation ist, sondern ein Monate im Voraus geplanter bewaffneter Angriff auf Israel (3). So erwähnt Reuters gelegentlich die Ziele des Aufstandes, als »Revolte gegen die israelische Besatzung«. In manchen Ministatistiken steht ausdrücklich: »seitdem die Palästinenser ihren Aufstand ausgelöst haben«. Das ist ein Hinweis auf eine palästinensische Initiative und nicht die Reaktion auf eine israelische Provokation.

Der wahre Auslöser der Intifada war wohl der israelische Rückzug aus Südlibanon. Gemäß palästinensischer Wahrnehmung habe die Hisbollah die Israelis vertrieben. Laut palästinensischen Quellen sollte die Intifada mit Gewalt die Siedler vertreiben.

Das bemerkenswerteste palästinensische Dokument über den Ausbruch der Intifada ist ein Interview (4) des wegen Mordes angeklagten Volkstribuns Marwan Barghouti. Am ersten Jahrestag der Intifada protzte er, Scharon ins offene Messer laufen gelassen zu haben. Barghouti behauptet, die Provokation Scharons als letzte Chance genutzt zu haben, um die Intifada ausbrechen zu lassen und Israel zu beschuldigen. Das hindert aber die Medien nicht daran, trotz besseren Wissens, immer wieder die propagandistische Version zu wiederholen.

Es ist schwer, mit neutralen Worten, ohne Schuldzuweisung, den Beginn der Intifada darzustellen. Es wäre irrelevant, wenn das nicht bis Heute entscheidende Folgen für die Wahrnehmung und Beurteilung der Intifada hätte. Dabei widersprechen sich jene, die einerseits Scharon zum Schuldigen machen und andererseits den Palästinensern ein legitimes Recht auf gewalttätigen Widerstand zubilligen und ihnen zugestehen, gewaltsam gegen die Besatzung vorzugehen.

Nächster Punkt sind die Totenzahlen und die Identität der Opfer. Jeder israelische oder palästinensische Tote wird mit Altersangabe beim Namen genannt. In anderen Weltregionen dürften Reuters und ap nicht mit eben solchem Fleiß die Namen und Altersangaben der drei Millionen Todesopfer im Kongo, der 2 Millionen Toten im Südsudan, der 250.000 europäischen Toten im ehemaligen Jugoslawien gesammelt und veröffentlicht haben. Nicht einmal die Namen der »Hunderttausenden« Toten des Irakkriegs oder gar der gefallenen amerikanischen Soldaten werden publiziert. 3.000 Tote nach drei Jahren Krieg in Nahost wiegen so ungleich schwerer als die amorphe Masse der 3.000 Toten des 11. September. Zweifellos erzeugt auch jeder tote Palästinenser, dessen Leiche sogar aus dem Kühlschrank hervorgeholt wird, um für alle Welt gefilmt zu werden, mehr Mitgefühl und Empathie als die Toten von New York, Tel Aviv oder Jerusalem. Denn die hat niemand jemals gesehen, weil sie aus Gründen der Pietät nicht gefilmt werden. Amerikaner wie Israelis halten eine derartige Leichenschau für geschmacklos und ekelerregend, was jedoch amerikanische wie israelische Fernsehsender nicht daran hindert, die Bilder toter Palästinenser, Afghanen oder Iraker auszustrahlen. So entsteht »Mitgefühl« nur für die jeweiligen Feinde, während man es bei den eigenen Toten wohl voraussetzt. Bei arabischen Fernsehsendern soll das exzessive Zeigen der eigenen Verletzten und Toten weniger »Mitgefühl« auslösen sondern vielmehr den Hass auf den Feind (Israel oder die Amerikaner) schüren.

Bei der nationalen Identität der Toten gerieten die Agenturen ins Schleudern, sowie deren Schubladendenken ins Wanken geriet. Wer mehr Tote hat, ist Opfer. Wer weniger Tote hat, ist Täter oder Übeltäter.

Monate lang lautete die Statistik X Palästinenser, Y Israelis und 13 Andere. Irgendwann verschwanden diese Ufos wieder. »Andere«, das waren 13 israelische Araber, bei Unruhen im Kernland Israels umgekommen. Jüdische Israelis, bei der gleichen Gelegenheit umgebracht, wurden nicht mitgezählt.

Bald gab es neue Komplikationen. Harry Fischer, deutscher Chiropraktiker, wurde im November 2000 von einer israelischen Rakete in Beth Dschallah getroffen. Der wurde als Ausländer angeführt. Ebenso ein erschossener griechischer Mönch. Stillschweigend und posthum wurden sie später zu Palästinensern gemacht. Auch auf der israelischen Seite bürgern die Agenturen posthum die Ausländer ein: Amerikaner, Franzosen, Philipinos und Chinesen, die bei Selbstmordattacken in Jerusalem oder Tel Aviv getötet wurden. Solange die ausländischen Toten noch frisch im Gedächtnis sind, formulieren die Agenturen etwas neutraler: »X starben auf der israelischen/palästinensischen Seite« 2.331 Palästinenser sind tot (Stand Juni 2003). Aber wurden sie tatsächlich »von den Israelis getötet«, wie manche Ministatistiken unterstellen?

Das Institut für Konter-Terrorismus in Herzlija (5) zählte am 19. Juni 2003 zudem 787 tote Israelis. Inzwischen stieg die Zahl auf über 900. Andere Quellen, andere Zahlen. Weit über die Hälfte der palästinensischen Toten waren laut ICT »Kombattanten« oder »mutmaßliche Kombattanten«. Bei den Israelis waren es nur 20 Prozent.

107 palästinensische Frauen wurden getötet, darunter 27 Kombattanten, also Selbstmordattentäterinnen und ähnliches. Das sind weniger als 4 Prozent aller palästinensischen Opfer. Auf der israelischen Seite dagegen wurden 242 weibliche Todesopfer gezählt. In absoluten Zahlen sind das dreimal mehr als die toten Palästinenserinnen, obgleich es dreimal mehr tote Palästinenser gibt denn Israelis.

Trotz des abgedroschenen Spruches, »Jeder Tote ist zuviel«, stimmt da etwas nicht. Der Eindruck, als würden die Israelis blindlings gegen palästinensische Zivilisten vorgehen, klingt unglaubwürdig angesichts der niedrigen Zahl toter Palästinenserinnen.

Den Palästinensern ist viel daran gelegen, die Zahl ihrer Toten in die Höhe zu treiben, um sich propagandistisch als Opfer darzustellen. Die Agenturen spielen da mit. ap (6) hat berichtet, dass auch die rund 200 palästinensischen Selbstmordattentäter als »Opfer der Israelis« mitgezählt würden. 200 sind fast 10 Prozent der palästinensischen Toten. Die klassischen Selbstmordattentäter seien nicht von todesgewissen Kämpfern zu unterscheiden, die Siedlungen, Städte oder Stellungen angreifen, wissend, dass sie nicht überleben würden.

Als palästinensische Opfer der Israelis werden auch Bombenbauer mitgezählt, die bei sogenannten Arbeitsunfällen, bei der Vorbereitung von Bomben, in die Luft fliegen. Sogar von Palästinensern ermordete Kollaborateure erscheinen in der Gesamtstatistik, als seien sie von Israelis umgebracht worden.

Es geht nicht darum, palästinensischen Terror, israelische Liquidierungen, den legitimen Widerstand der Palästinenser oder israelisches Selbstverteidigungsrecht zu rechtfertigen. Die Historiker mögen entscheiden, wer der Oberschurke bei dem hundert Jahre alten Konflikt ist, oder ob Siedlungen größere Verbrechen seien denn Selbstmordattentate. Illegitim ist wohl eine subtile Propaganda, wie sie von den Nachrichtenagenturen betrieben wird mit scheinbar neutralen Zahlen.

Die Agenturen verwenden auch andere Methoden der Meinungsmache. So gab es (7) den Redaktionsbeschluss einer großen deutschen Nachrichtenagentur, jede israelische Militäraktion als »Vergeltungsschlag« zu bezeichnen. Selbst wenn der israelische Militärsprecher von einem Präventivangriff spricht, berichtet jene Agentur von Vergeltung. Andere Agenturen enthalten in ihren englischen Originalberichten nichts dergleichen. Doch in der deutschen Ausgabe, etwa von Reuters, rutscht der Begriff »Vergeltung« als Zwischentitel rein. Offenbar will da jemand dem deutschen »Zeitgeist« genüge tun. Wie absurd die gedankenlose Verwendung dieses Begriffes ist, zeigen zwei Beispiele aus jüngster Vergangenheit. Da heißt es in einer Agenturmeldung, dass die Israelis »Vergeltung« verübt hätten, gestehen aber, dass keinerlei israelische Stellungnahme zu der beschriebenen Militäraktion vorliege. Der Agenturkorrespondent kennt also sogar das Motiv der Militärs, obgleich die schweigen. Ein anderes Mal »liquidierten« die Israelis im Gazastreifen Extremisten, die als »tickende Bomben« bezeichnet wurden, weil sie Anschläge planten. Der israelische Angriff war also nach israelischen Angaben eindeutig ein Präventivschlag, also keinesfalls Strafe, Rache oder Vergeltung. Gleichwohl hieß es am nächsten Tag: »Vergeltung«.

Vor allem in Deutschland verbindet sich jüdische Vergeltung mit Rache. Das erinnert an den jüdischen Rachegott im Gegensatz zum christlichen Gott der Liebe. Dass sich die israelische Regierung von einem archaischen Rachegott anleiten lasse, wird klar, wenn die vermeintliche israelische Vergeltung als Balkenüberschrift mit dem falsch interpretierten Bibelvers rausposaunt wird: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Dieses biblische Prinzip bedeutet jedoch nicht Rache, sondern Geldstrafe für den Täter und Schadenersatz für das Opfer. Wenn also dpa über israelische »Vergeltung« berichtet, dann betreibt ahnungslos die gesamte deutsche Presse von der Tagesschau bis zur letzten Dorfzeitung eine subtile antisemitische Hetze in bester Tradition.

Man sollte es wohl den Israelis überlassen, das Motiv ihrer Militäraktionen selber zu definieren. Wenn sie, sehr selten, von einer »Peulat Tagmul« also einer Vergeltung reden, dann ist nichts gegen ein entsprechendes Zitat einzuwenden.

Auch palästinensische Terroranschläge sind nur selten Racheakte, selbst wenn ad hoc ein zufällig gelungener Anschlag zum Racheakt deklariert wird. Im Nahen Osten herrscht Krieg. Da geht es Schlag auf Schlag. So zu tun, als sei die Attacke von heute die Reaktion auf den Angriff von gestern, ist lächerlich bei dem Gedanken, dass die Palästinenser 200 Selbstmordattentate seit 1994 ausgeführt haben und die Israelis 200 Palästinenser gezielt oder ungezielt getötet haben. Weder Terroranschläge noch Liquidierungen lassen sich innerhalb weniger Stunden planen, vorbereiten und ausführen.

Manche reden vom »israelischen Staatsterror«, dem legitimen palästinensischen Widerstand, palästinensischen Terror und legitimer israelischer Selbstverteidigung. Das kann jeder für sich tun. Es handelt sich um Wortspiele in einer ekelhaften Wirklichkeit. Nicht akzeptabel ist es jedoch, wenn die deutsche Öffentlichkeit mit scheinbar harmlosen Worten und fragwürdigen Ministatistiken gezielt zu Judenhass, falschem Mitleid und Parteinahme gedrängt wird.●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Überarbeitet für CONTRASTE von Ulrich W. Sahm
Vortrag von Ulrich W. Sahm, Berlin 26.6.2003

Anmerkungen:

1) So ein Mitarbeiters von ap.
2) Am 28. September 2000 besuchte Oppositionschef Ariel Scharon den Tempelberg mit Zustimmung des palästinensischen Sicherheitschefs Dschibril Radschoub und des palästinensischen Jerusalem-Ministers Faisal Husseini. Beide garantierten den israelischen Behörden »Ruhe« und waren auf dem Tempelberg anwesend. Die ersten palästinensischen Toten der Intifada gab es erst einen Tag später. Erste israelische Tote gab es schon einige Tage vor der »Provokation Scharons«. Die Palästinenser nutzten »Scharons Provokation«, um allein Israel die »Schuld« für das Blutvergießen zuzuschieben. Die Israelis sagen unter Berufung auf palästinensische Quellen, dass die Intifada schon Monate zuvor geplant war. Sie sei kein »Volksaufstand«, sondern ein Beschluss gewesen, die Waffen der palästinensischen Sicherheitsbehörden gegen Israel zu richten.
3) Der Minister für Telekommunikation in der PA Imad Faluji bestätigte im libanesischen Daily Star am 3.3.2001, dass die Intifada lange vor Scharons »Besuch« Sharons auf dem Tempelberg geplant war.
4) »Al Hayat«, 29 September 2001, London
5) ICT, International Policy Institute for Counter Terrorism, http://www.ict.org.il/
6) 27.11.2002 AP However, it would be difficult to justify leaving the suicide bombers off while including the roughly 100 Palestinians killed while staging other types of attacks -- such as infiltrations of Jewish settlements -- which in some cases seemed no less suicidal...
   The Palestinian toll also includes at least 56 Palestinians who were killed by Palestinian mobs and firing squads on suspicion of collaborating with Israeli authorities --further underscoring that the count should not be viewed as a straightforward »victimization« of one side by the other. The AP regularly reports the detailed breakdown of casualties, in which it includes collaborators and other exceptional categories. Sometimes it suffices with an overall figure for each side, because the exceptions do not add up to sufficient numbers to significantly skew the totals. ... Palestinians tend to count about 70 people they say died of illnesses because they could not get medical treatment due to curfews and long waits at checkpoints. AP does not include such cases.
   The review of AP's death toll found that past miscounts had inflated AP's Palestinian count by 88 and the Israeli count by seven -- mistakes that in most cases occurred during the tumultuous period last spring when Israel launched a major military offensive and conditions at Palestinian hospitals were chaotic.
7) Die Information stammt von einem verantwortlichen dpa-Mitarbeiter, dessen Namen wir hier jedoch nicht nennen wollen. Da sich dieser Begriff wie ein roter Faden durch die dpa-Berichterstattung über die Intifada zieht, hatten wir keinen Grund, diese vom Ende der achtziger Jahre im Zusammenhang mit israelischen Angriffen im Libanon erfahrene Information noch einmal zu überprüfen. Nach dem öffentlichen Vortrag im Paul Loebe Haus schrieb dazu die Frankfurter Rundschau am 2.7.2003: »Von dem Redaktionsbeschluss, den Sahm erwähnte, weiß man zumindest bei dpa nichts«. »Das ist definitiv nicht der Fall«, dementierte der stellvertretende Chefredakteur Harold Bojunga leicht entsetzt eine entsprechende Anfrage. »Klar gibt es Fehler im täglichen Geschäft, aber eine Sprachregelung? Nein, so etwas gibt es bei uns nicht.« Harold Bojunga bestätigte auch mir per Telefon, dass es eine solche Sprachregelung nicht gebe. Er habe meine Aussage mit verschiedenen Stellen im Hause, darunter auch mit dem Büro Tel Aviv geprüft. Bojunga leitete das Gespräch zum Ressortleiter Politik International, Gerd-Rainer Neu, weiter. Der berichtete von einer von ihm verfassten internen Hausmitteilung an das Büro in Tel Aviv und an die eigene Redaktion, 'äußerst vorsichtig' mit den Begriffen 'Terroristen' und 'Vergeltung' umzugehen, zumal man bei dem 2000 Jahre alten Konflikt nicht wisse, wer die Henne und was das Ei sei. Neu stimmte zu, dass von 'Vergeltung' nur die Rede sein könne, wenn tatsächlich die Israelis selber sagten, dass eine Aktion als Vergeltung gedacht sei. Umgekehrt bezeichnet dpa auch manche Anschläge als 'Rache', wenn die radikalen Gruppen sie selbst so definieren. Bei zwei ihm vorgetragenen Beispielen sagte Neu, dass der Begriff 'Vergeltung' offensichtlich falsch verwendet worden sei. Völlig neu war für ihn die Erkenntnis, dass 'Auge um Auge' nichts mit Rache zu tun habe.

LITERATURBESPRECHUNG

Sozialwirtschaft

– Perspektiven für eine andere Ökonomie?

Begriffe wie »Sozialwirtschaft«, »Soziale Ökonomie«, »Solidarische Ökonomie«, »Gemeinwesenökonomie«, »Dritter Sektor« und »Lokale Ökonomie« werden in der fachlichen Diskussion selten genauer voneinander abgegrenzt. Tatsächlich bestehen zahlreiche konzeptionelle Gemeinsamkeiten, die dies erschweren. In vielen Fällen spiegeln die verschiedenen Bezeichnungen die Denktraditionen der Verfasser wider. Thilo Klöck bezeichnet dieses Phänomen als »isolierte Diskurse«, die zu einem Konzept zusammengeführt werden müssten. Könnte der Begriff Sozialwirtschaft eine solche Integrationsfunktion übernehmen? Eventuell kann die Auseinandersetzung mit vier aktuellen Veröffentlichungen zum Thema helfen, mehr Klarheit über den Gegenstand der Sozialwirtschaft zu gewinnen.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Was ist unter Sozialwirtschaft zu verstehen? Gibt es dafür eine eigene Managementlehre? Sollte das Thema Sozialwirtschaft für die Lehre an Fachhochschulen und Universitäten intensiver aufbereitet werden, so dass für dieses Thema die Ausbildung stärker vereinheitlicht wird? Ist die Gemeinwesenarbeit ein Teil der Sozialwirtschaft? Diese und andere Fragen sind schon länger Gegenstand unterschiedlicher Veröffentlichungen. Dabei ist oftmals unklar, was überhaupt unter dem Begriff Sozialwirtschaft verstanden wird. »Der Begriff »Sozialwirtschaft« steht im Wesentlichen für Organisationen (Genossenschaften, Vereine, Stiftungen usw.), die eine wirtschaftliche und marktorientierte Tätigkeit ausüben und dabei aber gleichzeitig eine soziale Zielsetzung (Bekämpfung sozialer Ausgrenzung usw.) verfolgen«, so lauten die Erläuterungen in einem Glossar zum EU-Programm EQUAL. Ob diese knappe Erläuterung zum Inhalt auf breitere Zustimmung trifft, ist zumindest zweifelhaft.

Sozialwirtschaft – eine Systematik

Einen grundlegenden Versuch, das Thema Sozialwirtschaft aufzuarbeiten, startet Wolf Rainer Wendt in einer aktuellen Veröffentlichung. Systematisch werden von ihm die Zusammenhänge, Bezüge und Strukturen dargestellt, in denen er die Sozialwirtschaft ansiedelt. Sein Blickwinkel ist vor allem volkswirtschaftlich ausgerichtet. Fragen des einzelwirtschaftlichen Managements thematisiert er nur am Rande. Wendt geht von folgender Definition aus: »Gegenstand der Sozialwirtschaft ist die gemeinschaftliche und personenbezogene soziale Versorgung (social provisioning) als lebensdienlicher Unterhalt. Dazu gehört die Bearbeitung und Erfüllung sozialer Anliegen (social concerns), insbesondere die Absicherung gegen Risiken des Lebens, die Bewältigung und Lösung sozial definierter Probleme von einzelnen Menschen und von Gruppen im Gemeinwesen.«

Untergliedert ist das Buch in neun Kapitel. Im ersten Überblick beschreibt der Autor die Besonderheiten des sozialwirtschaftlichen Sektors. Dabei vermeidet er, die oftmals übliche unmittelbare Verknüpfung der Betriebswirtschaftslehre mit der Sozialen Arbeit zum Thema »Sozialmanagement«. Vor allem im fünften Kapitel geht Wendt auf die für seine Systematik wichtigen Grundlagen ein, wenn er den zentralen Begriff »Haushalten« erläutert. Ob »Soziales Haushalten im staatlich organisierten Gemeinwesen« oder »persönliches Zurechtkommen/Haushalten der Bürger«: Immer wieder versucht er von hier aus, die verschiedenen Aspekte der Sozialwirtschaft zu erschließen. So legt er tatsächlich erste Bausteine einer eigenen Systematik.

Im Kapitel über »Unternehmerische Organisation der Sozialwirtschaft« integriert Wendt, für Deutschland untypisch – bei den verschiedenen Organisationsformen auch die Genossenschaft: Bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamtliche und Freiwillige, Selbsthilfegruppen, Sozialgenossenschaften und informelle Netzwerke. Er verweist auf das Genossenschaftsmodell in Italien und geht auch auf die unterschiedlichen Trägerstrukturen in Deutschland und Italien ein. Im anschließenden achten Kapitel entwickelt Wendt den Kerngedanken sozialwirtschaftlicher Unternehmen: »Soziale Dienste und Einrichtungen ermöglichen Menschen, ihre Befähigung zu entwickeln und auszuüben.« Damit wird Soziale Arbeit in der Weiterführung »häuslichen Sorgens« als »Sorgearbeit« in der Verschränkung zwischen Dienstleistungen und primärer Versorgungsgemeinschaft angesiedelt.

Das Buch erweist sich als ein Muss für alle, die sich mit der Diskussion um die Sozialwirtschaft befassen, selbst wenn Wendt einen sehr breiten Begriff von Sozialwirtschaft verwendet. Für ihn ist dies letztlich »haushaltendes Wirtschaften«. Inwieweit er damit auf breite Zustimmung stößt, wird sich erst noch zeigen. Dies ändert nichts daran, dass hier ein wichtiger Anstoß für die wissenschaftliche Auseinandersetzung über eine gemeinsame Sozialwirtschaftskonzeption auf den Weg gebracht wurde.

Wolf Rainer Wendt: Sozialwirtschaft – eine Systematik, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 2003, 120 Seiten, 19,80 EUR.

Management in der Sozialwirtschaft

Gibt es ein Management der Sozialwirtschaft? Dieser Frage stellt Armin Wöhrle in einer ebenfalls aktuellen Veröffentlichung. Im Unterschied zu Wendt verfährt er stärker pragmatisch. Ihm geht ihm nicht darum, die nächste Definition der Sozialwirtschaft und des Sozialmanagements vorzulegen. Im Vordergrund steht vielmehr, in einem Überblick die verschiedenen Arbeitsfelder aufzuzeigen. Dabei gibt das Buch den aktuellen Stand der wissenschaftlichen und politischen Diskussion über eine Managementlehre für die Sozialwirtschaft wieder. Gegliedert wird es von Wöhrle in vier Kapitel.

Kapitel 1 nimmt die unterschiedlichen Managementlehren für die Betriebswirtschaft als Ausgangpunkt und gibt einen Einblick in die wichtigsten Richtungen und Ansätze. Klassiker wie Taylor, der verhaltenswissenschaftliche und der systemtheoretische Ansatz werden kurz und komprimiert behandelt. Damit stellt Wöhrle den Bezug zu Organisationslehren und Managementtheorien her, die schon vorhanden waren, bevor dem »Dritten Sektor« Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Kapitel 2 setzt sich mit dem Auftrag des Managements der Sozialwirtschaft auseinander. Der Sozialstaat und seine Krise, Ausdehnung der Beschäftigungsverhältnisse in der Sozialen Arbeit sowie die Globalisierung und neue Steuerungsmodelle sind hier zentrale Stichworte.

In Kapitel 3 behandelt der Autor die Besonderheiten der Sozialwirtschaft. Die Arbeitsfelder, was sind soziale Dienste und Formen der Trägerschaft sozialer Einrichtungen stehen hier im Vordergrund. Die Genossenschaft als Trägermodell wird erstaunlicherweise außen vor gelassen, obwohl Wöhrle auf Autoren zurückgreift, für die Nonprofitorganisation und ®conomie Sociale vertraute Begriffe und Themen sind.

Im abschließenden und längsten Kapitel 4 »Management in der Sozialwirtschaft« wird die Anwendung von Managementtheorien auf die Sozialwirtschaft vollzogen. Erst mit der quantitativen Zunahme des Dritten Sektors in den achtziger Jahren wurde die Notwendigkeit professioneller Steuerung verstärkt thematisiert. Entsprechend kann von Sozialmanagement als eigener Lehre noch nicht wirklich gesprochen werden. Wöhrle versucht deshalb, das Thema Management in der Sozialwirtschaft einzukreisen. Dies erweist sich schwieriger als die eingängigen Begrifflichkeiten erwarten lassen, da dass Management für diesen Bereich vorwiegend »freischwebend« aus den Erfordernissen der Praxis entwickelt wurde.

Eine abschließende Bewertung des Buches fällt schwer, da es zwischen der Systematik von Wendt und einer konkreten Managementlehre angesiedelt ist. Es legt die Grundlagen für eine Lehre, ohne auf deren Inhalte selbst inhaltlich tiefer darzustellen.

Armin Wöhrle: Grundlagen des Managements in der Sozialwirtschaft, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 2003, 191 Seiten, 19,80 EUR.

Lehrbuch der Sozialwirtschaft

Den zuvor vermissten Konkretisierungsgrad weist das Lehrbuch von Arnold und Maelicke auf. In ihrer Neuauflage verfolgen die Herausgeber das Ziel, zu einer systematischen, praxisorientierten und zugleich auch theoretisch fundierten Ausbildung von Führungskräften für Sozialwirtschaftliche Organisationen beizutragen. Das Buch führt komprimiert in ökonomische Problemstellungen ein, die bei der Erbringung von sozialen Dienstleistungen eine Rolle spielen. Im Rahmen von 22 Einzelbeiträgen verschiedener Autorinnen und Autoren werden wichtige Informationen über die Aufgaben, Strukturen sowie die Besonderheiten der Entscheidungsprozesse in Nonprofit-Organisationen dargestellt. Dabei geht es weniger um Details als um Grundlagenwissen.

Das Buch ist in vier Themenfelder untergliedert:

- Makroebene: Handlungsspielräume Sozialwirtschaftlicher Organisationen im Zusammenhang aktueller bundesdeutscher, europäischer, volkswirtschaftlicher Entwicklungslinien einschließlich des Themas Privatisierung.
- Mesoebene: Das System öffentlicher, freier sowie gewerblicher Anbieter in Deutschland sowie die konkreten Handlungsfelder sozialer Dienstleistungen.
- Mikroebene: Typologie, Rechtsformen und Qualitätsmanagement Sozialwirtschaftlicher Organisationen, einschließlich der Besonderheiten der Dienstleistungsproduktion.
- Sozialmanagement: Konkrete Ansätze des Managements von der Zielentwicklung, über das Personalmanagement bis hin zu Fragen der Führung und der Zusammenarbeit.

Vor allem die Unterscheidung und Zuordnung der Beiträge zu den Bereichen Mikroebene und Sozialmanagement ist nicht immer ganz einleuchtend. Trotzdem lässt sich festgehalten: Das aktualisierte Lehrbuch kann als Grundwerk zur Vermittlung von Basiswissen zu zentralen thematischen Schwerpunkten der Sozialwirtschaft und des Sozialmanagements ohne Einschränkung empfohlen werden. Lehrende und Studierende im Studiengang »Sozialwirtschaft« steht hier ein umfassender Sammelband zur Verfügung, der sich für diesen Bereich zum »Klassiker« entwickeln dürfte. Voraussetzung ist, dass die Herausgeber, wie mit dieser zweiten Auflage begonnen, immer wieder Aktualisierungen und gegebenenfalls auch Erweiterungen vornehmen.

Ulli Arnold, Bernd Maelicke (Hrsg.): Lehrbuch der Sozialwirtschaft, 2. überarbeitete Aufl., Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 2003, 586 Seiten, 39,00 EUR.

Handlungsfelder der Gemeinwesenarbeit

Nicht eine Aufbereitung für die Lehre, sondern überwiegend in einzelne Bereiche der politischen Diskussion und die Erfahrungen aus der konkreten Arbeit führt der vorliegende Band der Reihe Gemeinwesenarbeit ein. Er beleuchtet inhaltlich das breite Spektrum, um das sich die Gemeinwesenarbeit dreht: Was verbirgt sich in Praxis und Theorie hinter gemeinwesenorientierter Sozialer Arbeit? Dabei geht es um ihre Geschichte ebenso wie um aktuelle Entwicklungen. Wendt siedelt sie in seinem Beitrag in der Sozialwirtschaftslehre an. Er betont: »Emanzipatorische Gemeinwesenarbeit lässt sich (dialektisch) aufheben in der wirtschaftenden Weise einer Entwicklungsarbeit am individuellen und sozialen Leben im Gemeinwesen.«

Die Artikel des Sammelbands reichen vom Konzept Saul Alinskys bis zur GWA im Rahmen der alltäglichen Lebensführung. Es geht um die »Einmischung« in den Stadtteilen, die Renaissance des Regionalen ebenso wie um Medienpädagogik im Rahmen der GWA oder den Einsatz von Methoden der GWA in der »Sozialen Stadt«, der Dritten Welt und in Australien. Das Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 7 ist zugleich Dieter Oelschlägel gewidmet als Festschrift für seine Verabschiedung aus dem Fach »Praxisorientierte Sozialwissenschaft« an der Universität Duisburg-Essen.

Die in der Einleitung vorgenommene Systematisierung der Beiträge (Geschichte und Theorie, Regionalisierung, Gemeinwesenökonomie, Zielgruppen, Medien, Gemeinwesenarbeit in den neuen Bundesländern und internationale Erfahrungen) hätte auch im Inhaltsverzeichnis übernommen werden sollen, um eine schnellere Orientierung zu ermöglichen. Wie breit das Spektrum der Beiträge ist, veranschaulicht der folgende Ausschnitt aus den 34 Aufsätzen:

- E. Jürgen Krauß: Einmischung. Ein Element von Strategien der Gemeinwesenarbeit;
- Günter Rausch: Parteilichkeit und Solidarität als Grundmaximen der Sozialen Arbeit;
- Kurt Bader: Alltägliche Lebensführung im Gemeinwesen. Ein Beitrag zur Weiterentwicklung gemeinwesenorientierten Handelns;
- Peter Marchal: Regionalisierung sozialer Dienste. Konzepte, Erfahrungen, Grenzen;
- Maria Lüttringhaus: Partizipation in der Stadt(teil)entwicklung – Mehrwert auf vielen Ebenen;
- Tilo Klöck: Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit als Qualitätsmerkmal von Sozialraumorientierter Sozialer Arbeit und Quartiersmanagement;
- Susanne Elsen: Gemeinwesenarbeit und Lokale Ökonomie. Überlegungen aus der Perspektive der Sozialen Arbeit.

Wie bei allen Sammelbänden fällt eine abschließende Bewertung aufgrund der Unterschiedlichkeit der Beiträge schwer. Mit der Veröffentlichung sind erheblich ausgeprägter als bei den vorherigen emanzipatorische Absichten verbunden. Gehört doch das Einmischen zum Selbstverständnis der Gemeinwesenarbeit. Auf diese Weise hilft das Buch bei der Arbeit in sozialen Brennpunkten, sich vor allem als politischer Akteur und nicht als Manager einer Optimierung zwischen Wirtschaftlichkeit und sozialem Handeln zu verstehen. Vor diesem Selbstverständnis bekommt diese Veröffentlichung ebenso wie die ganze Reihe »Jahrbuch Gemeinwesenheit« einen eigenständigen zukunftsweisenden Stellenwert.

Simone Odierna, Ulrike Berendt (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit. Entwicklungslinien und Handlungsfelder, Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 7, Neu-Ulm (AG SPAK Bücher) 2004, 440 Seiten, 25,00 EUR.●

Wenn alle an einem Strang ziehen, lasssen sich genossenschaftliche Lösungen leichter umsetzen

PFLEGEGENOSSENSCHAFT I.G., HEIDELBERG

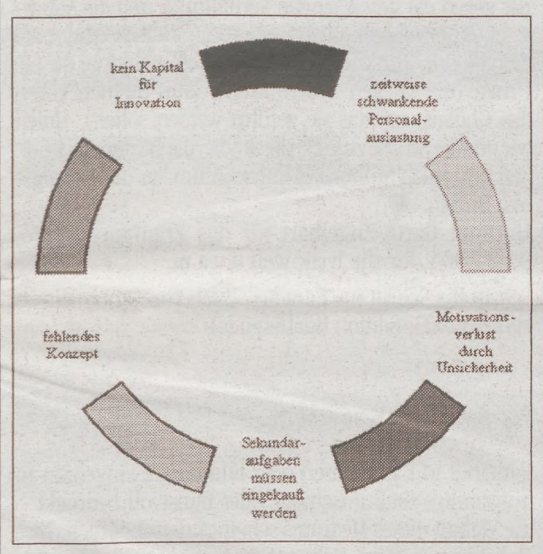
Visionen und Realität in der Pflege

In Heidelberg hat sich eine kleine Gruppe von Personen und Unternehmen gefunden, die es sich zum Ziel gesetzt haben, genossenschaftliche Strukturen auch in der Pflege zu nutzen. Bewusst werden nicht nur reine Ambulante Pflegedienste oder nur Pflegeheime in diese Kooperationsstruktur eingebunden. Denn Synergieeffekte treten stärker auf, wenn verschiedene Arbeitsfelder zusammengeführt werden.

Harry Plewa, Red. Genossenschaften ● Deutschlands Pflege ist in der beneidenswerten Lage, ein großes Reservoir an hochmotivierten und gut ausgebildeten Menschen in den Pflegeberufen zu besitzen. Zumindest gilt das, wenn man die aktuellen Umfragen zur Berufszufriedenheit in der Pflege betrachtet. Die hohe Motivation der Pflegenden ist zumeist nur direkt nach dem Abschluss der Ausbildung vorhanden und lässt dann rasch nach – zumindest wenn man diese Umfragen auswertet. Dass die Pflegesituation für viele Pflegebedürftige trotzdem nicht gut aussieht, liegt nach Meinung der Experten hauptsächlich an der Organisationsform der Pflege in Deutschland. Sie ist nicht geeignet, Pflegende zu motivieren, gute Pflege zu leisten und auch nicht geeignet, gleichzeitig wirtschaftlich und sozial zu agieren.

Motivation der Pflegenden

Häufigste Gründe für mangelnde Motivation ist nach Aussage dieser Experten die fehlende Klarheit in der Kompetenz und die Abhängigkeit des Pflegepersonals von anderen Berufen: in erster Linie der Ärzteschaft, an-



deren therapeutischen Berufen und dem Verwaltungspersonal [Gedenkschrift: Pflege braucht Eliten; Robert-Bosch-Institut]. Die Orientierung und Forderung der Politik nach einer Ausrichtung des Pflege- und Medizinsektors hin zum ambulanten Modell hat der Pflege eine goldene Brücke gebaut. Im Bereich der kleinen Pflegeinstitute und der ambulanten Pflege ist ein freies selbstbestimmtes Pflegen möglich.

In der ersten Gründungswelle nach der Umorientierung von Pflege hin zur Ambulanten Pflege haben viele Pflegende eine große Chance darin gesehen, den Pflegeprozess persönlicher zu gestalten. Dies gelang in der ersten Zeit vielen Pflegediensten auch sehr gut, denn gerade kleine Pflegeeinrichtungen haben einen besonderen Charakter und stellen sich individuell auf die Menschen ein, die sie betreuen. Und das ist bei vielen Pflegekräften ein echtes Ziel gewesen: raus aus dem großen Institut, um endlich menschenwürdig pflegen zu können! Aufgrund der aktuellen Gesetztenänderungen verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage ambulanter Pflegedienste aber gegenwärtig so drastisch, dass sie diese Ansprüche weder gegenüber ihrem Personal, noch gegenüber den Pflegebedürftigen halten können.

Wachsender Finanzdruck

Durch die folgenden Gesetzesänderungen wurde der wirtschaftliche Druck auf die Unternehmen immer größer. Entsprechend reduzierte sich die Zahl der Pflegedienste von anfänglich ca. 13.000-14.000 auf derzeit ca. 9.000 Pflegedienste. Was aber hat dies mit dem Thema Pflegegenossenschaft zu tun? In der organisationsübergreifenden Verteilung von Pflegepersonal liegen besondere Chancen, zu verhindern, dass die Motivation von Pflegekräften so rasch verfliegt. Auch werden sich neue Perspektiven für Pflegekräfte auftun.

Problemlage vieler Pflegeinstitute

Die Situation in der Ambulanten Pflege und in kleinen Pflegeheimen ist meist bedrohlich. Der Kostendruck für viele Institute bedeutet, dass finanzielle Spielräume erst gar nicht entstehen und Innovationen nicht finanzierbar sind. Ohne diese Spielräume ist mittelfristig keine Etablierung auf dem Markt möglich. Die berechtigte Forderung nach Qualitätskontrolle bringt viele kleinere Pflegebetriebe dazu aufzugeben, da an eine Zertifizierung nach KTQ oder ISO Norm mehr kostet, als der Reingewinn nach Unternehmenslohn beträgt. Mit anderen Worten: Durch die Zertifizierung wird ein normaler kleinerer Pflegedienst oder ein kleines Pflegeheim ins Bilanzminus gedrängt und das in einer Zeit, in der an eine Finanzierung durch Banken oft nicht zu denken ist.

Ökonomie und Soziales

Im Pflegebereich existiert die Form der Genossenschaft bisher praktisch nicht. Pflege bis 1990 wurde meist durch kirchliche bzw. staatlich organisierte Träger organisiert. Das persönliche Risiko von Inhabern von Pflegeeinrichtungen ist so groß, dass viele im Rahmen der Insolvenzwelle der letzten Jahre neben der Firma auch ihr gesamtes Privatvermögen verloren haben. Von daher bietet sich die Form der Genossenschaft in besonderem Maße an. Ist es doch die Gesellschaftsform, die die geringste Konkursrate (0.04%) aller Unternehmensformen in Deutschland aufweist. Außerdem ist die Genossenschaft als Unternehmensform als einzige von Anfang an dazu erdacht worden, soziale Unternehmen zu führen.

Genossenschaftliche Demokratie könnte für die Sozialwirtschaft Vorbildfunktion haben

Sozialunternehmen, wie z.B. Alten- und Pflegeheime oder Ambulante Pflegedienste, stecken in einer typischen Zwitterrolle: einerseits soziales Handeln, andererseits die Pflicht zu wirtschaftlich erfolgreichem Unternehmertum. Da die traditionellen Rechtsformen für Unternehmen ausschließlich für reine Wirtschaftsunternehmen gedacht sind, eignen sie sich zumeist nur bedingt zu der Führung eines Sozialunternehmens. Dass Kooperationen im Gesundheitswesen wichtig sind, haben viele Kliniken und Heime schon erkannt. Nur – die Rechtsform der Genossenschaft als optimales Medium wird trotzdem noch nicht genutzt. Zurzeit existieren verschiedene Modelle, wie dem Hamburger Klinikverbund, die auf vertraglicher Kooperation beruhen. Die Rechtsform der Genossenschaft berücksichtigt traditionell wesentlich deutlicher die Gemeinschaftsinteressen sowie die Sozialinteressen der Genossenschaftler. Außerdem bietet sie über ihre Kontrollmechanismen, einen besseren Schutz für die Unternehmer und damit natürlich auch indirekt für die Arbeitnehmer der Betriebe.

Synergieeffekte nutzen

Inzwischen hat sich in Heidelberg eine kleine Gruppe von Personen und Unternehmen gefunden, die es sich zum Ziel gesetzt haben, genossenschaftliche Strukturen auch in der Pflege zu nutzen. Um die synergetischen Auswirkungen optimal zu erreichen, wurde bewusst darauf verzichtet, nur reine Ambulante Pflegedienste oder nur Pflegeheime zu verbinden. Synergieeffekte treten besonders auf, wenn Ambulante Pflegedienste eng mit Pflegeheimen zusammenarbeiten. Die bisherigen Interessenten sind der Pflegeservice Kurth, der sich auf 24 Std. Pflege spezialisiert hat und sich als Personalvermittler und Verleiher für Pflegeinstitute sieht. Hinzu kommen zwei Anbieter für Assistenz, einer davon aus Düsseldorf in der Form der Ich AG und eine GmbH, die deutschlandweit agiert, sowie ein Altenheim aus der Gegend von Heidelberg.

Initiiert haben das Ganze ein examinierter Krankenpfleger und Diplompflegewirt, zurzeit tätig als freiberuflicher wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Pflegeforschung, in der orthopädischen Universitätsklinik in Heidelberg, und eine examinierte Krankenschwester und Diplompflegewirtin mit Fachweiterbildung in Anästhesie und Intensivpflege. Sie arbeitet zurzeit als Pflegemanagerin in einer Rehabilitationsklinik. Dort ist sie u.a. zuständig für das interne Audit bei der Zertifizierung nach ISO 9000 ff. Hinzu kommt noch eine Diplompflegewirtin, Spezialistin für Medien und Qualitätsmanagement in der Pflege.

ANGESTREBTE BEREICHE

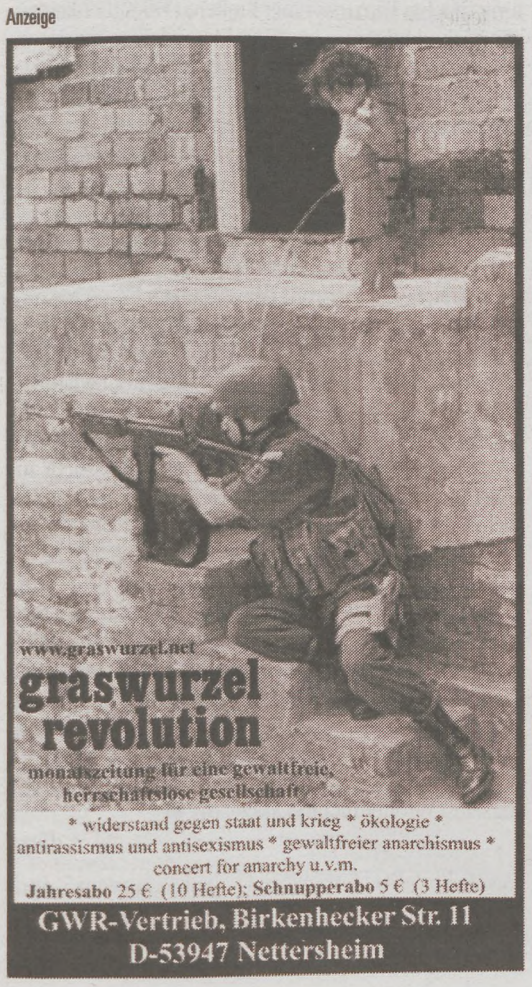
Tätigkeit	Vorteile für Genossenschaftsmitglieder
Zentrale Beschaffung von Pflegehilfsmitteln	Kostengünstiger Einkauf, Qualitätskontrolle und kostengünstige Lagerung z.B. bei EDV Anschaffungen können bei Lizenzprogrammen bessere Konditionen erzielt werden
Gemeinsame Zertifizierung	Die Kosten für die Zertifizierung kann gleichmäßig auf alle umgelegt werden, und so die Kosten für alle auf ein sinnvolles Niveau gedrückt werden.
Zentrale Beschaffung von Krediten	Bessere Verhandlungsposition, dadurch günstigere Kreditzinsen
Zentrale gemeinsame Fortbildungsveranstaltung in gegenseitiger Kooperation	Niedrige Fortbildungskosten bei hoher Fortbildungsqualität
Zentrale Personalbeschaffung	Optimale Kenntnisse der Personalbeschaffung, Methoden und Ausnutzung der vorhandenen Fördermöglichkeiten gegeben
Verwirklichung eines professionellen Marketingkonzeptes	Bessere Darstellung der Leistungsfähigkeit des eigenen Betriebes und Möglichkeit der Anpassung an das vorhandene Unternehmenskonzept
Gezieltes Werbekonzept innerhalb eines ausgereiften Marketingangebotes	Niedrigere Kosten bei höherer Effizienz, da überregionale Effekte genutzt werden können
zentrales Notruftelefon	Geringere Kosten für alle und durch bessere Erreichbarkeit, bessere Reputation.
Überregionaler Präsenz	Höherer Bekanntheitsgrad bei den zuweisenden Kostenträgern
Zentrale Personalbeschaffung	Zusätzliche Personalrekrutierung, kostengünstige und qualifizierter Fortbildungen möglich.
Gemeinsame Nutzung von Personal in regionalen Verbünden	Bessere Auslastung der Personalkapazitäten und Reduzierung der Personalknappheit
Verbesserte Altersvorsorge für Mitarbeiter	Gemeinsame Betriebsrente als Motivationshilfe gerade für älteres Personal

Tätigkeitsschwerpunkte

Eine große Belastung der Pflege ist ihre hohe Personalintensität. Auf der anderen Seite gibt es große saisonale Schwankungen im Personalbedarf. So kommt es beispielsweise während der Urlaubszeit bei einigen Ambulanten Einrichtungen zu einem großen Personalüberhang. Dies geschieht, weil einige in Urlaub fahren und ihre Angehörigen in Kurzzeitpflege geben oder auch, weil die Zeit genutzt wird und die Angehörigen mit in den Urlaub genommen werden. Außerdem sollen mit Hilfe der Genossenschaft wirtschaftlich interessante Bereiche, die nicht von Pflegenden selbst erfüllt werden können, wieder als Insourcing zu den Instituten zurückfließen, damit diese ihre existenziellen Bedürfnisse selbst gestalten können.

Beabsichtigt ist zudem, in Innovationszirkeln Erfahrungen zwischen den Genossenschaftsmitgliedern abzugleichen und so die üblichen Verluste zu minimieren, die beim Einstieg in neue Geschäftsfelder entstehen. Zusätzlich besteht das Ziel, konkret Unterstützung und Beratung in wirtschaftlich schwierigen Situationen zu geben. Zu den nächsten Schritten gehört, eine Informationsveranstaltung zur Pflegegenossenschaft am 30.05.2004 durchzuführen. Hauptziel ist es, dort über die Chancen und Risiken der Genossenschaft zu informieren und ein erstes besseres Kennen lernen zu ermöglichen.●

Anzeige



Anzeige

Faulheit

– ein Lieblingsthema der Arbeitsgesellschaft

Der Eichborn Verlag ist dafür bekannt, Bücher zu produzieren, die dem Zeitgeist entsprechen, und so war es wohl absehbar, dass hier auch ein Buch zum Thema Faulheit auf den Markt gebracht werden musste. Die aber gleich »Enzyklopädie« zu nennen, war wohl eher eine Entscheidung des Verlages, als die des Autors bzw. Herausgebers Schneider (der tragischer Weise zwei Wochen nach Abgabe des Manuskriptes bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam).

Es ist natürlich auch nicht der erste Sammelband zum Thema Faulheit, welches mal immer wieder gerne herausgegeben wird, denn schließlich ist das Leben ohne Ausbeutung (schon ein Unterschied zu einer selbstbestimmten Arbeit) ein Traum von mehr oder weniger allen (selbst von Deutschen). Und selbst wenn die Tochter von Wolfgang Schneider im Nachwort zu berichten weiß, dass dieses Buch sein wichtigstes gewesen, und er durch dieses Buch »gelassener« und »freundlicher« geworden sei. Wenngleich er sich zu Beginn anscheinend noch nicht darüber im Klaren war, wie die Überschrift des ersten Kapitels lautet: Die Faulheit – Tugend oder Laster?

Um es vorweg zu nehmen, es fehlt der politische Esprit, denn außer den obligatorischen Paul Lafargue, neben den diversen Literaten, Philosophen und sonstigen Schlendrianern aus drei Jahrtausenden, scheint es für Schneider seit ca. den 1970er Jahren keine Literatur zum Thema mehr gegeben zu haben. Angefangen von Ludwig Unruh, Dipl.-Ing. A. Narcho, Darwin Dante, der Gruppe Krisis über P.M. bis zu den Glücklichen Arbeitslosen (verdammt viel Pseudonyme unter den Autoren!?) findet sich nichts in diesem Band, als ginge es beim Faulsein nicht um die Abschaffung der Arbeit, sondern lediglich um die Bestätigung von gutbetuchten Menschen, die bislang sich nicht trauen anderen zu erzählen, dass sie es nicht nötig hätten zu arbeiten. Der rotweinschlürfende Akademiker soll hier als Genussmensch zum weniger »Arbeiten« animiert werden. Vom Arbeitslosen, der durch finanziellen Verzicht zu mehr Lebensqualität gelangen möchte finden wir hier nicht sehr viel, und schon gar nicht von jenen, die subversiv Sand in das Getriebe der Arbeitsmaschinen streuen.

Zu Gute halten muss man Wolfgang Schneider, dass er sich wahrlich Mühe gegeben hat bei der Zusammenstellung von Texten, und dem Auffinden literarischer Müßiggängerei. Selbst wenn man oder frau schon im Besitz einiger Sammelbände zum Thema ist, halten sich die Überschneidungen und die Aufbereitung der Texte im Rahmen. Aber genau aus diesem Grunde frage ich mich, warum das Buch gleich Enzyklopädie, welches ja übersetzungsmäßig die Gesamtheit des Wissens, bzw. ein Nachschlagewerk über alle Gewissensgebiete darstellen sollte. Drei bis vier, der auch recht guten Sammelbände zum Thema Faulheit zusammengenommen würden – vielleicht – eine Enzyklopädie, die den Namen auch verdient, ergeben – aber dafür müsste unsereiner ja wieder einiges an Arbeit leisten, um die sich dann später kaufen zu können.

Fazit: Es ist ein schöngemachtes Buch zu einem Thema, welches die Menschen sich mehr aneignen sollten, als ewig immer nur davon zu lesen oder zu träumen. Die Faulheit und der Müßiggang gehören wohl zu jenen Dingen, die auch ohne größere Theorie sofort in die Praxis umzusetzen ist. Packen wir es also an! Ich leg mich wieder auf die Couch, und werde noch ein paar Löcher in Luft starren.●

Jochen Knoblauch

Wolfgang Schneider: Die Enzyklopädie der Faulheit. Ein Anleitungsbuch. Eichborn Berlin / Frankfurt a. M. 2003 / Abb. / geb. / 190 S. / 24,90 EUR

Driven

In ihrem ebenso spannend wie allgemein verständlich verfassten Buch »Driven« vertreten Paul R. Lawrence und Nitin Nohria, zwei an der renommierten »Harvard Business School« in Boston tätige Wirtschaftswissenschaftler, die These, dass es insgesamt vier Beweggründe sind, die den Menschen im Verlauf der Evolution geprägt und somit zur nachweislich wirkmächtigsten und erfolgreichsten Spezies haben werden lassen. Auf der Basis jüngster Untersuchungen aus dem Bereich der Evolutions- und Kognitionsforschung sowie der Neurologie führen sie den Nachweis, dass vor rund 100.000 bis 75.000 Jahren eine »Revolution« stattgefunden hat. Von dieser Zeit an sei Homo sapiens mit vier (im limbischen System lokalisierbaren) Trieben ausgestattet: Erwerbs-, Bindungs-, Lern- und Verteidigungstrieb wirken demnach gleichberechtigt zusammen. Differenziert durch »Kompetenzmodule der sozialen Orientierung« sowie fünf Komplexe von »Zufallsfaktoren« – Biogeographie, räumliche Isolation, Stadien der technologischen Entwicklung, Ideologie und individuelle genetische Unterschiede – sei es im Laufe der Evolution zur Ausbildung sowohl persönlicher wie auch kollektiver Vielfalt gekommen.

Da jedem Menschen angeboren, könne das Modell der vier Triebe »universelle Gültigkeit beanspruchen«, so die Autoren, die davon überzeugt sind, nichts weniger als »eine zeitgemäße, wissenschaftlich fundierte Theorie über die Grundzüge der menschlichen Natur« vorgelegt zu haben. Wie sie allerdings selbst einräumen, werde sich deren Tragfähigkeit in der Auseinandersetzung mit anderen Disziplinen erst bewahrheiten müssen. Überzeugende Belege für die Relevanz ihres Ansatzes liefern die Verfasser im Kontext individueller Entwicklung ebenso wie anhand der »Philosophie« von Unternehmen, die gesellschaftsvertraglich determiniert, dann erfolgreich sind, wenn sie den vier Bedürfnissen möglichst zu gleichen Teilen Rechnung tragen. Anhand von Analysen des Managements bei General Motors und Hewlett-Packard wird dies sehr eindrucksvoll vermittelt.

Vor allem aber – und dies könnte zur Überwindung der vorherrschenden Ideologie des Marktradikalismus entscheidend beitragen – erscheint die im Wesentlichen auf Milton Friedman zurück gehende Theorie vom absoluten Primat ökonomischen Eigeninteresses ein »Fall geistiger Verbohrtheit« (S. 235) zu sein, für den es jedoch – unter neuem Licht betrachtet – auch Möglichkeiten der Therapie geben sollte.●

Walter Spielmann

aus: pro ZUKUNFT 5+6/2003

Paul R. Lawrence; Nitin Nohria: Driven. Was Menschen und Organisationen antreibt. Mit einem Vorwort v. Edward O. Wilson. Stuttgart: KlettCotta, 2003. 343 S. 32,50 EUR [D], 33,50 EUR [A] ISBN 3-608-94239-4

Die Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg sammelt und bewertet aktuelle Zukunftsliteratur vornehmlich des deutschen Sprachraums und stellt diese in ihrer Zeitschrift pro ZUKUNFT vor. Über 200 Titel wurden im vergangenen Jahr analysiert und bewertet. Mit den »Top Ten der Zukunftsliteratur« hebt das aus Alfred Auer, Hans Holzinger und Walter Spielmann bestehende JBZ-Team »zehn wichtigste Neuerscheinungen« 2003 besonders hervor, die »gesellschaftliche Entwicklungen kritisch reflektieren und neue Zukunftsperspektiven eröffnen«.

Die »Top Ten des Jahres 2003« wurden nach fünf Kriterien ausgewählt: Gesellschaftliche Brisanz (Aktualität, Dringlichkeit), 2. Innovation (neue Ansätze, Originalität) 3. Praxisbezug (konkrete Handlungsvorschläge, Beispiele), 4. Fakten (wichtige Daten) sowie 5. Lesefreundlichkeit (Zugang für breiteres Publikum, Lesevergnügen). Maximum: 10 Punkte pro Kriterium. Der oben besprochene Titel gehört zu den »Top Ten des Jahres 2003«.

Die Philosophie des Elends

Das Französische Außenministerium, vertreten durch die Französische Botschaft in Berlin, ermöglichte eine deutsche Edition des Proudhon-Buches »Die Philosophie des Elends«. Das mag vielleicht ungewöhnlich erscheinen, weil Proudhon dem französischen Staat sehr kritisch gegenüberstand.

In einem einführenden historischen Exkurs »Pierre-Joseph Proudhon und die moderne Nationalökonomie« beschreibt Gerhard Senft Proudhons zeitgeschichtliche und auch seine Bedeutung für die Gegenwart. Lutz Roemfeld übernahm die Übersetzung von Karl Grün in einer eigenen Bearbeitung, die allerdings nicht ganz frei ist von einigen missverständlichen Aussagen.

Die aktuelle Bedeutung von Proudhon liegt Senft zufolge darin, dass es Proudhons zentrales Anliegen war, dem Gelde seinen Monopolcharakter zu nehmen, also eine Gleichstellung des Geldes mit allen anderen Waren auf den Märkten zu erwirken. Proudhon fußte auf Adam Smith (1723-1790) und befürwortete den Liberalismus mit der Freiheit des Marktes; aber er sprach sich auch für soziale Experimente aus. Er selbst unternahm mit seiner Volksbank einen praktischen Versuch einer freiheitlichen Überwindung der sozialen Gegensätze – durchaus erfolgreich, aber er wurde verhaftet und konnte sein begonnenes Werk nicht fortsetzen. Den Kommunismus hat Proudhon treffend als ein neues totalitäres Herrschaftssystems durchschaut und rechtzeitig vor ihm gewarnt. Marx sah in ihm einen typischen Vertreter des französischen Kleinbürgertums. Sein eigenes Buch »La Misère de la Philosophie« sollte Proudhon in Verruf bringen, was ihm größtenteils gelang. Zu den wenigen, die ihn später dennoch ernst genommen haben, gehörten Gustav Landauer, Silvio Gesell, John Henry Mackay, Rudolf Rocker und Max Nettlau.

Im großen und ganzen wussten die sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts Proudhons geistiges Erbe jedoch nicht zu nutzen. Der Anarcho-Syndikalist Helmut Rüdiger (1903-1963), der sich nach den Erfahrungen der spanischen Revolution (1936-1939) Proudhon zuwandte, brachte die politisch-geistige Misere des Sozialismus und Anarchismus auf den Punkt: »Was hat der Syndikalismus zu den Fragen der Rechtsordnung, der Kapitalbildung, des Geldes, der Warenzirkulation, des Kredits, zu sagen? Auf den ganzen Blutkreislauf der Wirtschaft geht die Theorie überhaupt nicht ein. Wer überhaupt darüber nachdenkt, begnügt sich mit vagen idealistischen Träumen und Hoffnungen im Sinne der liebenswürdigen Visionen der »Eroberung des Brotes«. Aber so geht es nicht!«

Leider versäumen es die Herausgeber nachzufragen, warum die heutige Linke einschließlich der traditionellen Anarchisten das Geld- und Bodenmonopol nicht einmal ansatzweise analysiert, um sich nach dem Scheitern des Kommunismus undogmatischer mit der sozialen Frage auseinander zu setzen. Es scheint ihnen noch immer schwer zu fallen, zwischen dem real existierenden kapitalistisch vermachteten Markt und einem von Monopolen befreiten Markt zu unterscheiden und in letzterem eine Zukunftsperspektive zu sehen. Mit ihrer antikapitalistisch klingenden Pauschalverurteilung von jeglichem Markt und Wettbewerb bleiben sie marxschen Denkgewohnheiten verhaftet und tragen damit sogar noch ungewollt zur Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse bei.

Lange Zeit waren Proudhons Gedanken außerhalb Frankreichs aufgrund des Mangels an guten Übersetzungen nur schwer zugänglich. Erst 1963 gab Thilo Ramm »Ausgewählte Werke« heraus. 1969 folgten Proudhons »Bekenntnisse eines Revolutionärs« im Rowohlt Verlag und sein »Was ist das Eigentum?« in einem kleinen »Verlag für Sammler« in Graz. Diese Ausgaben sind mittlerweile längst vergriffen, so dass die Neuausgabe des »Systems der ökonomischen Widersprüche« endlich wieder eine Proudhon-Rezeption ermöglicht. Es sei dahingestellt, ob sich Proudhon darüber freuen oder ärgern würde, dass diese Edition vom französischen Staat finanziert wurde – wundern würde er sich gewiss darüber, wie lange Menschen brauchen, um in den Fragen der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit auch nur kleine Schritte weiter zu kommen.●

Uwe Timm

Pierre-Joseph Proudhon: System der ökonomischen Widersprüche oder Philosophie des Elends. Berlin: Karin Kramer Verlag, 2003. ISBN 3-87956-281-4, 586 Seiten, 50 EUR

Komm ins Offene, Freund

Es ist selten in Deutschland, dass das Leben eines Linken eine Erfolgsgeschichte wird. Willi Hoss (1929-2003), Gewerkschafter-Urgestein, ließ sich nicht auf Karrieren festlegen, auch wenn er sein ganzes Leben immer ein Arbeiter war. Seine Autobiografie bricht mit dem klassischen Schema einer Arbeiterbiografie. Entstanden in Gesprächen mit Peter Kammerer erzählt sie von Willi Hoss Erfolgen und Misserfolgen bei seinen vielen Werdegängen: als Funktionär der KPD, als Elektroschweißer bei Daimler-Benz und Motor der »plakat«-Gruppe, als Betriebsrat, als Mitbegründer des Sozialistischen Zentrums und später der Grünen – und als ein Mann im Rentenalter, der im Regenwald des Amazonas in entlegenen Dörfern Brunnen für Trinkwasser bohrte, Solarlampen einführte und den Großkonzern Daimler-Chrysler dazu brachte, Kopfstützen für LKWs aus von Indianern gewonnenen Kokosfasern und nicht aus Plastik anzufertigen. Und sie erzählt von seiner Beharrlichkeit, mit der er an einmal als richtig erkannten Einsichten festhielt.

»Dich werden sie auch noch klein kriegen« meinte ein Hinterbänkler, als Willi Hoss 1983 als grüner Abgeordneter in den Bundestag einzog. Das hatten zuvor weder die DKP noch die Betriebsräte der IG Metall geschafft. Beide Organisationen griffen zum Mittel des Ausschlusses, die DKP 1970, die IG-Metall 1972. Dabei war Willi Hoss nie ein hitziger Rebell gewesen. Ein Pragmatiker.

Der Freundeskreis aus Kollegen, POEMA und AnStiftern, Gewerkschaftlern und dem Stuttgarter Theaterhaus ehrte ihn mit, ein Jahr nach seinem Tod, stellte einem vielhundertköpfigen Publikum die eben erschienene Autobiografie vor und ermunterte zu Zivilcourage und Engagement auch jenseits der traditionellen Wege.

»Komm ins Offene, Freund« ist ein Lesebuch der praktischen Politik, der politischen Geschichte – ganz unprätentiös, und eine Hommage an gemeinsame Praxis.●

(Verlagsangabe)

Peter Kammerer: »Komm ins Offene, Freund«. ca. 250 Seiten, 19.80 EUR, Paperback, Verlag Westfälisches Dampfboot

Das Buch kann über das Bürgerprojekt AnStifter, Peter Grohmann, Olgastraße 1 A, D-70182 Stuttgart, bezogen werden. Die Zusendung erfolgt auf Rechnung (20,80 EUR).
Fax: (07 11) 24 84 75 95
E-Mail: AnStiftung@t-online.de

Shit für Shit ins Paradies ...

... oder wie Hitzelberger fast in die Charts kam

Hitzelbergers eigenartiger Weise nicht sonderlich gut verkaufte Klitterung der Frankfurter Spontigeschichte droht demnächst auch noch durch Kinos und TV zu geistern. Ob sie Schritt für Schritt genauso finanziert und bestellt wurde wie die unsägliche »Fuchstanz«-Geschichte von vor gut 12 Jahren, das ist nicht nachweisbar: damals hatten Frankfurter Ex-Spontis sich einen Roman schreiben lassen, wie feudale Fürsten sich ihre Ölschinken bestellten. Es ist der zweite (belletristische) Versuch der Büchergilde, die FFMer Spontifexe zu beweihräuchern.

Dass Otmar Hitzelsberger sich ungestraft beim toten Rio Reiser die Titel klaut und damit die Lobhudeleien der Fischer-Chöre bestückt und seine Pfauenfedern im Windschatten des großen Zampanu spreizen und sogar nochbei der Büchergilde publizieren darf, das kotzt mich unsagbar an. (Zumal der Mario früher schon nix anderes zu tun hatte, als eine Frankfurter Uschi Obermeier-Version ihren abgestandenen 68/70er WG-Kaffeeklatsch zwischen die Buchdeckel pressen zu lassen). Mindestens einen meiner Schädelbrüche habe ich der Joschka-Fischer-Putztruppe zu verdanken, und jetzt publiziert ein solcher Putztrüppler seine mainstreamgeprüft-& -geklitterte Geschichte bei »meiner« Büchergilde, gesponsert durch die Weißweinbande(n) eurotoskanischer Capri-Fischer. Wenn das der Führer wüßte, dass beim Bomben auf die Serben solche Leute ihn beerben. Statt »Lebensraum im Osten« geht mit Fischer jetzt ein StRuck durch die Gesellschaft: Husch, Husch! vor George Bush im Hindukusch! Und an der Fan-Kurve jubeln CheerLeader wie Otmar Hitzelsberger dem gemeinen Klientel die Parolen unter. Das Schlimme daran ist, dass sie sogar mit dem Segen schwarzbrauner Haselnüsse wie Koch und Roth die Nester und ihre Umfelder besetzen, aus denen wir geschlüpft waren, die uns in der Erinnerung und manchmal auch noch real Nestwärme gaben – geben. FR/HR/BÜCHERGILDE/Akademie der Arbeit/. Es ist zum Teil eine Vertreibung auch aus Nestern, die wir uns selbst gebaut hatten und die wir als leichten (schwer erkämpften) Vorgeschmack aufs Paradies empfanden.... und dann kommt so ein Arsch wie Bitzelberger und schreibt unter Schleifung des Tempelberges TonSteineScherben so einen schönen Dreck: Schritt für Schritt ins Paradies. Solche Gemäuer und Behausungen fallen eben nicht nur und nicht mehr allein Bubis'schen Spitzhacken und Abrissbirnen zum Opfer.

Luis Tratter, der Hauptinitiator der ASH-Krebsmühle (ein Projekt der ArbeitslosenSelbstHilfe) dürfte sich heute angesichts der Krebsmühlenentwicklung so wohl fühlen wie ich mich angesichts der Genese des BBZ des Main-Kinzig-Kreises (BerufsBildungsZentrum, das ich initiiert habe – Na ja, zu dem was der schwindende Schröder so alles verbrochen hat, ist dieses »Umerziehungslager für Sozialhilfeempfänger« eine fast humanitäre Einrichtung). Das sind Schweine, die die Scherben so beerben. Wann werden die auch noch den Frankfurter Club Voltaire besetzen? Wenn der Halberstadt das Handtuch schmeißt? Da kommt ein Gefühl hoch wie bei der US-gesponsorten Taliban-Sprengung der Buddha-Bilder in Afghanistan.

Bitzelbergers Sohn wird Bitzelberger im Film spielen: TOLL!! Meine ersten Kinder aus dem ersten in Frankfurt besetzten Haus (bevor dieWestendbesetzer und teils heutigen Besitzer ausgeschlafen hatten) hat ein gewisser Dr. Netter abgetrieben (für 600 Mark), weil in diesem hart umkämpften Raum zum Leben kein Raum für weiteres Leben war (Na ja, es gab auch noch andere Gründe). Und das trotzalledem weitere Leben wird jetzt unter dem Kommando der Joschkas und Joschas und dem Jubel der Hitzelbergers zum Krisenstillerhightechkiller in jedem Winkel des Universums oder mindestens zum Kollateralschaden.

Drei Brüder meines Vaters liegen vor Verdun und es ist bis heute nicht klar, ob es deutsches oder französisches Giftgas war, das möchte ich meinen Kindern nach wie vor ersparen. Lieber Otmar: Schritt für Schritt in die Hölle wäre ehrlicher gewesen. Auf dem Plakat zu meiner Lesung in Halle steht: ...seit 68 schreibender »Aktivist« ..., der gegen die herrschenden Verhältnisse und die Anpasserei seiner »rebellischen Generation« anschreibt, nach dem Motto: »Ihr kriegt uns nicht, noch nicht mal unsere Urnen (die kriegen unsere Kinder zum Streuen gegen das Glatteis, auf das sie geführt werden sollen). Holen wir uns die Straße zurück, die Städte, die Dörfer, die Kneipen und jeden Millionstel Kubikmillimeter unserer eigenen Birnen.«●

Hartmut Barth-Engelbart für das Frankfurter Info, 9.02.2004, für die lyrik-welt u.v.a.m.

Schritt für Schritt ins Paradies. Buch von Otmar Hitzelberger (2003, Edition Büchergilde)

Fanzines – do it yourself!

Fanzines in Bierbüchsen oder Filmdosen, eingenäht in aufwändige Stoffumschläge oder kunstvoll bedruckt – die Vielfalt dieses Mediums scheint unerschöpflich. Ihre Bezeichnung setzt sich aus den englischen Begriffen »Fan« und »Magazine« zusammen und trifft damit zentrale Besonderheiten dieses Phänomens: Gemeinsam ist den Heften, Video-, Kassetten- oder Online-Zines, dass sie zuallererst aus Leidenschaft und nicht aus kommerziellen Gründen produziert werden. Es sind selbst verlegte und vertriebene Publikationen von Fans für Fans, die gemeinsame Interessen haben oder der gleichen Szene angehören. Fanzines stellen daher einen autonomen Bereich der Presselandschaft dar. Da sie meist nur innerhalb von Szenen kursieren, bleiben sie weitgehend unbekannt und unbeachtet. Die Ausstellung möchte Fanzines einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen und auf ihre Besonderheiten hinweisen. Dazu werden ausgewählte Exponate des Archivs der Jugendkulturen gezeigt, dessen Sammlung über 12.000 Exemplare aus den letzten 25 Jahren umfasst und allen interessierten Besuchern offen steht. Alle wichtigen Informationen hierzu finden sich unter www.jugendkulturen.de.

Fanzines können in der Beschäftigung mit Jugend-, Fan- oder Subkulturen als authentisches und damit aufschlussreiches Sprachrohr der jeweiligen Szene verstanden werden. Daher soll in der Ausstellung nicht nur die materielle und gestalterische Vielfalt präsentiert, sondern auch deren kultureller und politischer Bedeutung nachgegangen werden. Der Aspekt des Selbermachens, das Do It Yourself-Prinzip, kann als Versuch gesehen werden, sich selbst eine Stimme zu verleihen. Nicht zuletzt möchte die Ausstellung die Besucherinnen und Besucher dazu anregen, selbst Stift, Klebstoff und Schere in die Hand zu nehmen und ihr eigenes Fanzine zu gestalten.

Fanzines – Do It Yourself! ist vom 5. April bis 29. Mai, Montag bis Freitag von 9.00 bis 19.00 Uhr, im Informationszentrum der Bibliothek der FU Berlin, zu sehen. Die Eröffnungsrede auf der Vernissage am 5. April um 18.00 Uhr wird Klaus N. Frick, der Herausgeber des Kult-Fanzines ENPUNKT, halten. Zur Ausstellung erscheint eine Begleitbroschüre mit Beiträgen rund um die Kultur der selbst veröffentlichten Magazine.●

diego

FANZINES – DO IT YOURSELF! Ausstellung vom 5. April bis 29. Mai, Mo. -Fr., 9.00 bis 19.00 Uhr, im Informationszentrum der Bibliothek der Freien Universität Berlin, Garystraße 39, 14195 Berlin, 1. Stock

JOBSUCHE

Kollektivfrau sucht neues!
Ich bin seit vielen Jahren in einem Bio-Großhandelskollektiv und suche bundesweit ein neues Arbeitszuhause. Alle möglichen Branchen sind mir vorstellbar. Ich biete: buchhalterische und gestalterisch-graphische Kenntnisse, Aufbau und Umgang von und mit Kalkulationen, Statistiken etc. (excel), Handelserfahrung, Kräuter- und Teewissen, english speaking e un poco italiano. Dazu Power, Arbeitslust und ...
Zu nötigen Weiterbildungen bin ich gerne bereit. Mein Lieblingsarbeitsbeginn ist der 1. Dezember. Diese Anzeige schalte ich so frühzeitig, da bis zum 30. Juni noch die Möglichkeit besteht, uns persönlich kennenzulernen. Danach bin ich für 4 Monate in Südafrika und nur per mail zu erreichen. Im großen Notfall kann ich auch früher anfangen und meine Reise verkürzen oder verschieben.
Conni Scherrle, Paul-Robeson-Strasse 41, D-10439 Berlin
☎(0 30) 44 71 47 43
E-Mail: connischerrle@web.de

JOBANGEBOTE

Großhandelskollektiv für biologisch angebaute Tees, Kaffees und Kräuter sucht zum 1.6.04 eine **Frau für die Bereiche Werbung, Bestellannahme, praktische Lagerarbeit** u.a. Voraussetzung sind Lust auf kollektives Miteinander, Erfahrung im Bereich biologischer Anbau und betriebswirtschaftliches Interesse. Gewünscht werden Kenntnisse im Werbebereich. Die Arbeitszeit umfaßt 35 Std./Woche. Schriftliche Bewerbungen bitte bis spätestens zum 15.4.04 an
Ökotopia GmbH, Gneisenaustraße 2a, D-10961 Berlin

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2003 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/group/contraste-list

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

OLGASHOF

Seminare auf dem Olgashof
Gemeinschaft Olgashof
Wir bitten, weitere Informationen anzufordern. Wir stellen dann die Teilnehmerinnen zusammen und vereinbaren die Termine.

Liste der Seminare für das Jahr 2004
1. politische Bildungsseminare:
1.1 Anders leben am Beispiel Kommune-Gemeinschaften. Theoretische Erarbeitung und praktische Übungen.
1.2 Alternativen zur Arbeitslosigkeit am Beispiel von Kommune und Gemeinschaften. Theorie und Praxis.
1.3 Teamtraining in der Praxis. Wie können Menschen miteinander arbeiten. Konfliktlösungen, Arbeitsabläufe, Arbeitsorganisation, theoretisch und praktisch.
1.4 Umwelt und Gesellschaft. Anderes Bewußtsein zur Umwelt und zu sich selbst. Alternative Energieumwandlungsverfahren, Abwasserkonzepte, Hausbau etc.
1.5 Anarchie: was ist das? Eine Antwort auf die Misere in dieser Gesellschaft?
1.6 Verhinderungsstrategien von Streit und Krieg. Theorieseminar.
1.7 Männerseminar über Gewalt und Gewaltverhütung.

2. Praktische Seminare:
2.1 Grundofenbau, vorgeführt an einem Beispiel. 2.2 Alles was Baugemeinschaften und Baufamilien für ihr Bauvorhaben wissen sollten.
2.3 Sanierung von Altbauten / Fachwerkbauten. 2.4 Neue und alte Dachkonstruktionen.
2.5 Lehmputzen.
2.6 Ökologisches Bauen, alles was mit Ökologie zu tun hat.
2.7 Baumschnittseminare für Obstbäume.
2.8 Wie lege ich meinen Garten an?
2.9 Wanderungen in die Flur. Flora und Fauna.
2.10 Fahrradtouren durch die schönsten Gegenden.
2.11 Zimmererarbeiten Dach und Decke.
2.12 Tischlerarbeiten, Betten und Tische.
2.13 Wir bauen einen Spielzeug für unsere Kinder.
2.14 Das Auto, unser rätselhafter Freund.

3. Spirituelle Seminare:
3.1 Wie komme ich von meiner Sucht los? Suchtseminare, Kommunikationstraining.
Seminar- und Ferienhaus Olgashof
Gemeinschaft Olgashof 23966 Olgashof bei Wismar an der Ostsee, haus 1
☎(0 39 41) 79 33 37, Fax 79 33 38
E-Mail: Olgashof@aol.com

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Föj Freiwilliges Ökologisches Jahr in alternativem Wohnprojekt auf dem Lande.

Du arbeitest bei unserem ökologischen Kulturmagazin mit und kannst über Themen schreiben die dich interessieren.
Infos: www.oeverblick.de
oder 0 42 04 - 68 98 00 3
Layout: Janosch Frank (Föjler)
Överblick • Finkenburg 1 • 27321 Thedinghausen (bei Bremen)

Hände weg
von Dr. Quijano und seiner Familie!

Der Arzt und Hochschul-Lehrer für Pharmakologie und Toxikologie Dr. Romy Quijano deckte die Vergiftung von Anwohnern und Arbeitern einer Bananen-Plantage auf der philippi-nischen Insel Mindanao mit dem BAYER-Gift NEMACUR und anderen Pestiziden auf.
Spenden Sie für diese Solidaritätskampagne unter dem Stichwort „Dr. Quijano"
auf das Konto GLS-Bank 80 16 53 30 00 BLZ 430 609 67
www.CBGnetwork.org

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

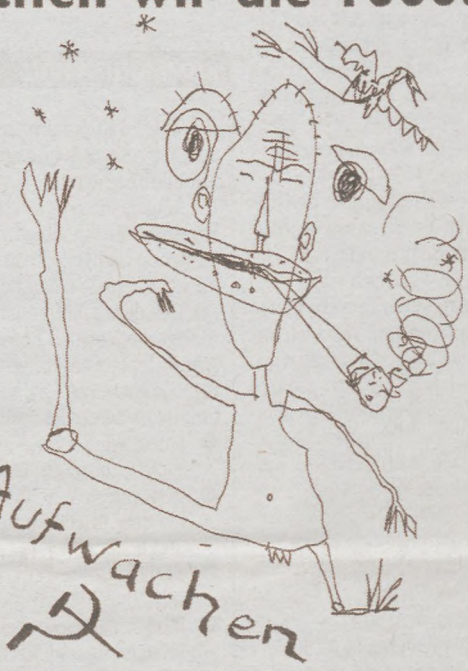
PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de

In der aktuellen Ausgabe (2/04) u.a.:
- Martin Dieckmann: »Vom Mondschein und anderen...« – Tarifauseinandersetzung der Journalisten
- Tom Adler/Matthias Fritz: »Im Konsens baden gegangen« – Kommentar zum Metallabschluss
- Stellungnahmen zur Metall-Tarifrunde von Betriebsräten und Vertrauensleuten
- Heiner Dribbusch: »Einsicht in Notwendigkeit(en)?« – über eine Studie der Otto Brenner Stiftung zum Krisenbewusstsein unter Betriebsräten
- »Which Way?« – DGB-Bildungswerk Hattingen über gewerkschaftl. Bildung mit knappen Mitteln
- Hajo Dröll: »Moderne Zeiten« – zur Auseinandersetzung um die Zeitschrift »prekär«
- »It's a long way to...« – Ali Osman Basegmez über innergewerkschaftliche Konflikte und die Situation der Beschäftigten bei Metro-Türkei
- Ligia Giovanella: »Segmentiert vs. Integriert« – Modelle der Gesundheitsreform in Lateinamerika

○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

SCHNIPSEL

779 Abos? Nicht schlecht!
Schaffen wir die 1000!



Abonnieren unter www.jungewelt.de oder anrufen (0 30/53 63 55-81) bzw. mailen (verlag@jungewelt.de) und Prämienwunsch angeben!

Abonnieren Sie und sichern sich eine unserer Prämien!
- Nick Brauns: Schafft Rote Hilfe! Pahl Rugenstein Verlag, 345 Seiten
- Rüdiger Göbel: Bomben auf Bagdad Homilius Verlag, 418 Seiten
und:
R. Göbel, J. Guillard, M. Schiffmann: Der Irak – Krieg, Besetzung, Widerstand Papy Rossa, 277 Seiten
- Deutsche Literatur von Lessing bis Kafka Directmedia Publishing, CD-ROM
- Marx/Engels: Ausgewählte Werke Directmedia Publishing, CD-ROM

Die Tageszeitung junge Welt
www.jungewelt.de ... täglich am Kiosk

bundesweite anti-olympiademo
www.nein-zu-olympia.de
15. MAI 2004 LEIPZIG

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Kischewski, Meschwitzstr. 2a, ☎ (0351) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: www.ricardabuch.de; 18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@foni.net; 60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Bornheimer Landstr. 22, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de; 90419 Nürnberg, Redaktion Franken, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 393 89 30, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; Portugal: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg, Marc, Wannkopfstr. 13, E-Mail: the.element@gmx.de, Espi, E-Mail: piratenutopie@uni.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Pfm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89
(Mo-Fr: 10 bis 17 Uhr)

IM E-MAIL-POSTFACH

Betr.: »Eine kritische Betrachtung: Freigeld, die Komplementärwährungen und was es sonst so gibt«. Von Uwe Kurzbein in CONTRASTE vom Januar 2004

Die Einschätzungen der Freigeldes, wie es jetzt vertreten wird, und anderer Alternativvorschläge, die Uwe Kurzbein in diesem Beitrag macht, sind im Wesentlichen nachvollziehbar und richtig. Diese Vorschläge taugen nichts.

Trotzdem steckt im gegenwärtigen Geldsystem die Ursache aller jetzt auftretenden finanziellen Probleme.

Der Blickpunkt am Anfang des Beitrages hin zu den immer stärker steigenden Staatsschulden und daraus resultierenden Zinszahlungen das Staates ist der richtige.

An dieser Stelle muss aber weitergedacht werden. Die erste Frage muss lauten, weshalb ist der Staat eigentlich gezwungen, diese Schulden zu machen und immer weiter zu erhöhen. Die Antwort lautet: »Weil anderenfalls zu wenig Geld im Umlauf wäre«. Um das zu verstehen, muss man sich mit dem kapitalistischen Geldsystem einmal gründlich auseinandersetzen. Man muss verstehen, dass wir derzeit gar kein Geld verwenden, sondern Kontostände bei den Banken (Sichtkonten/Giralgeld). Diese sind ihrer Natur nach kein Geld sondern nur Forderungen auf echtes Geld gegenüber der Bank. Mit diesen Forderungen wird heute bezahlt und wer Bargeld will, muss zuerst so eine Forderung haben. Diese Forderungen gegenüber der Bank entstehen immer dann, wenn jemand einen Kredit bei der Bank nimmt.

Mit der Rückzahlung des Kredites verschwinden aber diese Forderungen, die wir als Geld benutzen, wieder völlig. Genauer analysiert findet man, dass – wegen der Zinsen – sogar mehr verschwindet, als ursprünglich geschaffen wurde. Die (angestiegene) Forderung der Bank wird dann mit einer Forderung des Kreditkunden (seinem Giralgeld) saldiert und nichts bleibt übrig.

Das hat weitreichende Folgen. Die Sache funktioniert nur solange, als immer mehr Schulden bei Banken gemacht werden. Nur dann kann man die alten Schulden plus Zinsen bezahlen, wenn immer mehr neue gemacht werden. Das erzwingt das Wachsen der kapitalistischen Wirtschaft. Wächst die Wirtschaft nicht ordentlich (so um 3%), dann gibt es auch keinen Anreiz, mehr Schulden zu machen, und dann sänke die verfügbare Geldmenge.

Um das zu verhindern, sieht sich der Staat seit einiger Zeit gezwungen, seinerseits Schulden zu machen. Und er kann diese Schulden auch gar nicht zurückzahlen. Wenn er es täte, würde das so dringend benötigte Zahlungsmittel ja wieder verschwinden.

Nach dieser Methode hat der Staat (nicht nur der bundesdeutsche) mittlerweile fast 30 Jahre gearbeitet. Jetzt kommt die Zeit, wo der Fluch des bösen Geldsystems langsam offenbar wird. Wegen der inzwischen auch angestiegenen Zinszahlung des Staates, geht ihm nun das Geld aus und er sucht nach allen möglichen Sparunsinnigkeiten.

Die einzige Möglichkeit das Unheil noch abzuwenden, ist eine Änderung des Geldsystem. Nicht die Banken sollen das tatsächlich verwendete Geld erzeugen, sondern der Staat selbst und zwar nicht durch Kredit. Dann muss kein Staat mehr Schulden machen. Er macht einfach Geld, bis die Arbeitslosigkeit verschwindet.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf den Artikel im *»Freitag«* Nr. 9 von Dr. Hans Thie »Mission possible« hin. Hans Thie schlägt auch genau diese Methode vor, die wir in unserer Initiative als die richtige erkannt haben.

Gerhard Margreiter, Wien
Initiative »Geld ohne Schuld«

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 4.-6.6.2004

LOS GEHT's

... denn irgendwann ist auch
ein Traum zu lange her!
Du hast einen Traum, du willst mit Menschen leben, du willst gemeinsam lachen und weinen und dich sowohl als Individuum fühlen wie auch als Teil einer Gruppe erleben. Du weißt, du ahnst, du spürst, dass der Traum gut ist und schön und du willst, dass aus diesem Traum nun Wirklichkeit wird. Dann bist du richtig beim »Los geht's 2004«
Für Menschen, die wissen, dass sie wollen!
Die Kommune Waltershausen, die Villa Lokomuna und die Kommune Niederkaufungen veranstalten gemeinsam das »Los geht's 2004«. Nach drei »Los geht's« für Interessierte, die sich einfach mal umschauen wollten, möchten wir beim kommenden »Los geht's« einen Schritt weitergehen. Wir wollen gemeinsam planen, überlegen, Gedanken spinnen, Erfahrungen austauschen – und überlegen, wie die Ideen KONKRET umgesetzt werden können.
Termin: 27.-31. Mai 2004
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

DAS GELD DER ZUKUNFT

und die Rehabilitation
»weiblichen« Wirtschaftens
Durch einseitige Fixierung auf Konkurrenz und Geldgewinn wird »weibliches«, gemeinschaftliches, subsistenzorientiertes Wirtschaften abgewertet und ausgebeutet und »männliches« Forschen, Kämpfen, Streben nach Entfaltung, Macht und Sicherheit zu einem destruktiven Wachstumswahn pervertiert. Dabei werden global unsere Lebensgrundlagen in einer bisher nicht dagewesenen Weise bedroht.
Aus dieser Krise kommen wir heraus, wenn wir die »männlichen« und »weiblichen« Pole unseres Wirtschaftens wieder ins Gleichgewicht bringen. Ein neues zins- und renditenfreies Geldsystem stärkt regionale Gemeinschaft, gesellschaftliche Solidarität und Demokratie. So können wir auch destruktiven Kapitalismus auf friedliche Weise von unten verändern und eine Wirtschaft der Genüglichkeit, des Friedens und des guten Lebens für alle aufbauen.
mit: Bernard Lietaer, Veronika Bennholdt-Thomsen, Margrit Kennedy, Heidemarie Schwermer, Lieselotte Wohlgenannt, Anton Moser, Helmut Waldert, Gerhard Margreiter, Heini Staudinger, u.a.
Open Space-Symposium
Termin: 28. bis 31. Mai 2004
im Bildungshaus St. Hippolyt, Eybnerstraße 5, A- 3100 St. Pölten
Information:
Dr. Markus Distelberger,
Jubiläumsstr. 1, A-3130 Herzogenburg
☎0043 2782-82444, Fax: -82929
E-Mail: info@7generationen.at

KOMMUNIKATION

Gewaltfreie Kommunikation
Seminarreihe zur konstruktiven Konfliktbearbeitung
In angespannten Konfliktsituationen konstruktiv im Gespräch zu bleiben und aufrichtig und gelassen zu reagieren, ist für viele Menschen ein wichtiges Ziel.
Die Gewaltfreie Kommunikation – entwickelt von Marshall Rosenberg – ist ein sehr wirksamer Ansatz, genau dies zu lernen. Sie entwickelt Fähigkeiten und Haltungen, die folgendes ermöglichen:

- potenzielle Konflikte in friedliche Gespräche umzuwandeln;
- sich ohne Abwehr und Feindseligkeiten über Interessen und Bedürfnisse auszutauschen;
- Kritik so zu äußern, dass sie nicht verletzt;
- Beziehungen so zu gestalten, die auf Verständnis und Wertschätzung beruhen;
- Lösungen zu finden, bei denen möglichst die Bedürfnisse aller berücksichtigt werden.

Jahreskurse für Fortgeschrittene
In diesen Jahreskursen geht es darum, die eigene Praxis der Gewaltfreien Kommunikation weiter zu vertiefen und zunehmend in die ihr zugrunde liegende Haltung hinein zu wachsen (Bearbeitung eigener Konfliktsituationen, Transformation alter Muster usw.). 20 Seminartage sind Voraussetzung.
Termine:
Kurs 1: 9.-14.05.04, 14.-19.11.04
Kurs 2: 25.-30.04.04, 13.-18.06.04, 28.11.-3.12.04

Eine Gruppe ist mehr als
die Summe der Einzelnen
Wir Menschen verbringen einen Großteil unserer Zeit in Gruppen. Ob am Arbeitsplatz, im Privatleben oder im Freundeskreis... Überall müssen Entscheidungen getroffen, Meinungen und Interessen ausgehandelt und Lösungen entwickelt werden. Gegensätzliche Interessen und Meinungsverschiedenheiten werden dabei oft als Blockade erlebt, Konflikte eher als Krise denn als Chance wahrgenommen.
Diese Sichtweise wollen wir umkehren. Ansätze der Konfliktbearbeitung kennen lernen und auch ausprobieren, die Kräfte in Gruppen freisetzen und uns Lösungen näher bringen, in denen es nicht um Gewinnen und Verlieren geht.
Termin: 7.-9.5.2004
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

WOHNEN

Gemeinschaftsorientierter und genossenschaftlicher Wohnungsbau
Neue Ansätze für Wohnen und Arbeiten – Beispiel Stuttgart und Tübingen
Gemeinschaftsorientiertes, genossenschaftliches Wohnen ist keineswegs »out«, das Interesse an alternativen Wohn- und Arbeitsformen, die zudem ökologisch sinnvoll sein können, wächst. Daher bieten wir – diesmal für den Bereich Stuttgart-Tübingen – ein Praxisseminar mit einem reichhaltigen Angebot. In den letzten 20 Jahren sind zahlreiche innovative Modelle für Wohnen und Arbeiten im 21. Jahrhundert entstanden. Viele dieser Projekte wurden auch zum Vorbild in Bayern, die sich den Prinzipen der Agenda 21 verpflichtet fühlen. Wie immer können Sie beispielhafte Projekte besichtigen, sich kompetent bei Akteuren und Projektbeteiligten informieren. Wir schicken gern ein Detailprogramm zu.
In Kooperation mit
Urbanes-Wohnen e.V. und Wohngeno eG
Termin: 10.-12.6.2004
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.
Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 96, Fax 260 90 97
E-Mail: bsp@baysem.de
Web: www.baysem.de

RADIKAL REISEN

Israel
Thema: Friedenspolitik
im Nahen Osten
Auch im kommenden Sommer wollen wir wieder unseren israelischen und palästinensischen Partner – Young Meretz und die Independence Youth Union (Jugendorganisation von Fida) – besuchen. Nach drei Jahren sind beide Gesellschaften von den ökonomischen, politischen und sozialen Folgen des bewaffneten Konflikts schwer gezeichnet. Die israelische Friedensbewegung verharrt weiter in relativer Bedeutungslosigkeit. Die Angst vor Terroranschlägen und das mangelnde Vorgehen der palästinensischen Führung gegen Terroranschläge verdrängten weitgehend ernsthafte friedenspolitische Initiativen aus der öffentlichen Debatte. Gleichzeitig hat die Regierung Scharon kein Interesse an einer Deeskalation des Konflikts. In der palästinensischen Gesellschaft ist der Alltag bestimmt durch die Repressionen der Besetzung, den außerrechtlichen Tötungen, Abriegelungen, der anhaltenden Präsenz der Siedlungen und jüngst der territorialen Zersplitterung durch den Mauerbau. Friedenspolitische und demokratische Kräfte sind durch interne und externe Repressionen stark marginalisiert, wohingegen islamische und antidemokratische Kräfte an Einfluss gewonnen haben. Wie in den vergangenen Jahren wollen wir uns in einer Vielzahl von Treffen mit verschiedener friedens- und sozialpolitischen Organisationen, Bürgerrechtsgruppen und Parteien ein detailliertes Bild der Situation verschaffen. Insbesondere interessieren uns die Perspektiven unserer Partner (und anderer) für ein Ende des Konfliktes und einen gerechten Frieden. Neben dem zwar sehr spannenden aber vollen und anstrengenden Programm werden wir auch ein wenig Zeit für Stadtbummel durch Jerusalem und den Tel Aviver Strand haben.
Termin: 13.-31.8.2004
Preis: ca. 450 EUR

Finnland
Thema: »Das Nordeuropäische Sozialstaatsmodell – Mythos oder Realität?«
Die Agenda 2010 besiegelt den Sozialabbau in Deutschland endgültig. Die Reaktion der Regierung auf Kritik an den Vorhaben ist immer dieselbe. Es ginge nun mal nicht anders und die leeren öffentlichen Kassen zwängen zum sparen. Träumirisch mag da der ein oder andere nach Finnland schauen, denn so etwas wie Sozialabbau scheint man dort nicht zu kennen. Das Sozial- und Bildungssystem ist hervorragend und scheint weiter ausgebaut und nicht abgebaut zu werden. Statt Studiengebühren zu zahlen, erhalten finnische Studenten monatlich 200 Euro vom Staat, ohne dass das Einkommen der Eltern berücksichtig wird. Die Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften liegt bei über 80% und soziale Bennpunkte werden finanziell besonders berücksichtigt. Doch warum kann Finnland sich das leisten? Und sieht überhaupt alles so rosig aus, wie wir aus der Entfernung betrachtet? Diese und andere Fragen wollen wir gemeinsam mit unserer Partnerorganisation Vasemmistonuoret in politischen Gesprächen mit Vertretern vieler gesellschaftlicher Gruppen diskutieren und natürlich auch einen Eindruck finnischer Lebensweise und Landschaft erhalten. Der traditionelle Saunagang wird da genauso wenig fehlen, wie gutes finnisches olutta (Bier).
Hyvää matkaa!
Termin: 22.-31.8.2004
Preis: ca. 280 EUR

USA - New York
Thema: »Politische und Soziale Bewegungen in den USA«
Politische Bewegungen in den USA haben eine lange Tradition vorzuweisen. Insbesondere die wichtigen Bürgerrechtsgruppen entstanden bereits im 19./Beginn des 20. Jahrhunderts, wie die inzwischen weltweit operierende »Anti-Defamation-League«, die gegen die Diskriminierung jüdischer ArbeiterInnen und Geschäftsleute bereits 1911 in Chicago gegründet wurde. Neben diese eher lobbyistisch ausgerichteten Gruppen und die ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung trat in den 60er/70er Jahren die »Neue Linke«, die insbesondere durch die Kritik am Vietnam-Krieg und die in ihrem Umfeld entstandene »Hippie«-Bewegung weltweit Anstoß zu den Ereignissen des Jahres 1968 gab. Kaum bekannt und beachtet ist das »grassroots«-movement. Im Gegensatz zu Deutschland, wo der Begriff der Grasswurzel-Bewegung weitgehend vom anarchistischen Spektrum besetzt wird, berufen sich in den USA eine ganze Reihe von Bewegungen auf ihren Charakter als »grassroots-movement«. Eine Neue Erscheinung in diesem Bereich sind die hier wie auch in anderen Ländern entstehenden Sozialforen. Gerade die InitiatorInnen des New Yorker Sozialforum bemühen sich hierüber um eine wieder verstärkte Vernetzung der Linke, die in den USA und in New York selbst stark zersplittert ist. Daneben werden wir uns selbstverständlich auch mit »klassischeren« linken Richtungen wie den Gewerkschaften/ArbeiterInnenbewegung, der HausbesetzerInnen-Szene, Bürgerrechtsbewegung und Umweltbewegung. Spannend wird sicherlich auch, etwas über den kurz vorher stattfindende Vor-Wahlkampf um die Präsidentschaftskandidaturen der Demokraten und Republikaner zu erfahren; hier sind auch viele Gruppen außerhalb der beiden Parteien, die hier v.a. als Wahlvereine fungieren, in den Auseinandersetzungen um die Präsidentschaftskandidaturen beteiligt. Es gibt sogar einzelne Parteien, die nie selbst zur Wahl antreten, sondern nur in den »primary elections« auf der Seite des einen oder anderen Kandidaten eingreifen. Hierüber vermittelt sich eine ganz andere Art des pluralen Meinungsstreits, der in der BRD im Wahlkampf stattfindet, während er in den USA nach der Bestimmung der beiden Präsidentschaftskandidaten in der Öffentlichkeit keine Rolle mehr spielen, da es dann nur noch um das Rennen zwischen Demokraten und Republikanern geht. Eine weitere Bereicherung des politischen Spektrums in den USA waren in den letzten Jahren verschiedene migrantische Bewegungen, die sich für rechtliche Gleichstellung, Legalisierung illegaler EinwanderInnen, Gleichstellung im Arbeitsleben und dem Protest gegen diverse rassistische Gesetzesänderungen in Folge des »Kampf gegen den Terror«. Dies ist in New York insbesondere deshalb interessant, da hier die Bevölkerungsmehrheit aus EinwanderInnen besteht, die mit einer Reihe politischer, rechtlicher und sozialer Probleme konfrontiert sind. Durch den Dschungel der politischen Szene in New York wird uns unser Partner »Young Democratic Socialists« helfen.
Termin: 1.-11.9. 2004
Preis: ca. 650 EUR

Südafrika
Viele Hoffnungen der Aufbruchsjahre seit 1994 sind nach dem Ende der Apartheid inzwischen zerbrochen. Selbst Regierungsfunktionäre der kommunistischen Partei Südafrikas machen Zugeständnisse an neoliberale Politik. Dennoch bleibt das große Armutsproblem insbesondere innerhalb der schwarzen Bevölkerung unvermindert bestehen. Mit Gruppen wie SASCO, der landesweiten StudentInnenorganisation, SEWU, der Frauengewerkschaft und Survivors of the Violence werden wir uns treffen und auch darüber sprechen können. Für die landschaftlichen und kulturellen Besonderheiten Südafrikas werden wir uns zwischen den politischen Terminen Zeit nehmen. Veranstaltet von der Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB).
Termin: 1.-11.9.2004
Preis: ca. 750 EUR

Baltikum
Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlebten auch die baltischen Staaten einen Wechsel sowohl im politischen System als auch im Wirtschaftssystem. Mit der EU-Mitgliedschaft und der vorausgeschalteten Strukturanpassung findet recht schnell eine Eingliederung ins freimarktwirtschafliche Wirtschaftssystem statt. Auf staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene haben Transformationsprozesse begonnen, die immer noch nicht zu Ende geführt sind und es in absehbarer Zeit nicht sein werden. Die damit verknüpften und zu bewältigenden Probleme sind vielfältig. Wir werden uns auf unserer Reise u.a. mit folgenden Fragen befassen: Wie wirkt sich der EU-weite race-to-the-bottom im sozialpolitischen Bereich auf die Wirtschafts- und Sozialsysteme in den baltischen Staaten aus? Welche Rolle kommt diesen in einer erweiterten EU zu? Wie sieht die Situation für junge Menschen im Bildungssytem aus? Wir werden diese und andere Fragen mit politisch Aktiven vor Ort diskutieren und nach Möglichkeit Institutionen besuchen, für die diese Fragen von Bedeutung sind.
Termin: 1.-10.10.2004
Preis: ca. 300 EUR
Information & Anmeldung:
Jungdemokratinnen/Junge Linke,
Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
Internet: www.jdjl.org
Aktualisierte Angebote im Web

MEDIEN

Von der Netzreportage
zum Netz-Dossier
Wie schreiben und konzipieren Sie komplexe online-journalistische Formen wie die Netzreportage und das Netzdossier? Wie konzipieren Sie ein übersichtliches Storyboard, wie sorgen Sie für Verlinkung und Vernetzung? Wie reizen Sie den User zum Weiterlesen? Auf dem Seminar untersuchen Sie Beispiele dieser netzspezifischen Formen der Informationsvermittlung, um Aufbau, Struktur und Einsatzmöglichkeiten zu verstehen.
Termin: 21.-23.4.2004, München

Bilder lernen laufen ... am PC
Das Online-Medium kann mehr als Text und Bild: Die Produktion von Filmen für Video, CD-ROM und das Web ist Thema. Streaming Video, Cutting und vieles mehr. Sie lernen, wie Sie einzelne Videoclips zu einem kleinen Film zusammenstellen. Durch die Arbeit mit mehreren Video- und Tonspuren können Sie Überblendungen und Effekte der unterschiedlichsten Art realisieren. Wir arbeiten mit »Premiere«.
Termin: 26.-28.4.2004, München

Der Stoff, aus dem die Web-Seiten sind
Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Homepage. Mit dem HTML-Editor »Phase 5« lernen Sie die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Das Seminar richtet sich an Online-Redakteure und an Redakteure von Unternehmens- oder Verbands-Sites.
Termin: 29.-30.4.2004, München

Kommunikation per Mausklick
Wie kommen Sie mit dem User in Kontakt? Die kommunikativen Darstellungsformen des Online-Journalismus ermöglichen den Dialog. Hier lernen Sie, wie Sie im Chat-Interview, Online-Umfragen, Newsletter, E-Mail in Ihr Online-Angebot integrieren. Außerdem erfahren Sie, wie Sie klassische Service-Texte webgerecht aufbereiten. Bei einer Guided-Tour lernen Sie die kommunikativen Spezifika des Mediums Internet kennen. Individuelle Fragestellungen werden einbezogen.
Termin: 3.-4.5.2004, München

Welche Chancen hat
»Radio von unten?«
Nicht-kommerzielle Lokalradios sehen sich als Alternative zum privaten Lokalradio, aber auch als Gegenpol zu den öffentlich-rechtlichen Sendern. Die Vielfalt ist bemerkenswert: Aus- und Fortbildungskanäle (AFKs), Offene Kanäle, Bürgerradios und Freie Radios tummeln sich am Ätherhimmel. Wie arbeiten die Sender? Welche Themen sind den MacherInnen wichtig? Wie sehen sich »Radios von unten« selbst, und wer hört sie?
Termin: 7.-9.5.2004, Nürnberg
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie, Postfach 19 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
Web: www.journaistenakademie.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

buko
bundeskoordination internationalismus

die zeitung zum buko 27 kongress 20. - 23. mai in kassel

das ende der bescheidenheit

aneignung | neoliberalismus | alltag | widerstand

Risse im neoliberalen Gebälk?

von der Kasseler Vorbereitungsgruppe

Seit den 90er Jahren wird der Begriff „Globalisierung" inflationär gebraucht; es wird jedoch recht Unterschiedliches darunter verstanden. Vor allem herrschende Kräfte nutzen den Begriff, um die angebliche Unvermeidbarkeit gesellschaftlicher Umstrukturierungen wie Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Privatisierung, Wirtschaftskrisen, selektive Schließung von Grenzen etc. zu rechtfertigen.

Diese vermeintliche Unvermeidbarkeit wird von globalen sozialen Bewegungen zunehmend in Frage gestellt. Denn hinter den derzeitigen Globalisierungsprozessen stehen Interessen, Strategien und Kämpfe, Verteilungsfragen und Macht. Das patriarchale, rassistische und imperiale Gesicht des Kapitalismus erweist sich für die meisten Menschen als Katastrophenprogramm. Die Veränderungen der letzten beiden Jahrzehnte brachten nicht den versprochenen Wohlstand, sondern verstärken innergesellschaftliche und internationale Spaltungen. Spaltungen werden bewusst erzeugt; sie sind das Resultat zunehmender Konkurrenz und gehen einher mit einer immer rastloseren Ökonomisierung der Natur.

Neoliberalismus

Das bereits in den 40er Jahren dieses Jahrhunderts formulierte Theorieprogramm neoliberaler Grundsätze konnte erst unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen großen Einfluss gewinnen. Im Kern geht es den Vordenkern um die Durchsetzung eines „sich selbst regulierenden Marktes" und freien Wettbewerbs.

Das neoliberale Programm entwickelte sich in den 70er und 80er Jahren des 20. Jh. zur „historisch organischen Ideologie" (Antonio Gramsci) herrschender Klassen. Die Krise des fordistischen Klassenkompromisses der Nachkriegszeit schuf den Raum für seine Durchsetzung. Mit dem Militärputsch von Augusto Pinochet am 11. September 1973 gegen die sozialistische Regierung um Salvador Allende begann die blutige Durchsetzung neoliberaler Politiken. Die Regierungsübernahme von Margaret Thatcher in Großbritannien (1979) und Ronald Reagan in den USA (1981) war der Anfang der „neoliberalen Konterrevolution" gegen die sozialstaatlichen Institutionen und Interessen schwächerer gesellschaftlicher Gruppen in Nord und Süd. Zunehmend wurde die Ausrichtung an „internationaler Wettbewerbsfähigkeit" zum Kernelement der neoliberalen Strategie. Staatliche Politik reduzierte und reduziert sich immer stärker auf Standortpolitik. In diesem Prozess verschwindet der Staat nicht, sondern er transformiert sich grundlegend. Seine Funktionen als Ordnungs- und Wettbewerbshüter treten deutlicher zu Tage, seine sozialpolitischen Funktionen werden zurück gedrängt. Anfang der 80er Jahre wurde zudem die Schuldenkrise zu einem neoliberalen Hebel, um sog. Strukturanpassungsprogramme in den verschuldeten Ländern durchzusetzen.

Alltag

Neoliberale „Globalisierung" bedeutet aber mehr als ausschließlich Veränderungen in Ökonomie und Politik: Sie manifestiert sich in den Köpfen, verankert sich in Alltagsabläufen und Institutionen wie Schule, Universität oder Betrieb. Auch die geschlechtspezifische Arbeitsteilung und die Zuweisung spezifisch männlicher oder weiblicher Fähigkeiten, die für den Kapitalismus produktiv gemacht werden, sind Bestandteil dieses Transformationsprozesses.

Um im Bildungsbereich und später im Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können, werden spannende, rebellische oder auch ziellose Umwegserfahrungen in der eigenen Biographie als „vertrödelte Zeit" verortet! Humankapital ist ein Standortfaktor. Diese Propaganda ist erfolgreich. Unsolidarisches Verhalten „macht sich bezahlt".

Dies verweist auf einen wichtigen Umstand: Linke Politik findet weiterhin im Umfeld des weitgehend ungebrochenen Durchmarsches neoliberaler Politik statt – den Erfolgen der Proteste in Seattle und Genua zum Trotz. Die Agenda 2010 lässt grüßen. Auch wenn der Begriff Neoliberalismus in der öffentlichen Diskussion eher kritisch verwendet wird, sind neoliberale Kräfte weiterhin am Zuge und gestalten die Gesellschaften tiefgreifend um: Insbesondere die etablierten Parteien, weltmarktorientierte Unternehmen mit ihren Denkfabriken und Lobbyorganisationen, die bürgerlichen Medien und die (Wirtschafts-) Wissenschaften sind hier zu nennen. Ihr Erfolg liegt gerade darin, dass ihre zentralen Merkmale wie die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit oder Standortpolitik von großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr in Frage gestellt werden.

Emanzipative Politik bedeutet also anzuerkennen, dass es offenbar in den Zentren des globalisierten Kapitalismus viele kleine und große Mechanismen gibt, die ein „Mitmachen" attraktiv oder alternativlos erscheinen lassen oder es gar erzwingen. Unmut äußert sich bei vielen in rassistischen und wohlstandschauvinistischen Kategorien, z.B. in der Befürwortung einer restriktiven Migrations- und Flüchtlingspolitik. Oder in einer allgemeinen Hetze gegen „Florida Rolf", der es sich angeblich in der sozialen Hängematte gut gehen lässt und führen zu einem neuen Geschwindigkeitsrekord von Gesetzesänderung. Trotz alledem: Resignation oder der Gestus linker moralischer Überlegenheit wäre hier falsch am Platz; vielmehr sollten diese Entwicklungen Ausgangspunkt politischen Denkens und Handelns sein.

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Veranstalter 2
Mitveranstalter
Unterstützer
Sponsoren

Undoing Gender 3
von S. Kitty Herrmann
Umsonst
Hamburg, Dresden Berlin
Die Bundeskoordination Internationalismus

Programm 4
Ablauf, Podien

Arbeitsgruppen 5 – 6
Kommunismus für Kinder
20 Jahre Theater
Filme

Endlich wird die Arbeit knapp? 7
Forum 1: Arbeit und soziale Reproduktion
Nichts als Abwehrkämpfe?
Forum 2: Privatisierung
Get up stand up – get up for your right
Forum 3: Soziale Rechte und Recht auf Legalisierung

... but some are more equal 8
von Gisela Neunhöffer
Anmeldung
Stadtplan
Impressum

„Ab nach Kassel!"

Vor gut 200 Jahren klang dieser Ausruf noch bedrohlich, denn in Kassel wurden im 18. Jahrhundert Soldaten zusammen gezogen, die vom hiesigen Landgraf als Söldner nach Amerika geschickt wurden. Doch dieses Mal verspricht „Ab nach Kassel!" im Mai ein überaus reizvolles Wochenende. Vom 20.-23. Mai findet nämlich der Jahreskongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) in seiner 27. Auflage in der Nordhessen-„Metropole" statt.

Nachdem die 90er Jahre von einer Depression vieler Linker geprägt waren, von der auch der BUKO nicht verschont blieb, verändert sich derzeit einiges. Weltweit begehren Menschen gegen die Zumutungen neoliberaler Politik auf. Praktische Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen befindet sich spätestens seit Seattle im Aufwind und fordert mit Slogans wie ya basta! (es reicht!) oder „Eine andere Welt ist möglich" eine Gesellschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen weltweit ausrichtet.

Die BUKO als Teil dieser heterogenen Bewegungen ruft zum Ende der politischen Bescheidenheit auf. Adressat dieser Forderung sind aber nicht staatliche Institutionen, sondern zunächst einmal wir selbst als Teil sozialer Bewegungen. Wir schlagen vor, mit dem Begriff der Aneignung zum einen vielfältige aktuelle Praxen in den Blick zu bekommen. Ob politisch motiviert oder nicht, kollektiv oder individuell – in den letzten

Jahren nehmen sich Gruppen, Bewegungen und Einzelpersonen das, was sie für ein schönes Leben als notwendig erachten oder auch nur zur Lebenssicherung brauchen. Dies geschieht häufig von der Öffentlichkeit unbeachtet. Allerorten wird der herrschenden neoliberalen Politik misstraut und ihr offen Legitimität abgesprochen. Stattdessen werden Fabriken, Agrarland, Zugang zu materieller Grundversorgung oder das Recht auf Mobilität über Grenzen hinweg eingefordert und auch praktisch angeeignet.

Natürlich ist nicht jede Aneignungspraxis politisch oder „revolutionär". Doch in jeder aus dem Netz geladenen Musikdatei, in jeder Zurückweisung geschlechtlicher Zwangskategorien, in jedem illegalen Grenzübertritt scheint eine Gemeinsamkeit zu stecken: Sich nämlich das anzueignen, was man zum Leben benötigt oder haben möchte, ohne sich durch geltende Gesetze und Konventionen davon abhalten zu lassen.

Darüber hinaus soll genauer diskutiert werden, ob Aneigung nicht nur aktuelle Praxen „auf den Begriff" bringt, sondern ob er auch orientierend für andere oder noch nicht existierende emanzipative Kämpfe wirken kann.

Der diesjährige BUKO bietet Raum und Zeit, einige Praktiken kennenzulernen, sich darüber auszutauschen und kontrovers zu diskutieren. Natürlich gibt es eine jede Menge anderer Themen, denn wie lange nicht mehr ist es in diesem Jahr gelungen, viele Nicht-BUKO-Gruppen in den Vorbereitungsprozess einzubeziehen. Auch dies ist eine neue Qualität der gegenwärtigen Bewegungen. Es besteht die Möglichkeit voneinander zu lernen, Motivation für den eigenen Alltag zu schöpfen und ein paar anregende und angenehme Tage mit mehr oder minder Gleichgesinnten zu verbringen.

Es freut sich auf ein spektakuläres Wochenende die Kasseler Vorbereitungsgruppe.

Risse im neoliberalen Gebälk?

Fortsetzung von Seite 1

Widerstand

Das Ende der Bescheidenheit. Vielerorts regt sich Unmut gegen neoliberale und neoimperiale Zyniker in Staat, internationalen Organisationen, Medien und Privatwirtschaft. Menschen wehren sich gegen die scheinbar unabdingbaren herrschenden Veränderungen, informieren sich gegen die veröffentlichte Meinung, demonstrieren und organisieren sich. Die Proteste gegen den Krieg im Irak und die neoimperiale Weltordnung, die studentischen Streiks, die Demonstrationen und Aktionstage gegen Sozialabbau verdeutlichen dies. Und wer über den bundesdeutschen Tellerrand hinausblickt, stellt fest, dass sich in anderen Ländern längst starke Bewegungen formiert haben.

In Brasilien ist es sozialen Bewegungen und aus ihnen hervorgegangenen Parteien zu verdanken, dass das neoliberale Establishment aus der Regierung abgewählt wurde. Die Proteste erzeugen Resonanzen, ermuntern kritische Menschen in Medien, Betrieben, staatlichen Stellen dazu, das alltägliche Mitmachen zu hinterfragen und nach alternativen Handlungsformen zu suchen. Seit einigen Jahren wird wieder deutlich, dass Gesellschaft sich nicht über den Lobbyismus von NGOs oder Appelle an die aufgeklärten Eigeninteressen der Herrschenden („ja eigentlich muss das doch auch in eurem Interesse sein...") emanzipativ verändert. Vielmehr sind hier soziale Bewegungen von Bedeutung, die kritisieren und delegitimieren, Anstöße geben und ausprobieren, Alternativen aufzeigen und leben.

Das Ende der Bescheidenheit. Auf das neoliberale Credo „Die Kassen sind leer" wird häufig „Geld ist genug da!" entgegnet. Es müsse nur wieder besser verteilt werden. In der Tat ist es wichtig, dass die derzeit stattfindende Umverteilung von unten nach oben kritisiert und verändert wird. Gleichwohl gilt es, diese Perspektive zu erweitern. Viele linke und insbesondere gewerkschaftliche Positionen stimmen in das Lied vom Kuchen, der nur wachsen müsse, ein. Sonst gäbe es nichts zu verteilen. Es bleibt fraglich, ob es sinnvoll ist, diesem Streit beizuwohnen, da hier das vermeintlich notwendige wirtschaftliche Wachstum im Zentrum steht. Ein Streit, den regelmäßig die Neoliberalen gewinnen.

Das Argument der Wachstumsorientierung verdeckt, dass es nicht um ökonomisches Wachstum per se geht, sondern um die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, in der die vor allem von MigrantInnen und Frauen verrichteten bad jobs zunehmen, soll ja zu Wachstum führen. Oder der Konsum von nutzlos-blödsinnigen Waren und Dienstleistungen. Genauso wie die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes. Wer also von Verteilung redet, sollte vom imperialistischen Weltmarkt und den ausbeuterischen wie naturzerstörenden Produktionsverhältnissen nicht schweigen.

Das Ende der Bescheidenheit. Wir verweigern uns einer von Medien, Parteien und PolitikerInnen aufgezwungenen Debatte um „Alternativen". Denn das gestaltet sich derzeit in etwa so: „Ihr, liebe Bewegungen, seht alles kritisch. Ist ja auch richtig. Aber wo bitte, sind denn eure Alternativen! (Ausrufezeichen, ist auch gar nicht als Frage gemeint)" Von herrschender Seite wird unter Alternativen verstanden, auf alles eine Antwort zu haben, einschließlich eines „großen" alternativen Gesellschaftsentwurf. „Kritik", so ist zwischen den Zeilen vernehmbar, sei „destruktives Herummäkeln". Rot-grüne oder wie auch immer gefärbte Realpolitik weiß und wusste schon immer, was zu tun ist. Nämlich das Bestehende noch besser zu verwalten. Die Vermutung liegt nahe, dass die Frage nach den „Alternativen" durch herrschende mediale und politische Kräfte weniger der Suche nach denselben geschuldet ist, sondern die Bewegungen selbst sollen delegitimiert werden.

Deutlicher muss werden, dass es jede Menge kluger Alternativen gibt, die aber angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse nicht gehört werden (müssen). Die vielen Vorschläge oder gelebten anderen Praxen sind nicht zu romantisieren, sondern entstehen oft aus Krisen (wie die Tauschclubs in Argentinien); unzählige erfolgreiche Kämpfe gegen die Macht von Staaten, von Kapital und alltäglichen Verhältnissen zeigen dies. Auch hierzulande.

Wir benötigen keine „große" Strategie, die für alle und alles anwendbar ist und am Besten noch von den „Köpfen" der Bewegung ausgearbeitet wird. Eine solche Perspektive hat immer etwas Autoritäres. Es geht vielmehr um die Entwicklungen spezifischer Strategien, Organisierungsprozesse und Bündnisse, die an vielen Orten und in unterschiedlichen Formen Gegenmacht und Alternativen entwickeln. Ob daraus eine andere Welt entsteht, kann nicht vorhergesagt werden. Wir denken aber, sie kann nur so entstehen.

Das Ende der Bescheidenheit. Chiapas, Seattle und Genua, Porto Alegre und Mumbai – das sind Chiffren eines neuen Internationalismus. Er orientiert sich an der „aktuellen Runde" kapitalistischer Globalisierung, ist nicht rückwärtsgewandt, sondern am Puls der Zeit. Es gilt, einen clash of globalisations zu organisieren, das heißt, ein Aufeinandertreffen von sehr unterschiedlichen Vorstellungen, wie sich Gesellschaften entwickeln sollen.

Heute bedeutet Internationalismus, nicht nur das Desaster zu sehen und als Teil der eigenen Lebensverhältnisse zu begreifen, sondern immer auch das Aufbegehren von Menschen. Es geht nicht um karitatives Mitleid mit den „Opfern", nicht um die radikale Geste, dass „alles anders werden muss", damit es am Ende doch immer so bleibt oder noch schlimmer wird. Zugleich dürfen wir den zum Teil verzweifelten Widerstand im Süden nicht verklären. Eine Schwächung linker Positionen in den letzten Jahren war damit verbunden; auf die „linke Geschichte" wurde verschämt geblickt. Erfolge ebenso wie Fehler und Misserfolge müssen aufgearbeitet, Einschätzungen ausgetauscht werden, um aus „linker Geschichte" zu lernen und wo es sinnvoll ist, anzuknüpfen.

Internationalismus nach dem Epochenbruch von 1989 bedeutet auch, sich selbstkritisch auf die eigene Geschichte zu beziehen – auf ihre Irrungen, auf das Vergessene, auf das Unabgegoltene. Viele alte Gewissheiten gelten heute nicht mehr. Es gibt keine „Hauptwidersprüche", sondern (Welt-)Gesellschaft ist von vielerlei Spaltungen durchzogen. „Unten" ist nicht per se gut, links und hierarchiefrei, und die Subjekte radikaler Veränderung gibt es nicht aufgrund bestimmter Lebensumstände, sondern sie müssen sich buchstäblich selbst schaffen. Insbesondere die Geschichte des Realsozialismus lehrt, wie einstmals emanzipatorisch gedachte Projekte sich in ihr Gegenteil verkehren können, wenn sie nicht in der Hand der Betroffenen bleiben. Zentral bleibt aber die Einsicht, dass ein wichtiger Bezugspunkt von Internationalismus darin besteht, Freiheit unter Gleichen und weltweit zu verwirklichen. Was das konkret an Utopien, Strategien und Handlungen bedeutet, muss immer wieder ausgelotet werden.

Im Rahmen dessen muss auch Theorie einen anderen Stellenwert erhalten. Die oft beklagte Theorielosigkeit der aktuellen Bewegungen ist vor allem mit einer Abneigung gegen einen autoritären Theorietypus verstehbar. Dieser „wusste" nämlich schon immer, welcher Weg einzuschlagen sei. So verlor er häufig das, was eine Theorie der Befreiung auszeichnen könnte: Die jeweils aktuellen Verhältnisse „auf den Begriff" zu bringen, sie verstehbar zu machen in ihren stabilen und brüchigen Momenten und damit den unterschiedlichen Praxen Reflexion und Kraftquelle zu sein.

Das Ende der Bescheidenheit. Wir wollen mit diesem Motto nicht so tun, als ob uns „alles klar" wäre. Das ist nämlich nicht der Fall. Eine andere Gesellschaft entwickelt sich aus Auseinandersetzungen und Lernprozessen, konkreten Handlungen und schlechten wie guten Erfahrungen. Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) besteht seit 1977 und hieß bis zum Jahr 2001 Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. Die bewusste Namensänderung zeigt, dass ein linker Internationalismus und dessen organisatorischer Zusammenhang sich heute kritisch auf eine „Entwicklungspolitik" beziehen muss, die – in vielleicht guter Absicht – paternalistisch bleibt und zum Reparaturbetrieb des neoliberalen und neoimperialen Desasters wird. Was vielen Gesellschaften des Südens über den Verfall der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten oder den Schuldendienst genommen wird, wiegt die ohnehin zurückgehende Entwicklungshilfe nicht auf.

Die BUKO mit ihren über 150 Mitgliedsgruppen und bundesweiten Arbeitszusammenhängen versteht sich als Teil der internationalen Protestbewegung. Internationalismus besteht heute zuvorderst darin, die eigenen Gesellschaften zu verändern. Das macht reflektiertes entwicklungspolitisches Engagement nicht überflüssig, verschiebt aber die Perspektive. Die BUKO hat sich in den vergangenen Jahren hin zu antimilitaristischen, antifaschistischen, patriarchatskritischen, um Rechte für MigrantInnen kämpfenden oder sozial-ökologischen Spektren geöffnet. Und umgekehrt haben viele Gruppen festgestellt, dass ihre Kämpfe in einen internationalistischen Kontext gestellt werden müssen.

Im Interesse der BUKO ist es, dass viele Menschen sie als organisatorischen Zusammenhang und den jährlichen Kongress als ihren politischen Ort verstehen – sich also Struktur und Kongress als solche aneignen.

Damit die Risse im neoliberalen Gebälk zu Brüchen werden! Dazu laden wir herzlich nach Kassel ein.

Unterstützer

AbfallGUT Dresden e.V.
ACT!
AG SPAK
AK Eine Welt e.V./Eine Welt Laden Witzenhausen
AK Kraak
AKE Bildungswerk e.V.
AKTION 3.WELT Saar
Aktion Selbstbesteuerung
Aktion Verantwortlich Leben e.V.
aktion zuflucht
Analyse und Kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis
AntiFa Nierstein
Antifaschistische Linke Berlin
Antipatriarchales Netz Berlin
Arbeitskreis Solidarische Welt
Archiv der sozialen Bewegungen, Bremen
attac Lemgo
Ausländische Studentenvertretung (ASV) Witzenhausen
Autonomes Frauenhaus Kassel e.V.
BAG SHI
Blauer Montag
Buchladen Rote Strasse
Bündnis für die Region Südniedersachsen/Nordhessen
Bundesausschuß Friedensratschlag
Café Morgenrot
Contraste - Monatszeitung für Selbstorganisation
crossover berlin
DGB-Nordhessen
DIDF Kassel
Dritte Welt Haus, Frankfurt/Main
Evangelische Studentengemeinde Kassel
express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
Gesellschaft für Legalisierung
gipfelsoli
go create ™ resistance
Graswurzelrevolution
Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t.
ila (plus andere Infostelle)
Indymedia Netzwerk
Informationsbüro Nicaragua
INKOTA-netzwerk
Internationales Zentrum Nord-Süd-Dialog
ITP - Institut für Theologie und Politik
iz3w
JungdemokratInnen/Junge Linke NRW
jungle world
Kaffeekampagne/Infostelle El Salvador, Frankfurt
Kampagne Libertad! / "So oder So" - die Libertad!-Zeitung für internationale Solidarität
Kasseler Friedensforum
Komitee für Grundrechte und Demokratie
LaborNet
Lateinamerika-Nachrichten
links-netz
lotec
medico
Mietshäuser Syndikat
Network for Ecofarming in Africa (NeECoFa)
Netzwerk gegen Konkurrenzherrschaft und Neoliberalismus
Offenes Wohnzimmer – Verein zur Förderung alternativer Kultur e.V.,
Ökumenische Werkstatt Kassel
Organisierte Witzenhäuser Erwerbsloseninitiave (OWEI) e.V
postpessimistIN
RESPECT
Rosa-Luxemburg-Forum, Hessen
Schöner Leben, Göttingen
SOZ - Sozialistische Zeitung
Sozialistisches Büro
Stiftung W.
Studierendengruppe der GEW, Hamburg
Weltladen Kassel e.V
Widersprüche

Veranstalter

BUKO
Bundeskoordination Internationalismus

BUKO Geschäftsstelle
Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
fon: (040) 393156
fax: (040) 28055122
mail@buko.info
www.buko.info

Mitveranstalter BUKO 27

Analyse und Kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis
BAG-SHI
Berlin Umsonst
dresden.umsonst
Fantomâs - Magazin für linke Debatte & Praxis
FelS
Gesellschaft für Legalisierung
Hamburg Umsonst
Kanak Attak
Kommune Niederkaufungen
Ökumenisches Büro, München

Sponsoren

Der BUKO 27 wird finanziell unterstützt von:
Evangelischer Entwicklungsdienst durch die
Aktion Bildung und Publizistik (ABP)
Aktion Selbstbesteuerung (ASB)
Arbeitskreis Entwicklungspolitik Vlotho (AKE)
DGB Nordhessen
GEW Landesverband Hamburg
Rosa Luxemburg Stiftung
Sozialistisches Büro
Stiftung umverteilen

Kampagnen und Arbeitsschwerpunkte

BUKO Pharmakampagne
August BebelStr.62
33602 Bielefeld

BUKO Kampagne „Stoppt die Rüstungsexporte"
Buchtstr. 14-15
28195 Bremen

BUKO Kampagne gegen Biopiraterie
BUKO Agrar Koordination
AS Weltwirtschaft
AS Alternativer Handel
alle c/o Geschäftsstelle

alaska
Zeitschrift für Internationalismus
Bernhardstr.12
28203 Bremen

Undoing Gender

Geschlechtliche Aneignung als Gegensubjektivierung

Was kann es heißen, sich seinen eigenen Körper anzueignen? Ich habe meinen Körper doch schon, warum sollte ich ihn mir also noch zu eigen machen? Weil er mir fremd ist, also quasi entfremdet ist? Ist die Aneignung meines Körpers also eine Rückkehr, ein Zurück zu einem Zustand in dem mein Körper mir noch "näher" war als er es jetzt ist? Oder ist die Aneignung meines Körpers vielleicht gar kein Schritt zurück, sondern ein Schritt nach vorn? Vielleicht sogar ein Schritt ins Unbekannte? Was, wenn beim Aneignen gar nicht immer so genau feststeht, was überhaupt angeeignet wird – wenn es sich also um einen offenen und unabgeschlossenen Prozess des Experiments handelt? Schließlich: Was wenn die Aneignung meines Körpers letztlich ein politischer Einsatz ist?

In der Ausgabe 28 der arranca! haben wir vier Dimensionen geschlechtlicher Aneignung unterschieden: Sprache, Habitus, Körper-/Geschlechtsmerkmale und Sexualität . Erläutern wollen wir an dieser Stelle noch einmal zweierlei: Zum einen, dass die Aneignung einer neuen Geschlechtsposition auf intime Weise mit dem verstrickt ist, was unserem Körper als Habitus eigen ist und zum anderen, dass eine solche Geschlechtsposition nur dann erfolgreich angeeignet werden kann, wenn sie es schafft, eine eigene sprachliche Repräsentation zu etablieren. Ziel dieser Überlegungen ist es, eine – leider oft vernachlässigte – Richtung aufzuweisen, in die unsere Meinung nach eine Politik gehen sollte, die ein binäres Geschlechtersystem hinter sich lassen will.

Der Körper in der Sprache

Um die Illusion zweier sauber geschiedener Geschlechter aufrecht zu erhalten, kennt unsere Sprache nur die zwei Artikel "sie" und "er" sowie die zwei darauf bezogenen Wortendungen, zumeist das weibliche "...in" und das männliche "...er". Alles was außerhalb dieser Ordnung liegt wird fortwährend verleugnet, denn der Vorstellungshorizont unserer Sprache ist auf eine binäre Struktur eingegrenzt. Dagegen möchten wir einen anderen Ort von Geschlechtlichkeit setzen, einen Ort, den es zu erforschen gilt und um den wir kämpfen sollten, er sieht so aus: _. "Abweichendes" Geschlechtsverhalten wird nicht allein in unserer alltäglichen Praxis immer wieder zensiert und gewaltsam unterdrückt, darüber hinaus bildet auch seine sprachliche Repräsentation eine Unmöglichkeit. Alle, die sich nicht unter die beiden Pole hegemonialer Geschlechtlichkeit subsumieren lassen wollen und können, werden entweder aus diesem Repräsentationssystem ausgeschlossen oder von ihm vereinnahmt.

Es ist der _ in Leser_In, Freund_In, Liebhaber_In, der genau diesen Raum bilden soll. Zwischen die Grenzen einer rigiden Geschlechterordnung gesetzt, ist er die Verräumlichung des Unsichtbaren, die permanente Möglichkeit des Unmöglichen. Die Grenze mit ihrer unsichtbaren Bevölkerung wird zum Ort, in dem die beengenden Schranken der Zweigeschlechtlichkeit - du Leser auf der einen und du Leserin auf der anderen – auseinander geschoben werden um dem verleugneten Anderen Platz zu machen: du Leser_In nimmst diesen Platz ein.

Wir halten diese sprachliche Repräsentation für absolut notwendig, um eine erfolgreiche Geschlechterpolitik zu betreiben. Denn die herrschende Geschlechtermatrix kann genauso wenig in ihren eigenen Begriffen überwunden werden, wie etwa eine rassistische Migrationspolitik in den Begriffen von "Inländer_In" und "Ausländer_In". Eine eigene sprachliche Repräsentation ist für uns die Grundlage, auf der sich soziale Kämpfe zu bilden und zu artikulieren vermögen. Mit dem _ gehen wir einen ersten Schritt auf eine solche souveräne Position zu, eine Position, die nicht darum bettelt, beachtet, gesehen und gehört zu werden, sondern die sich selbstbewusst ihren Raum nimmt: We are queer and we are here!

Der Körper als Habitus

Geschlecht ist mit dem Körper nicht allein dadurch verknüpft, dass aufgrund ausgewählter körperlicher Merkmale eine Geschlechtszugehörigkeit zugewiesen wird. Geschlechtlichkeit ist auf viel innigere Weise mit unserem Leib verbunden, denn unser Körper existiert durch und durch nur als ein geschlechtlicher. Und "existieren" bedeutet mehr als bestimmte Merkmale zu tragen. "Existieren" bedeutet, eine bestimmte Existenzweise zu haben, ein Repertoire an Denk-, Gefühls- Verhaltens- und Wissensformen, an Praktiken, Gesten und Haltungen zu beherrschen. Mit Habitus meinen wir die Summe der in diesen Feldern erworbenen Dispositionen, die unserem Leib eine bestimmte Richtung geben, ihn auf eine Bahn bringen und ihm bestimmte Grenzen setzen.

Der Körper nimmt hier insofern eine entscheidende Rolle ein, als er Träger dieses Repertoires ist. Die Praktiken des Geschlechts werden weder bewusst noch unbewusst eingesetzt, vielmehr sind sie in den Körper als Fertigkeit eingeschrieben, sind sie Teil eines körperlichen Wissens – des Habitus. Wie z.B. ein_e Fahrradfahrer_In oder ein_e Schwimmer_In nicht wirklich über ihre Bewegungen nachdenkt oder erklären kann, nach welchen Regeln si_er die Balance hält. Si_er hat kein Konzept "Fahrradfahren" oder "Schwimmen" im Kopf, denn dieses Wissen lagert als praktische Fertigkeit allein im Körper.

Wer in einem langen Disziplinierungs- und Normierungsprozess die Techniken des Geschlechts einstudiert hat und fortwährend wiederholt, ist daher nicht unser bewusstes Ich, sondern unser Körper. Ein Bündel von Alltagspraxen, das vom wohl geschulten Augenaufschlag bis zum gekonnten Hüftschwung, vom lässigen Gang bis zum selbstsicheren Ton in der Stimme reicht, verdichtet sich zu dem, was unserem Körper sein Geschlecht erteilt. Lachen und Weinen, Erleben und Vorstellen sind daher je schon vergeschlechtlicht, bevor wir auf sie reflektieren, denn unser Körper hat dies bereits besorgt. Der Punkt ist, dass Geschlechtlichkeit nicht auf die Verhaltensweisen unseres Körper aufgesetzt ist, sondern in eins mit ihm existiert.

Die Aneignung einer neuen Geschlechtsposition bedeutet daher eine Arbeit am Körper die aus mehr denn aus kosmetischen, gestischen und sprachlichen Prozeduren besteht. Sie bedeutet eine Art Gegensubjektivierung, die quasi die ganze Geschichte der körperlichen Einschreibungen umkehrt, um sie noch einmal neu zu schreiben. Eine Arbeit die unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen sicherlich zu keinem Ende zu kommen vermag, deren eröffnender Charakter aber ein Lustpotential bereithält, dass nicht unterschätzt werden sollte.

S. Kitty Herrmann

Zuhause bei arranca! und A.G.Gender-Killer. Wir werden auf dem Buko auch einen Workshop zu diesem Thema anbieten. Have a look!

Umsonst

Berlin Umsonst

Unter dem Motto "Berlin umsonst!!" gibt es seit dem Frühsommer 2003 Aktionen verschiedener Gruppen und Einzelpersonen. Gemeinsamer Nenner ist die offensive Zurückweisung der neoliberalen Sachzwanglogik durch die Forderung nach einem kostenlosen Leben für alle Menschen und der Bezug auf Aneignung als politischer Praxis. Dahinter steht der Versuch, Kritik an den herrschenden neoliberalen Aneignungweisen nicht auf eine appelative Praxis zu beschränken, die sich in traditionellen politischen Formen (Demonstration, Aufklärungsarbeit) und oft in einer „defensiven" Ausrichtung auf die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates ausschöpft.

Mit der Kampagne „Berlin Umsonst" intervenieren wir in soziale Kämpfe (gegen den Berliner Haushalt, oder die Studierendenproteste an den Berliner Unis): Das Motto „Alles für alle – und zwar umsonst" ist inzwischen schon präsent bei verschiedenen sozialen Protesten – ein kleines Anzeichen dafür, dass der offensive Charakter von Berlin Umsonst auf Resonanz stößt...

Dresden Umsonst

nicht nur in Berlin... Auch in Dresden, Hamburg, Freiburg und Köln findet das „Umsonst-Label" Verbreitung. „Schöner Leben jetzt und für alle!" - Wir wollen zeigen, dass bestimmte Bedürfnisse zum Leben dazugehören und ihre Erfüllung daher für jede/n möglich sein muss. Wir finden uns nicht mehr damit ab, für Kino, Schwimmbad, Bibliothek, Bus, Kita, Sportvereine etc. immer mehr zu bezahlen oder draußen bleiben zu müssen. DRESDEN.UMSONST macht keine Vorschläge, wo gespart werden kann und wo nicht. DRESDEN.UMSONST will aufzeigen, dass bestimmte menschliche Bedürfnisse zum Leben dazugehören und daher für jede/n erfüllbar sein müssen. Ein Entweder – Oder gibt es für uns nicht. Wieso sollten Dinge nicht anders möglich sein als sie jetzt sind?

Hamburg umsonst

Die Umsonst-Idee verbindet beides: Wir setzen an sozialen Kämpfen an, die sich um ganz konkrete Anliegen drehen: Preiserhöhungen, Schließungen von öffentlichen und kulturellen Einrichtungen. Politik von den Bedürfnissen her zu machen, ein Anspruchsdenken zu fördern, welches die Zumutungen der kapitalistischen Gesellschaft zurückweist. Darin äußert sich ein Anspruch, der über die herrschenden Verhältnisse hinaus weist.

Berlin umsonst

Beim BUKO 2004 steht Aneignung im Vordergrund. Es geht für uns Umsonst-Kampagnistas darum, mit anderen Initiativen Theorie und Praxis von Aneignungskämpfen zu diskutieren – die Frage nach Perspektiven eines antikapitalistischen Projekts von der Seite sozialer Aneignungskämpfe zu thematisieren. Ob die Aneignungsperspektive dazu beitragen kann, praktische Kritik der kapitalistischen Gesellschaft verstärkt im Alltag zu verankern und zu artikulieren, muss sich in der Praxis zeigen und genau auf diese noch in den Ansätzen steckende Praxis wollen wir beim BUKO reflektieren. Daher liegt ein Schwerpunkt auf der Frage, wo gegenhegemoniale Aneignungsweisen existieren, wie sie kollektivierbar und politisierbar sind. Damit verbunden sind Fragen der Repräsentation und kultureller Aneignungsweisen.

Hamburg Umsonst

Wir wollen beim BUKO aber nicht in unserem eigenen Saft schmoren, sondern die Diskussion über die Umsonst-Idee verbreitern, die Möglichkeit für Austausch und Vernetzung nutzen. Verknüpfungen mit anderen Initiativen und Kämpfen herzustellen ist wichtig. Kann über den Aneignungsbegriff eine praktische und symbolische Klammer geschaffen werden, die verschiedene Kämpfe zusammenführt?

radikal global

Vielleicht zum ersten Mal seit 1968 zeichnet sich mit den Protesten gegen die Gipfeltreffen von Seattle, Prag und Genua sowie den europäischen und Weltsozialforen eine globale Protestbewegung ab.

Anhand zentraler Themenfelder will das von der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) herausgegebene Buch **radikal global** zu den Diskussions- und Klärungsprozessen innerhalb dieser in sich heterogenen und pluralistischen Emanzipationsbewegung beitragen

Die Beiträge dieses Buches plädieren für eine "Globalisierung von unten".

Unter www.buko.info findet Ihr/finden Sie die Einleitung, das Inhaltsverzeichnis sowie das Kapitel "Vom Gebrauchswert radikaler Kritik Perspektiven für eine gesellschaftsverändernde Praxis" von Wissen/Habermann/Brand als Leseprobe zum download.

Die Bundeskoordination Internationalismus BUKO

Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) ist ein unabhängiger Dachverband, dem über 150 Dritte-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Läden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im Süden.

Die BUKO versteht sich als Ort linker, herrschaftskritischer Debatten und vernetzt dabei BUKO-Kampagnen und Arbeitszusammenhänge, die aus entwicklungspolitischer Mobilisierung und politischer Arbeit hervorgegangen sind. Die BUKO sucht den offenen Dialog mit anderen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen.

BUKO – links, internationalistisch, steinalt, herrschaftskritisch, diskussionsfreudig, theoretisch + konkret, dachverband, deswegen bunt aber nicht beliebig, ratschlag, rundbrief, vernetzung, die alaska kampagnen, publikationen

Programm

Donnerstag, 20. Mai

19.30 – 21.30 Uhr
Eröffnungsveranstaltung
Neoliberalismus am Ende?
Die da oben machen ja doch, was wir wollen
Der Neoliberalismus ist weltweit zumindest in eine Legitimationskrise geraten – nicht zuletzt aufgrund der Kritik, die aus den globalisierungskritischen Bewegungen geäußert wurde und wird. Wo aber sind die Risse im System? Lassen sich Institutionen wie Universitäten oder Betriebe von außen oder innen verändern? Oder gilt es nicht vielmehr, einen solchen Blick auf das Große und Ganze über Bord zu werfen und sich stattdessen mit Alltagspraxen, unserer eigenen Verstricktheit in die Fänge und Ideologien des Systems gewahr zu werden?
Herrschaftskritischen Analysen gelingt es zwar immer wieder, die "großen Linien" gesellschaftlicher Veränderungen aufzuzeigen. Wir wollen bei der BUKO-Eröffnung eine andere Perspektive einnehmen, nämlich analytische (theoretische) Ansätze daraufhin befragen, welchen Stellenwert eigentlich bei der Entstehung der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse radikale Kritik und emanzipative Kämpfe hatten und haben. Wo gab es historisch von emanzipativen Bewegungen verfolgte Alternativen, die dann nicht eingeschlagen wurden bzw. werden konnten? Hilft dieser Blick dabei, heutige Kämpfe zu orientieren, vor Fehlern zu schützen, kluge Strategien zu entwickeln? Aber natürlich muss auch ganz aktuell gefragt werden: Warum machen zumindest in den Metropolen so viele Menschen das neoliberale Programm mit?
Welche Folgen diese Fragen für Theorie und Praxis von Widerstand hat, wollen wir als Auftakt zum diesjährigen BUKO diskutieren.

Mit: Nicola Bullard (Focus on the Global South, Bankok), Katharina Pühl (Berlin), Sandro Mezzadra (Zeitschrift DeriveApprodi und Universität Bologna), Allessandro Pelizzari (attac-Schweiz und Universität Fribourg)

Freitag, 21. Mai

9.30 – 11.30 Uhr
Parallele Arbeitsgruppen zur Eröffnungsveranstaltung
In einigen Arbeitsgruppen werden bestimmte Aspekte der Auftaktveranstaltung weiter diskutiert, andere nehmen das Thema des Vorabends auf, indem anhand von Beispielen unterschiedliche Fragen vertieft und verdeutlicht werden.

Arbeitsgruppen zu
- De-Globalisierung mit Nicola Bullard (Bankok)
- Neoliberalismus und Autonomie der Migration mit Sandro Mezzadra (Bologna)
- Agenda 2010 und Abbau des Sozialstaats mit Katharina Pühl (Berlin) und Kathi Seewald (DGB-Vorstand Nordhessen)
- Privatisierung öffentlicher Dienste mit Alessandro Pelizzari (Fribourg)
- Neoliberalismus, Alltag und feministischer Widerstand mit Ariane Brenssell (Antipatriarchales Netz, Berlin)
- Globalisierung oder Imperialismus? mit Radhika Desai (Universität Victoria, Kanada)
- Neoliberalismus und Demokratie - eine Einführung mit Jörg Reizig (Berlin)
- Ökologischer Imperialismus? Konflikte um natürliche Ressourcen mit Christoph Görg (www.links-netz.de)
- Globale Sicherheitspolitik mit Thomas Seibert (medico international, Frankfurt/M.)
- Von der Nachhaltigkeitsidee zum intergenerativen Kampf mit Manfred Hofmann (Kassel)
- Europäische Union und EU-Osterweiterung, N.N.
- Neokolonialismus und Neoliberalismus im Nahen Osten mit Sabah Alnasseri (www.links-netz)
- Die Arbeiterpartei in Brasilien an der Macht - im Jahr zwei anti-neoliberaler Politik? mit Rosalvo Schütz (Porto Alegre/Kassel) und Dieter Gawora (Uni Kassel)
- Das neue Südafrika im Würgegriff der Privatisierung mit Ralf Berger (Allerweltshaus, Köln) und Gottfried Wellmer (freier Journalist und langjähriger Kenner der Region); anfangs 30-minütiger Film (in englischer Sprache)
- sowie offene AGs

11.45 – 13.15 Uhr
Auftakt der Foren

Forum 1: Arbeit und Soziale Reproduktion

Endlich wird die Arbeit knapp?
Egal wo die Linke hinschaut: weltweit nur Fabrikbesetzungen, Kommunen, Aneignung von unten. Oder doch nur: Lohnabbau, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung inklusive unbezahlte Reproduktionsarbeit, Illegalisierte ohne Rechte aber dafür schlecht bezahlt, Proletarier aller Länder unterbietet Euch (und hört nicht auf die altmodischen Gewerkschaften). Je nach Blickwinkel ist das Thema Arbeit Hort möglicher Alternativen, die schon heute die Überwindung gegenwärtiger Verhältnisse möglich erscheinen lassen oder Hauptstütze des Systems. In jedem Fall sind alle vom Thema betroffen, fragt sich nur auf welchem Level.
Es diskutieren: Nadja Rakowitz (express-Redaktion,angefragt), Elisabeth Voß (NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation), Peter Waterman (Uni Amsterdam)

Forum 2: Privatisierung

Nichts als Abwehrkämpfe?
Auf den ersten Blick erscheinen die Kämpfe gegen Privatisierungen, sich auf die Verteidigung des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates zu beschränken. Gibt es darüber hinausgehende gesellschaftliche Entwürfe? Wie unterscheiden sie sich, bzw. müssen sie sich im Trikont und den Metropolen unterscheiden? Wo gibt es gemeinsame Bezugspunkte? Über diese Fragen diskutieren aus der Perspektive ihrer Kritik an Privatisierungspolitiken:
José Antonio Zepeda, (CGTEN-ANDEN, Gewerkschaft des Bildungswesens Nicaragua), Barbara Dickhaus, (WEED, World Economy, Ecology and Development), BuKo-Kampagne gegen Biopiraterie (angefragt)

Forum 3: Soziale Rechte und Recht auf Legalisierung

Get up, stand up – get up for your right
Ein radikaler Begriff sozialer Rechte weist über bloße Abwehr- und Verteidigungskämpfe hinaus, zumal viele, um überhaupt das Feld der Auseinandersetzung zu betreten, sich bereits zu ihrem Recht verholfen haben müssen (beispielsweise das Recht auf Mobilität, ‚illegale' Landnahme). Das kann die neoliberalen Verhältnisse zum Tanzen bringen. Dann nämlich wenn andere den Kampf um soziale Rechte mit ihrer eigenen existenziellen Lebenssituation in Verbindung setzen und sich weigern diese hinzunehmen.
Über ein radikales Verständnis sozialer Rechte und deren Aneignung diskutieren: AG Spak, Umsonst-Kampagne, Gesellschaft für Legalisierung, Redakteur der Zeitschrift Fantomas

15.00 – 18.00 Uhr
Arbeitsgruppen der Foren

Freitag, 21. Mai

19.30 – 21.30 Uhr
Osterweiterung der EU: osteuropäische Perspektiven internationalistischer Politik
Die Osterweiterung der EU am 1. Mai 2004 markiert die Ausweitung des neoliberalen europäischen Integrationsprojektes nach Osteuropa, dessen Regelwerke in den letzten Jahren per „Diplomatie der Erpressung" in den Beitrittsländern durchgesetzt wurden. Die meisten Hoffnungen auf Übertragung sozialer Standards auf die Kandidatenländer wurden dabei enttäuscht, vielmehr besteht die Osterweiterung vor allem darin, den ohnehin entstehenden neoliberalen Wettbewerbsstaat ohne sozialen Ausgleich unumkehrbar auch in den neuen Mitgliedsländern zu verankern. Welche Folgen hat diese Erweiterung für die Handlungsbedingungen sozialer Bewegungen in den Beitrittsländern, in den bisherigen Mitgliedsstaaten und in den Ländern „vor den Toren der Festung Europa"? Welche Perspektiven haben internationalistische Antworten auf die Zumutungen des neoliberalen europäischen Projektes?
Wir wollen den Charakter der Osterweiterung, ihre Folgen für west- und osteuropäische Linke, sowie internationalistische Perspektiven der Kooperation diskutieren.
Mit: Urszula Lugowska (attac Polen,angefragt), Katalin Koncz (International Association for Feminst economics IAFFE, Budapest, angefragt), N.N., indymedia/Eastern Europe, Moderation: Gisela Neunhöffer, (osteuropa-ag, Berlin/BUKO ASWW)

Samstag, 22. Mai

10.00 – 13.00 Uhr
Fortführung der Arbeitsgruppen von Freitagnachmittag

14.00 – 17.00 Uhr
BUKO goes downtown –
diverse Aktionen, kritische Stadtspaziergänge ‚Straßentheater „Schluck und weg" der BUKO-Pharmakampagne sowie Theater der Unterdrückten

17.00 - 18.30 Uhr
Austausch-AGs
Im Verlauf des Kongresses können die TeilnehmerInnen nicht an allen Foren und Arbeitsgruppen teilnehmen. Deswegen werden die drei Foren „Arbeit und soziale Reproduktion", „Privatisierung" und „Soziale Rechte und Legalisierung" zum Ende der AG-Phasen jeweils zwei Austausch-AGs anbieten. So soll die Möglichkeit entstehen, spannende Fragestellungen und Diskussionen festzuhalten und gegebenenfalls andernorts weiterzuführen.

17.00 - 18.30 Uhr
Die BUKO-Mitgliederversammlung
bietet allen Interessierten die Möglichkeit, die Strukturen der BUKO kennen zu lernen. An diesem Ort finden sich die Mitgliedsgruppen der BUKO zusammen, um das letzte Jahr Revue passieren zu lassen und die zukünftigen Anliegen zu besprechen. Wie üblich in Mitgliederversammlungen, werden hier die Berichte der einzelnen Gremien abgegeben. Die Wahl eines neuen SprecherInnenrats findet statt und nicht zuletzt wird der nächste Kongressort festgelegt! Wollt Ihr Euch unter dem Dach der BUKO organisieren, neue Kampagnen gründen, Mitglied werden oder Euch einem Schwerpunkt anschließen oder seid einfach neugierig, welche Leute „die BUKO sind", dann kommt zur MV!

ab 20.30 Uhr
Haute Kültür – Rauschendes Fest mit verschiedenen DJs

Sonntag, 23. Mai

10.00 - 11.30 Uhr
Strategien und Vernetzung
Während des gesamten Kongresses geht es natürlich um Fragen der Strategie und Organisierung. Am Sonntagvormittag soll dies weitergeführt und zugespitzt werden. Es gibt Raum für neue Initiativen, die sich im Laufe des Kongresses gefunden haben, und für Diskussionen zu zentralen strategischen und organisatorischen Fragen.

Verschiedene Kampagnen stellen sich vor

Diskussionsveranstaltungen
Autonomie zwischen Spontaneität und Organisation
Aneignungsprozesse sind ohne Autonomie undenkbar. Wie aber ist Autonomie zu verstehen? Als Aufbau einer Gegenmacht oder als unmittelbare Aneignung unseres Tuns? Sind die daran arbeitenden antisystemischen Bewegungen gezwungen, neue politische Vermittlungsformen zu entwickeln oder muss Anti-Politik im Zentrum ihres Handelns stehen?
Werner Bonefeld (York) und Thomas Seibert (Frankfurt)
Befreiung der Güter ? – Die Freie-Software-Bewegung.
Was ist an Freier Software frei? Wie funktioniert die Freie Software Bewegung (Produktionsweise, Struktur, Kommunikation)? Widersprüche der Koexistenz freier und proprietärer Produktion und Anwendung / Aneignung - Freie Software unterstützen?
Einleitende Thesen von Frieder Hirsch (Dortmund)

12.00 – 14.00 Uhr
Moderiertes Abschluss-Buffet: Wie weiter, was tun? Perspektiven radikaler Praxis
Der Kongress hat hoffentlich Perspektiven geöffnet, Differenzen und Gemeinsamkeiten verdeutlicht, Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Doch was machen wir mit den Diskussionen, Praxen und entwickelten Strategien? Gehen wir zurück in unsere Zusammenhänge, vernetzen wir uns oder sehen wir uns schlicht im nächsten Jahr auf dem nächsten BUKO?
Den Abschluss bildet ein Gespräch, bei dem zwei ModeratorInnen verschiedene BUKO-TeilnehmerInnen befragen. Damit sollen aus unterschiedlichen Perspektiven zentrale Fragen präzisiert, Probleme benannt und Perspektiven geöffnet werden. Was bedeutet ein zeitgemäßer Internationalismus? Wo liegen Potentiale und Gefahren eines pluralen Verständnisses von Protest und Widerstand? Welche Organisationsformen sind angemessen für emanzipative Bewegungen? Inwieweit macht der Begriff der Aneignung Sinn - inwieweit nicht? Diese und andere Fragen sollen vertieft werden gerade vor dem Hintergrund unterschiedlicher Politikverständnisse und Aktivitätsfelder.
Vorbereitet von BUKO- und Nicht-BUKO-Menschen.

Währenddessen: internationale und Kasseler Frühstücksspezialitäten

Foren

AGs Forum 1 | Arbeit und soziale Reproduktion

David gegen Goliath: der Kampf der mexikanischen Euzkadi-Arbeiter gegen die Hannoveraner Continental

Die 1998 von der Hannoveraner Continental aufgekaufte mexikanische Reifenfirma Euzkadi wurde 2001 widerrechtlich geschlossen.

Vertreter der Gewerkschaft SNRTE werden über ihren Kampf erzählen.

Umsonstläden als Starter für solidarisches, (basis)demokratisches Wirtschaften

Zunächst soll die Praxis von Umsonstläden und anderen Projekten einer praktischen Waren- und Erwerbsarbeitkritik vorgestellt und diskutiert werden. Darauf aufbauend soll es um Perspektiven einer grundlegenden Gesellschaftsveränderung gehen.

Uta Knischewski (Umsonstladen Dresden), Hilmar Kunath (AK Lokale Ökonomie, HH Altona), Thomas Eikerling (Umsonstladen Freiburg)

Prekäre und normale Ausbeutung – zwei Seiten desselben Kapitalismus

Prekäre und normale Arbeit sind nicht sauber voneinander abzugrenzen: gibt es einerseits Branchen mit fast ausschließlich prekären Arbeitsverhältnissen (z.B Gastronomie, Wachschutz, Putzjobs), so stehen andererseits in vielen Industriebetrieben inzwischen ArbeiterInnen mit unterschiedlichsten Bedingungen nebeneinander. Was folgt daraus für politische Kämpfe?

N.N. (wildcat Berlin)

Die Linke zwischen Multitude und radikalem Reformismus

Klassenkampf scheint in der Linken wieder aktuell zu werden. In Abkehr vom traditionellen revolutionären Subjekt wird dabei allerdings von den einen der Klassenbegriff als "Multitude" pluralisiert und subjektiviert, andere wiederum formulieren unter dem Stichwort "radikaler Reformismus" die Neuauflage des Sozialstaats. Was ist jenseits dieser Perspektiven möglich?

freundinnen und freunde der klassenlosen gesellschaft (Berlin)

Crisis, which and whose crisis – Sozialversicherungsumbau: warum und für wen? Teil I

Am Beispiel der „Gesundheitsreproduktion" soll u.a. über politisch-institutionelle Änderungen der Rahmenbedingungen und „Umbaupläne" auf nationaler und internationaler Ebene (EU, IWF, GATS) berichtet und Kriterien für eine eigene, linke Diskussion über Alternativen erstellt werden.

Nadja Rakowitz (express-Redaktion, Institut für medizinische Soziologie, Frankfurt/M.) und Rolf Schmucker (Institut für medizinische Soziologie, Frankfurt/M.)

Social Movement Uniomism

Die neoliberale Deregulierungspolitik hat den Gewerkschaften weltweit Spielraum genommen. Mit dem Konzept des Social Movement Unionism versuchen US- und andere Gewerkschaften eine basisbestimmte Alternative zu den korporativen Apparaten aufzubauen. Was ist neu an diesem Ansatz?

Peter Watermann (Amsterdam), Mike Neary (Universität Warwick), Peter Birke (Hamburg)

Die Arbeitsgesellschaft und das Problem der Erwerbslosigkeit - welche Alternativen gibt es?

Nach einer kurzen Analyse der Arbeitsgesellschaft sollte es darum gehen, Alternativen zu entwickeln. Wie kann die Selbstorganisation von Erwerbslosen gefördert werden?

Anne Seeck (Anders arbeiten oder gar nicht, Erwerbsloseninitiative Piquetero, Berlin)

Das Mietshäuser Syndikat

Ideen und Praxis eines wachsenden Zusammenschlusses von selbstorganisierten Hausprojekten werden vorgestellt. Wie kann eine solidarische Ökonomie aussehen, die nicht an den Toren des eigenen Kollektivs oder Projektes endet?

Stefan Rost, Thomas Eikerling (Mietshäuser Syndikat, Freiburg)

Arbeits- und Finanzlkollektive

Alternativen im Neoliberalismus?

Cafe Morgenrot, Onkel Emma (angefragt)

Security first? Alternativen zur lohnarbeitszentrierten Sozialversicherung? Teil II

Es werden Konzepte diskutiert, in denen eine garantierte soziale Grundversorgung als Alternative zu Lohnarbeitszwang oder Neoliberalismus formuliert wird: Sozialpolitik als soziale Infrastruktur, ein soziales Mindesteinkommen und die (steuerfinanzierte, pauschalierte) BürgerInnenversicherung stehen auf dem Prüfstand.

Andreas Bachmann (express-Redaktion), N.N. (Redaktion links-netz), N.N (Widersprüche-Redaktion), Thomas Gehrig (links-netz)

Erfahrungen solidarischer Ökonomie in Brasilien und anderen Regionen der Welt

organisiert von Clarita Müller-Plantenberg (Kassel) und Jaqueline Bernardi-Sherini (Kassel)

Politik und alternativer Alltag – Zwischen Widerspruch und Notwendigkeit

Wir wollen und brauchen Alternativen für unseren Alltag, weil die Gesellschaft uns keinen lebenswerten Platz mehr lässt und weil wir die herrschenden Verhältnisse ändern wollen. Aufbau von konkreten Alternativen und politische Arbeit konkurrieren miteinander, um erfolgreich zu sein müssen wir Wege finden, um Theorie und Praxis miteinander zu vereinen.

Uli Barth, N.N (Kommune Niederkaufungen)

Wirtschaftliche Selbsthilfe als Aneignungsstrategie gegen Sozialabbau, Armut und Ausgrenzung?

Ein Vergleich der Kämpfe in Argentinien und Deutschland

Elisabeth Voß (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie und Initiative Anders Arbeiten), Alix Arnold (Wildcat)

"Noch´n Schnittchen Schneewittchen"

Differenz, Kollektivität und Politik in meinem schönen neuen Leben - du darfst

crossover Berlin

Arbeit als Lebenskunst

Über die Verbindung von Arbeit und Bildung; Bildung verstanden als Selbstbildung und nicht als Ausbildung.

Jochen Kuhnen

Reformismus in der Krise

Bei aller Kritik am traditionellen Reformismus scheint sich derzeit ein problematisches Nebeneinander von kritischen Erkenntnissen und konformistischen Strategien zu etablieren. Dies soll am Beispiel „Sozialpolitik als Infrastruktur" und am Buch „Empire" verdeutlicht werden sowie nach Alternativen gefragt werden.

Felix Kurz

Zanon gehört den Arbeitern – Besetzte Fabriken in Argentinien

Seit mehr als zwei Jahren produzieren 300 ArbeiterInnen in Zanon. Mit dem Video "Mate, Ton und Produktion" (AK Kraak,2003) und weiteren Informationen soll gezeigt werden, wie aus einer ganz normalen Belegschaft ein kämpferisches ArbeiterInnenkollektiv wurde, das Produktion und Politik basisdemokratisch organisiert und welche Perspektive dies hat.

Wildcat (Köln)

Arbeit, Migration, Prekarisierung

Arbeitskämpfe von Illegalisierten bieten Projektionsflächen für eine jederzeit unterstützungsbereite linke Szene an. Es kann jedoch nicht darum gehen, Flüchtlinge / Illegalisierte / MigrantInnen als Opfer der ausbeuterischsten Arbeitsverhältnisse auszumachen. In unserem Workshop möchten wir verschiedenste Mobilisierungsansätze, beispielsweise worker centers in den USA, vor- und zur Diskussion stellen.

amplitude/kmii

Soziale Foren unter der Lupe!

Kritische Reflexion und Erfahrungsaustausch unter den verschiedenen sozialen Foren. Sind die sozialen Foren tatsächlich ein möglicher Ansatz, um gegen den Neoliberalismus auf eine emanzipatorische Art und Weise Räume und Handlungsperspektiven zu erreichen?

Dieter Hartmann Uschi Volz-Walk (Mitbegründer/in des Sozialforums Berlin)

„Der Mensch braucht keine Erwerbsarbeit. Der Mensch braucht ein existenzsicherndes Einkommen."

Bild und Zitat der Ausstellung „Arbeit auf Teufel komm raus" vom Verein abfallGUT Dresden e.V., zu sehen auf dem BUKO

AGs Forum 2 | Privatisierung

„Sozialstaat"

Im Wesentlichen an den Themen Altersicherung und Gesundheitsversorgung wollen wir darstellen, wie öffentliche Systeme Sozialer Sicherung in der Vergangenheit funktionierten. So wird verständlich, warum sie der Vermarktlichung anheim fallen. Und so können auch Defizite benannt und zukünftige Perspektiven gewonnen werden.

Christian Christen (Mitglied im wiss. Beirat von attac), Werner Rätz (ila)

Privat(isierungs)wirtschaft

Neoliberale Ideologie entspringt der Notwendigkeit im Kapitalismus, stets neue Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Unterschiede gibt es aber in der Art der Durchsetzung im Trikont und in den Metropolen. Über die ökonomischen Grundlagen wie praktische Umsetzung von Privatisierungsprozessen.

Franz Garnreiter (institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.)

Liberalisierung, Privatisierung und Kommerzialisierung Öffentlicher Güter

Ziel soll eine kritische und differenzierte Auseinandersetzung mit der Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik im Bereich öffentlicher Dienstleistungen in Europa und in Ländern des Südens sein. Mit Bezug auf Einzelfallbeispiele werden wir die Rolle lokaler sowie übergeordneter politischer Akteure und Organisationen wie EU, WTO/GATS, Weltbank kritisch hinterfragen.

Kristina Dietz und Barbara Dickhaus (World Economy, Ecology an Development, WEED)

Gesundheit: Vom Menschenrecht zur Ware

In unserem Workshop wollen wir Entstehung und Funktionsweise von GATS auch für Nicht-ExpertInnen verständlich machen und seine Auswirkungen auf Gesundheit diskutieren.

Christiane Fischer, (BUKO-Pharmakampagne)

Krise der Privatisierungspolitiken

Die Begründung von Privatisierungspolitiken wird brüchig. Doch gibt es über Einzelanalysen hinaus kaum fundierte Arbeiten über Folgen von Privatisierung in Europa, so dass Gegendiskurse selbst hochgradig auf nicht weiter belegten Annahmen beruhen. Es gilt sich einen Überblick zu verschaffen, Leerstellen aufzuzeigen, offene Fragen zu formulieren.

Netzwerk „Privatisierung – öffentliche Güter – Regulation", sponsored by Rosa Luxemburg Stiftung

Educación privatizada

Seit Anfang der 90er Jahre befindet sich das nicaraguanische Bildungssystem in einem Prozess der martwirtschaftlichen Neuausrichtung. Unter dem Label der „Schulischen Autonomie" werden die Kosten zunehmend auf die Eltern abgewälzt. Gleichzeitig gewinnen NGOs an Bedeutung mit durchaus widersprüchlichen Konsequenzen.

José Antonio Zepeda, (CGTEN-ANDEN, Gewerkschaft des Bildungswesens Nicaragua)

Sprünge im Sumpf – Emanzipatorische Bildungspolitik und neoliberale Privatisierung

Die Privatisierung im Bildungsbereich soll in diesem Workshop sowohl theoretisch eingeschätzt wie exemplarisch dargestellt werden. Darüber hinaus sollen die bisherigen Praxen gegen die Privatisierung eingeordnet werden. Können wir uns die Bildung aneignen? Wie gestalten sich die Grenzen der Aneignung?

Horst Bethge (SprecherInnenrat der AG Bildungspolitik in der PDS, Hamburg), Jürgen Klausenitzer (www.links-netz.de, Frankfurt/M.)

Monsterfraß und Reinheitsgebot

Zum Stand der Dinge hinsichtlich der Einführung der Gentechnik in die Landwirtschaft und über die Selbsthilfe der BäuerInnen, um diese zu verhindern.

Mute Schimpf (Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft)

"Privatisierung des Saatguts - Terminator auf dem Vormarsch..."

Der Workshop zeigt die Konflikte und Kämpfe um die Rechte an genetischen Ressourcen (Saatgut ‚Heilpflanzen) auf. Neben einem thematischen Einblick ist es Ziel des Workshops, über mögliche Ansätze und Strategien linker Politik zu diskutieren.

buko-kampagene gegen biopiraterie, buko-agar-koordination

Enteignung von ‚oben' und (Wieder-)aneignung von ‚unten' – Tragfähige theoretische Konzepte (Kategorien) für linke Analysen und Politiken?

Diskutiert werden soll in zwei Blöcken, inwiefern diese Begrifflichkeiten für die Analyse gegenwärtiger Widersprüche neoliberaler Vergesellschaftung und die Entwicklung entsprechender widerständiger Praxen nutzbar gemacht werden können.

Netzwerk „Privatisierung – öffentliche Güter – Regulation", sponsored by Rosa Luxemburg Stiftung

Unruhe auf der Insel der Glückseligen

Der "Magna-Park" als Logistik-Standort dient der globalen Rationalisierung auf Kosten der Vernichtung bester Ackerflächen. Roland Braun stellt die Korruption von öffentlichen und privaten Interessen am Bsp. Hebenshausen und dessen Widerstand dar.

Roland Braun (Vorsitzender der OWEI e.V.)

Geschlechterverhältnisse und Privatisierung: Was heißt Alltagswiderstand hier?

Wie zeigen aktuelle Beispiele (Film) über den Widerstand gegen Privatisierung von Basisbewegungen aus Indien. Privatisierung zerstört dort subsistente Lebensweisen mit egalitären Geschlechterverhältnissen und implementiert patriachale, kapitalistische Alltagsverhältnisse. Was bedeutet ein Widerstand, der Alltagsfragen und Geschlechterverhältnisse nicht immer wieder außen vor lässt, sondern zum Ausgangspunkt macht?

antipatriarchales netz berlin

NachhaltigeGesellschaftsOptimierung oder NeoliberalerGruppenOptimismus? NGO-Diskurs und Privatisierungspraxis

Im Privatisierungsprozess zentrale Begrifflichkeiten, wie Nachhaltigkeit, Effizienz und Dezentralisierung finden sich nicht nur in den Texten des IWFs und der Weltbank sondern gehören auch zum aktiven Wortschatz diverser Hilfswerke, NGOs und Soligruppen. Ein Versuch, mangelnde Trennschärfe sowie begriffliche Beliebigkeit zu problematisieren.

Arbeitsgruppe Privatisierung im Ökumenischen Büro e.V. München

Foren

AGs FORUM 3 | Soziale Rechte und Legalisierung

Doing feminism(s) - Aneignung und Wirkung feministischer Politik zur Diskussion gestellt
ag feministische theorie und praxis (Bochum)

Staat, Autonomie und soziale Rechte
Die AG diskutiert die komplexen Beziehungen von Macht und Gegenmacht anhand verschiedener Staats- und Machttheorien und aus der Perspektive besonderer sozialer Kämpfe.
RedakteurInnen und AutorInnen von Fantomas

Geschlechtliche Aneignung, Habitus und sprachliche Repräsentation
Der Workshop will sich intensiver mit zwei Punkten beschäftigen: Habitus und Repräsentation (vgl. den Beitrag auf Seite 3 dieser Zeitung).
kitty/arranca!

Sozialraub und Sicherheitsdiskurs - Subjek(tivierung) zwischen Zukunftsangst und Kontrolle
Stiftung W.

Alles für alle - und zwar umsonst. Aneignung und Praxis der Umsonst- Kampagnen
Die AG bietet ausgehend von Berlin-Umsonst einen kritischen Rückblick auf die Aktionen und Diskussionen der vergangenen Monate: Was war der Ausgangspunkt für die Kampagne? Welche Aktionen hat es gegeben? Wo und Warum ist die Kampagne auf Grenzen gestoßen?
Berlin-umsonst.

Widersprüche und Verstricktheiten antirassistischer Politikformen
Von der eigenen Praxis als linksradikale antirassistische Gruppe ausgehend sollen die Diskussionspole linker (weißer deutscher) Politik gegen rassistische Sondergesetze und Unterstützungsarbeit für die Betroffenen auf der einen und Politikkonzepte gemeinsamer Organisierung jenseits staatlicher Zugehörigkeiten auf der anderen Seite aufgemacht werden.
Lieselotte Müller, Thomas Meyer (Initiative gegen das Chipkartensystem,Berlin)

„Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört"
Vor dem Hintergrund dieses Slogans, der unsere politische Praxis maßgeblich bestimmt, wollen wir uns mit den gegenwärtigen Debatten um Flucht, Arbeit und Migration auseinandersetzen.
Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Arbeit ja – Ausbeutung nein! Wie arbeitende Kinder in Afrika, Asien und Lateinamerika um ihre sozialen und ökonomischen Rechte kämpfen
Mit einem Bericht vom Welttreffen der Bewegung arbeitender Kinder in Berlin.
ProNat (Bundesnetzwerk zur Kinderarbeit in Ländern des Südens)

Existenzgeld
Was mache ich mit 800 .- monatlich plus angemessener Wohnkosten? Ohne Unterhaltspflicht, ohne Arbeitszwang, ohne Bedürftigkeitsprüfung aber mit 50% Abgabe auf Nettoeinkommen aller Art. Ausgehend von dieser Frage werden die Bedürfnisse, bestehende politische Zusammenhänge und die Notwendigkeit der Veränderung diskutiert
Wolfram Otto (BAG-SHI), Dieter Koschek (AG SPAK)

Legalisation will not be televised / The making of legalisation in Europe
Was heißt es, eine "Recht auf Legalisierung" – Kampagne zu machen, die keine Kampagne sein will? Was bedeutet es, Legalisierung als einen Kampf um Rechte zu konzipieren? Wie kann man an die Legalisierungsstrategien anknüpfen, die unterschiedlichen Positionen vernetzen und die Offensive weitertreiben?
Gesellschaft für Legalisierung

Rasthaus Freiburg
Nach dem Motto „Jede Stadt braucht ein Rasthaus" wird die Freiburger Initiative für ein Rasthaus für illegalisierte MigrantInnen ihr Projekt, Vorgehensweise und Zwischenergebnisse vorstellen

Legalisierung und Arbeitsrecht - Perspektiven in der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften
Innerhalb einer Diskussionsrunde wollen wir von Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften berichten. Im Mittelpunkt steht das Thema der Arbeitsrechte von Frauen mit und ohne Papiere, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befinden.
Respect Berlin.

autonomia sin permisio
Wie die Zapatistas ihre Autonomie leben und dabei dem Staat eine lange Nase machen...
ya-basta netz

Soziale Foren
Ihre junge Geschichte und die Frage, ob sie beim Machen Selbiger eine Rolle spielen.
schöner leben göttingen

Yomango – weil man Glück nicht kaufen kann
Yomango setzt der Welt der Marken, in der unsere Wünsche, unsere Kreativität und unsere Rebellion enteignet wird, eine eigene Marke entgegen, die vor allem eine Botschaft hat: Klauen ist chic. In einer Fußgängerzone werden während einer Performance Kleidungsstücke aus einem Geschäft geklaut. In einem Supermarkt in Barcelona entwenden Tango tanzende Paare anlässlich des ersten Jahrestages des Aufstandes in Argentinien Sektflaschen und lassen in einer für die Krise verantwortlichen Bank die Sektkorken knallen.
Hamburg Umsonst

Weitere AGs

Aneignung von linker Geschichte - Wozu und vor allem wie?
In dieser AG wird thematisiert, wie die Geschichtsschreibung der (radikalen) Linken über sich selbst aussieht, warum die Linke relativ geschichtslos ist und wie dieser kritikwürdige Zustand verändert werden könnte
Bernd Hüttner (Archiv der sozialen Bewegungen, Bremen), Gottfried Oy (excom.une.farce, Frankfurt/M)

Deutscher Kolonialismus – Ende der Verdrängung
Die deutsche Kolonialherrschaft ist ein weitgehend vergessenes und angesichts der damit verbundenen Verbrechen auch verdrängtes Kapitel. Auch Leute, die sich für alles Mögliche im Süden engagieren, haben da Nachholbedarf. Nach einem Überblick über die wirtschaftliche und ideologische Kolonialgeschichte geht es um mögliche Initiativen, wie mit dem Erbe des deutschen Kolonialismus sinnvoll und im Kontext antikolonialen Engagements umgegangen werden kann.
Reinhart Kößler (Redaktion Peripherie und wiss. Beirat attac)

Entschuldigung-Entschädigung-Aufenthalt
Aktuelle Konsequenzen aus der europäischen Kolonialgeschichte in Afrika am Beispiel Deutschlands
anticolonial conference

Keimformen
Zur Analyse und Kritik möglicher Keimformen einer emanzipatorischen Umformung der Gesellschaft
schöner leben göttingen

Bäuerinnen- die Letzten von gestern oder die Ersten von morgen?
Nachdem die Bäuerinnen im Süden zum Objekt der Entwicklung gemacht wurden, kehrt dieses Phänomen nun auch wieder in den Norden zurück. Der verstärkte Druck des Neoliberalismus auf die Agrarpolitik und damit auch auf die Bäuerinnen führt zu weiteren Belastungen und soziale Ungleichheit auf dem Lande und in der Familie.
Karin Jürgens

Der bolivarianische Prozess in Venezuela: Revolution des 21. Jahrhunderts?
Film, Vortrag und Diskussion
mit Dario Azzellini (Berlin) und Stefan Thimmel (Berlin)

Globale kapitalistische Enteignung und Probleme von Alternativen. Kollektive Aneignung, gesellschaftliche Planung und radikale Demokratie
Eine Alternative zur kapitalistischen Vergesellschaftung durch Markt und Staat ist notwendig. Doch ist die Frage offen, wie diese aussehen und auf (welt-)gesellschaftlicher Ebene organisiert werden kann. Damit stellt sich das Problem demokratischer Planung - ausgehend von widerständigen Praxen und jenseits von "Masterplänen".
Daniela Setton (Berlin), Thomas Sablowski (Prokla-Redaktion und wiss. Beirat attac, Berlin), Ariane Brenssell (antipatriarchales netz berlin, angefragt), Ulrich Brand (BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft)

Menschenrechte universal
Kulturverein Kommune Globus e.V.

Linke Bewegungen im Orient
Arbeiterkommunistische Partei Iran

Militär Gewalt Europa
Zur Legitimationsproduktion von Zwang
Referenten: Michael Berndt (Kassel), Tobias Pflüger (Informationsstelle Militarismus, Tübingen), Peter Strutynski (Kasseler Friedensforum)

Kommunismus für Kinder

„Na, das war ja nichts," denken sich die Menschen. "Erst hat uns der Kapitalismus ganz unglücklich gemacht und dann ist er auch noch ständig schief gegangen. Außerdem", sagt ein Mensch laut, „haben wir den Kapitalismus jetzt wahrlich lange genug gehabt – 200 – 500 Jahre nämlich – und das reicht ja nun wirklich. Es wird Zeit für was Neues. Und Abwechslung muss sein."
Kommunismus für Kinder. Lesung mit Musik im Abendprogramm des BUKO

Filme | Filme| Filme | Filme | Filme | Filme | Filme | Filme | Filme | Filme | Filme | Filme

Ein gutes reichhaltiges Filmprogramm soll Euch neben den vielen interessanten Veranstaltungen ermöglichen, spannende Themen aus anderen Perspektiven heraus aufzunehmen! Haltet auf dem Kongress Ausschau nach den aktuellen Ankündigungen!

Zapatistas, crónica de una rebelión

Regie: Victor Mari-a und Mario Viveros, Mexiko 2003, Doku, 120 min., OmU
Gast: Markus Wissen (BUKO)
Mexiko, 1. Januar 1994: Das Freihandelsabkommen NAFTA tritt in Kraft, Mexiko wird damit zum Billiglohnland für die US-amerikanischen Konzerne. Zeitgleich besetzt die EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional - Zapatistische Armee der nationalen Befreiung) Städte im Süden Mexikos. Sie ist der bewaffnete Teil der indigenen zapatistischen Bewegung in der Region Chiapas, die für die Rechte der indigenen Bevölkerung und gegen die neoliberale Ausbeutung kämpft. Im August 2003 wird dort eine Autonomie-regierung ausgerufen.

Der Film ist eine Chronik der vergangenen zehn Jahre: eine Region zwischen paramilitärischen Übergriffen und der breiten zivilgesellschaftlichen Mobilisierung durch die Zapatisten. Exklusive Interviews mit Subcomandante Marcos und anderen Mitgliedern der Regierung zeigen die schwierigen Bedingungen, unter denen sich die Autonomiegebiete gegen die Armee behaupten müssen.
www.gruppe-basta.de
www.chiapas.ch

20 Jahre Theater

Straßentheatergruppe Schluck & weg der BUKO Pharma-Kampagne feiert Jubiläum
Zehn Leute aus verschiedenen Dritte-Welt-Gruppen steigen im Mai 1984 für eine bundesweite Aktionswoche der BUKO Pharma-Kampagne in einen buntbemalten Kino- und Infobus. Von Düsseldorf bis Genf reisen sie durch 14 große und kleine Zentren der Republik. Der Erfolg der außergewöhnlichen Aktion ist so gewaltig, dass die Truppe im selben Jahr noch dreimal auf Tour geht, u.a. zum BUKO-Kongress in Münster. Noch heute – 20 Jahre später – inspiriert und begleitet das mobile Straßentheater die Aktionen der Pharma-Kampagne.

Wir feiern das Schluck & weg Jubiläum und 20 Jahre politisches Straßentheater der BUKO Pharma-Kampagne mit einem offiziellen Erinnerungs-Kennenlern-Geburtstags-Workshop beim BUKO-Kongress. Wir laden alle ehemalige Gruppenmitglieder und FreundInnen des Straßentheaters zum Empfang, präsentieren Anekdoten aus der Geschichte und eine Foto-Dokumentation über Schluck & weg. Wir zeigen außerdem Video-Filme einzelner Aufführungen, machen ein wenig Theater und laden zum Mitmachen ein. (Samstag, 22.5.2004, 9.30-12.30 Uhr)

Endlich wird die Arbeit knapp?

Klassische Lohnarbeit hat noch immer die dominierende Rolle im Kapitalismus inne, sei es in öffentliche Debatten, sei es in den Köpfen der Menschen. Über Arbeit und die damit verbundene Entlohnung wird integriert oder ausgeschlossen, Lebensverhältnisse werden kontrolliert und normiert, das Individuum bewertet. Kostenlose Reproduktionsarbeit wird trotz aller feministischen Forderungen nach Anerkennung noch immer als selbstverständlich angesehen. Arbeitslosigkeit wird als selbstverschuldet diffamiert, Lohnkosten sollen angesichts des internationalen Wettbewerbs gesenkt werden. Klassische gewerkschaftliche Interessenvertretung schwankt zwischen lauem Protest und verzweifelten Appellen, doch bitte noch zu Rate gezogen zu werden. Wer es dagegen schafft, sich zum „self-made man from another man's work" aufzuschwingen, sich also die Arbeit anderer effektiv anzueignen, hat das ‚Spiel' um Konkurrenz und Effizienz gewonnen.

In den 70er Jahren gründeten sich selbstverwaltete Betriebe und Kollektive, um der herrschenden Verhältnissen Alternativen entgegen zu setzen und theoretische Kritik als Alltagspraxis zu erproben. Doch spätestens in den 90er Jahren mutierten viele dieser vermeintlichen Alternativen zu gesteigerter (Selbst-) Ausbeutung bzw. normalen Klitschen mit Chef und Lohnkürzungen. Einige überlebten trotz aller Widrigkeiten, wenn auch meist äußerst prekär. Doch nach wie vor ist Kritik an Arbeits- bzw. Ausbeutungsverhältnissen und einem zu engem Begriff von Arbeit notwendig. Abseits von den gegenwärtigen Abwehrkämpfen weltweit müssen theoretische Aspekte reflektiert, aber auch konkrete Handlungsoptionen ausgelotet werden. Daher werden wir in diesem Strang eine Bestandsaufnahme machen: Welche Erfahrungen werden zur Zeit weltweit gemacht – vom klassischen Lohnarbeitskampf oder dem Kampf Illegalisierter, denen Arbeit bewusst verwehrt wird, zu alten und neuen Formen gewerkschaftlicher Organisation oder selbstorganisierter Vergesellschaftung in Kommunen und Kollektiven. Wie wird konkret versucht, die Kontrolle über die eigenen Lebensverhältnisse zurückzugewinnen? Und wie ist dies jeweils zu bewerten: Handelt es sich dabei wirklich um zukunftsweisende emanzipative Praktiken oder eben doch nur um „linke Nischen" im Kapitalismus? Es geht also darum herauszufinden, wo – und wie – überall in dieser Welt dem neoliberalen Klassenkampf von oben alltäglich Praxis von unten entgegengesetzt wird, wo Margaret Thatchers TINA (There Is No Alternative)-Syndrom täglich widerlegt wird.

Von der Privatisierungskritik zur Kapitalismuskritik

Mit dem Zusammenbruch der ehemaligen "real-sozialistischen" Staaten Osteuropas und dem fortschreitenden Zerfall der politischen Rahmenbedingungen, die es einigen Trikontstaaten erlaubten, geschützte Wirtschaftsräume aufrecht zu erhalten, erhält die neoliberale Ideologie scheinbar universale Gültigkeit. Sichtbarer Ausdruck des neuen Status Quo sind die umfangreichen Privatisierungen ehemals öffentlicher Einrichtungen und Güter zum Zweck der "Inwertsetzung", die bislang aus dem kapitalistischen Verwertungsprozess ausgeschlossen waren.

Mit der Schaffung neuer Anlagemöglichkeiten folgen Privatisierungen dem ökonomischen "Sachzwang", den die kapitalistische Notwendigkeit nach steter Ausweitung erzeugt. Mit der marktwirtschaftlichen Durchdringung weiterer gesellschaftlicher Räume wird jedoch gleichzeitig eine (globale) Enteignungsökonomie fortgeführt. Diese Ausweitung vollzieht sich einerseits geografisch, wobei die bislang umfangreichsten Privatisierungen in den osteuropäischen Staaten durchgesetzt wurden. Andererseits wirkt dieser Prozess auch in die Gesellschaften hinein. Im Zuge der Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen, von Infrastruktur und Produktionsanlagen werden staatliche soziale Rechte, die den Zugang zu bestimmten Gütern und Dienstleistungen garantierten, durch das Recht auf deren Kauf ersetzt.

Wenngleich Widerstandsaktionen - vor allem im Trikont - bestimmte Privatisierungsvorhaben verhindern konnten, ist die Gegenwehr schon angesichts der Quantität der Privatisierungen gering und zumeist von defensivem Charakter. Hinzu kommen Widerstandsbedingungen, die eine Radikalisierung erschweren. Zum einen erscheint nicht nur das Bild von der alternativlosen kapitalistische Produktionsweise hegemonial geworden zu sein. Auch zentrale neoliberale Ideologien (Effizenz, wirtschaftliche Nachhaltigkeit ...) sind zumindest in den Metrolpolen bis in gewerkschaftliche Kreise hinein durchgesetzt. Zudem werden bestimmte negative Auswirkungen durch rassistische und sexistische Arbeitsteilung abgefedert und dadurch der öffentlichen Wahrnehmung entzogen. Und schließlich schränkt die Affimierung des bürgerlichen Staates, der – bisher Garant sozialer Rechte - von Teilen der globalisierungskritischen Bewegungen zu einem Gegenpol zur privatwirtschaftlichen Vergesellschaftung stilisiert wird, die Möglichkeiten zur Radikalisierung deutlich ein.

Dabei ist der positive Bezug auf den kapitalistischen Sozialstaat – je nach konkreter Sozialgeschichte einzelner Länder – mit unterschiedlichen politischen Ideologien verknüpft. In den Metropolen ist dabei die Gefahr einer reaktionären Bezugnahme immer präsent. Schon allein weil sich weltweite Dominanzverhältnisse auch darin ausdrücken, dass die kapitalistischen Zentren in der Lage sind, soziale Forderungen chauvinistisch zu befriedigen, d.h. über Repression und Krisenabwälzung nach "Außen" – eine Option, die in der Expansionsgeschichte des Kapitalismus permanent gewählt wurde und wird.

Es ist in mehrfacher Hinsicht von Nöten, auch bei der Entwicklung von Widerstandsperspektiven gegen Privatisierungen und der damit verbundenen Verteidigung sozialer Rechte, die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Negation des bürgerlichen Staates sichtbar zu machen. D.h., anstelle der bloßen Rückkehr zu den staatlich garantierten Rechten deren progressive Aufhebung durch "gesellschaftlich garantierte Rechte" zu thematisieren. (Dies schließt jedoch eine kritische Überprüfung jener linksradikaler Ansätze mit ein, die sich darin erschöpfen, kapitalistische "Gesellschaftlichkeit" mit dem Propagieren individuell abgesicherter, präkerer sozialer Nischen zu negieren.)

Die Bedeutung einer solchen radikalen Kritik wird auch dadurch nicht geschmälert, dass die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse "praktische" Gegenentwürfe immer beschränken werden und der bürgerliche Staat als die einzig realistische Möglichkeit anzusehen ist, die Befriedigung sozialer Bedürfnisse auf gesellschaftlicher Ebene zu garantieren - und die Forderung nach einer gesellschaftlichen Garantie sozialer Rechte sich erst dann einlösen lässt, wenn nicht nur der bürgerliche Staat, sondern auch das ihm zugrunde liegende Produktionsverhältnis beseitigt würden.

Im Gegenteil: das theoretische wie praktisch-bewusste Infragestellen der Normen warenförmiger Bedürfnisbefriedigung, d.h. die gesellschaftliche Aneigung materieller und ideeller "Lebensmittel" jenseits der Logik von Markt und kapitalistischem Wohlfahrtsstaat, kann eine Möglichkeit sein, auch die Infragestellung der Produktionsverhältnisse selbst praktisch werden zu lassen. Obgleich die Proteste gegen Privatisierungen spontan nicht über die Logik des bürgerlichen Sozialstaates hinauszuweisen scheinen, birgt der Gegenstand des Protestes ein bedeutendes Potenzial. Schließlich spricht ja einiges dafür, Proteste, die sich u.a. gegen die Umwandlung öffentlicher Güter in Waren wenden, dazu zu nutzen, die Warenform als solche zu kritisieren.

Arbeitsgruppe "Privatisierung" im Ökumenischen Büro München

Get up, stand up – get up for your right.

Zum Begriff „soziale Rechte" hatten radikale Linke über Jahrzehnte ein eher zwiespältiges Verhältnis. Natürlich war niemand dagegen, Rechte zu haben, auch waren Linke immer für die Erweiterung gegebener und die Durchsetzung neuer Rechte. Der Kampf um Rechte aber stand stets im Verdacht der reformistischen Beschränkung, denn Rechte waren und sind eine Einrichtung des bürgerlichen Staates und Gesellschaft, um deren Abschaffung es der radikalen Linken ging (und geht). Bei allen Unterschieden ziel(t)en Kommunismus wie Anarchismus zuletzt auf die Rücknahme des Staates und damit auch des formellen Rechts. Bis dahin unterhält man ein taktisches Verhältnis hierzu, bezieht sich darauf, wo Kämpfe um Rechte zu mobilisieren sind, setzt sich davon ab, wo es gilt, „geltendes" Recht zu brechen und zu überschreiten.

Im Kern ist das auch heute noch richtig, und doch hat sich einiges geändert. Das resultiert zum einen aus der zum Teil traumatischen Erfahrung des Unrechts, das die Linke des 20. Jahrhunderts zu verantworten hat, die dazu auf die Gewalt eigener Staatsapparate zurückgreifen konnte. Auch deshalb ist Linken heute nicht mehr so umstandslos klar, was „nach" der bürgerlichen Gesellschaft, ihrem Staat und dessen Rechtsordnung kommen wird. In dieser strukturellen Ungewissheit kann ein radikaler Begriff sozialer Rechte auf emanzipative Vorstellungen gesellschaftlicher Verhältnisse verweisen, um deren Verwirklichung es Linken geht.

Die Veränderung im linken Verhältnis zum Recht resultiert aber auch aus der fortschreitenden Liquidation errungener Rechte unter dem Regime neoliberaler Politik. Dieses produziert systematisch Ungleichheit und begründet dies in einer Mischung aus zynisch entfesseltem Konkurrenzindividualismus und pflichtethisch aufgeladenem Standortnationalismus: Rechte hat, wer sie sich gegen andere als Vorrecht zu sichern weiß und dabei den Pflichten nachkommt, die Staat und Kapital zwar unterschiedlich verteilen, doch letztlich allen abverlangen. Wo sich dagegen Widerstand regt, werden (noch) geltende Rechte verteidigt oder erweiterte Rechte eingefordert. In beiden Fällen sind Linke zum Handeln aufgerufen, nicht zuletzt, um dabei Illusionen über bürgerliches Recht zu zerstreuen, die in Illusionen über den bürgerlichen Staat ihren Ursprung haben.

Erschwert wird jene Form der Intervention, weil sich auch herrschende Ideologie aufs Recht beruft: Imperiale Militärinterventionen, mit denen der Fortgang kapitalistischer Globalisierung gesichert und „Weltordnung" geschaffen werden soll, erfolgen im Namen universeller Menschenrechte. Letztere werden gleichermaßen mit Füßen getreten, wenn es um das Recht von Nationalstaaten, des Marktes und der Börse auf störungsfreie Abläufe geht. Dafür werden all jene ausgegrenzt, die nicht dazugehören: MigrantInnen, Sozialschmarotzer, widerspenstige Arbeitskraft, TrägerInnen gefährlicher Viren, Kriminelle, Subversive, kurz: unproduktives und gefährliches Leben.

Wo also anfangen im Kampf ums Recht und um Rechte? Selbstverständlich können Linke von der Verteidigung geltender Rechte nicht ablassen, wenn diese von Staat und Kapital aufs Spiel gesetzt werden. Doch hat erfahrungsgemäß den Kampf schon verloren, wer sich auf die Defensive beschränkt. Und selbstverständlich bleibt die geltende Rechtsordnung auch unter neoliberalem Druck das, was sie war: ideologischer Ausdruck des fordistischen Klassenkompromisses. Folglich beginnt linker Kampf ums Recht erst dort, wo neue Rechte gefordert werden, die über geltendes Recht hinausgehen und das Feld eines sozialen Kampfes eröffnen, dessen Ausgang noch ungewiss ist.

Ein Beispiel dafür ist der Kampf der MigrantInnen um ein Recht auf Legalisierung ihres Aufenthalts. In diesem Kampf wird nicht nur ein Recht eingefordert, das einige „von Geburts wegen" haben, sondern ein Recht, das die bisherige Rechtsordnung überschreitet. Denn hier geht es um die Transnationalisierung des Rechts, die unabhängig von der Herkunft jedeN am Ort des Aufenthalts zur TrägerIn sozialer Rechte macht. Dabei macht das Wörtchen „Recht auf..." einen entscheidenden Unterschied zu Bleiberechtsforderungen, denn es geht um das Recht auf Legalisierung des Aufenthalts, das die nicht in Anspruch nehmen müssen, die Gründe haben, es nicht zu tun. Zum andern aber ist die Einforderung eines solchen formalen, d.h. vom Staat garantierten Rechts nur möglich, weil die, die es fordern, sich ihr Recht auf freien Aufenthalt am Ort ihrer Wahl schon genommen haben. Diese mannigfachen Aneignungsstrategien „von unten" sind die Voraussetzung des Kampfs um formelle Anerkennung „von oben" – dann aber ist der Unterschied von reformistischer Anerkennungs- und revolutionärer Aneignungspolitik, von Politik im Staat und Politik gegen den Staat schon überschritten.

Diese Bewegung findet auch anderswo im Kampf um die nachträgliche Anerkennung „illegaler" Landnahmen oder Hausbesetzungen, aber auch in der aktuellen Streikbewegung der französischen KulturarbeiterInnen statt. Sie verteidigen nicht nur die gesetzlich garantierte Absicherung ihrer befristeten Arbeitsverhältnisse, sondern zugleich ein Recht, das sie sich individuell längst genommen haben: das Recht auf Ablehnung eines „Normalarbeitsverhältnisses", d.h. das Recht auf einen – sozial abgesicherten – Wechsel von Zeiten der Lohnarbeit und der Nicht-Lohnarbeit. Einen branchenspezifischen Reformismus haben die KulturarbeiterInnen in dem Augenblick überschritten, in dem sie dies ausdrücklich zum Recht aller Prekarisierten erhoben und damit eine Option betonen, welche die neoliberalen Verhältnisse zum Tanzen bringen kann. Dann jedenfalls, wenn andere sie zu ihrer eigenen machen und dort beginnen, wo alles anfängt: in der Weigerung, die Lebens- und Arbeitsbedingungen hinzunehmen, die Staat und Kapital durchzusetzen suchen, und zu versuchen, hier und jetzt andere Verhältnisse zu schaffen. Für Linke versteht sich das von selbst, nicht nur aus distanzierter strategischer Reflexion, sondern aus existenzieller eigener Betroffenheit. Oder?

...but some are more equal.

Die EU-Osterweiterung und Perspektiven linker Politik

Zwischen dem Druck dieser Zeitung und dem 27. Kongress der BUKO werden viele Landkarten verändert, große Reden werden geschwungen und feierliche Zeremonien vollzogen werden: Die Europäische Union wird am 1.Mai um zehn neue Mitglieder erweitert.

Doch der eigentliche Prozess der Erweiterung ist in den letzten Jahren, und weitgehend unbemerkt in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, in den Beitrittsländern bereits vollzogen worden. In höchst asymmetrischen Beitrittsverhandlungen hat die EU im Zusammenspiel mit den Eliten der Beitrittsländer dafür gesorgt, dass diese sämtliche EU-Regeln und -Normen übernehmen.

Natürlich wird niemand gezwungen. Wenn aber ein Land der EU beitreten will, muss es eben alle Bedingungen erfüllen. Nach dem so genannten Regattaprinzip wurden die Länder in einen regelrechten Wettbewerb zueinander gesetzt. Rumänien und Bulgarien, weil zu arm, zu bevölkerungsreich und zu wenig „beitrittstauglich", sind vorerst einmal ausgesondert worden.

Die EU-Regularien (der so genannte acquis communautaire, die „Fertigkeiten der Gemeinschaft") sind auf über 100.000 Seiten festgehalten; jedes Jahr kommen 2.500 hinzu. In bestimmten Politikbereichen – vor allem im Bereich der Marktliberalisierung bzw. -regulierung, aber auch in bestimmten Bereichen der Innenpolitik wie vor allem der Asyl- und Visapolitik – sind diese Regeln relativ rigide und detailliert (hard law). In vielen anderen Bereichen – z.B. Gleichstellungspolitik, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik – wird dagegen auch in der alten EU mehrheitlich so genanntes soft law eingesetzt. Hier werden Empfehlungen ausgehandelt, und wie die dann umgesetzt werden, ist Sache der jeweiligen Nationalstaaten.

Das Ergebnis ist, dass einerseits bestimmte Sparauflagen, Privatisierungsmaßnahmen, Unternehmens- und Produktstandards, die Schließung der Ostgrenzen und anderes in den Beitrittsländern mit Verweis auf den EU-Zwang von den daran interessierten Kräften leichter durchgesetzt werden können. Andererseits klagen z.B. Gewerkschafts- und feministische AktivistInnen darüber, dass die hehren Richtlinien der EU in ihren Politikbereichen zwar schnurstracks in nationales Recht übernommen wurden, sich danach aber niemand mehr darum kümmert, ob das auch umgesetzt wird. Die Hoffnungen, die EU-Erweiterung werde Fortschritte in der Durchsetzung von sozialen und Gleichstellungsstandards mit sich bringen, sind damit im wahrsten Sinne des Wortes weitgehend zu den Akten gelegt worden.

Mitglieder zweiter Klasse

In entscheidenden Bereichen wie der Freizügigkeit für ArbeitnehmerInnen oder der Finanzverteilung haben die Alteingesessenen überdies Übergangsfristen durchgesetzt. Sowohl ökonomisch als auch politisch bleiben die neuen Mitglieder damit vorerst Mitglieder zweiter Klasse. Diese Peripherisierung innerhalb der EU-Grenzen läuft parallel zu einem anderen Prozess: Diejenigen, die vor den Toren der Festung Europa bleiben und bleiben sollen, werden abgekoppelt und ausgeschlossen – sowohl die Menschen in den Nicht-Mitgliedsstaaten als auch die illegalisierten MigrantInnen.

Die Folgen für die EU als Ganze bzw. für Westeuropa sind bisher – abgesehen vom Tauziehen um die Postenverteilung in diversen EU-Gremien – noch weitgehend undiskutiert. Einen Vorgeschmack bot jüngst die Veröffentlichung der neuesten Daten zur regionalen Wirtschaftsleistung: welche Region ist weiterhin „arm genug", um Mittel aus den europäischen Strukturfonds zu beziehen, und welche fällt aus der Förderung raus, weil die meisten osteuropäischen Regionen den Durchschnitt gedrückt haben?

Die Osterweiterung besteht vor allem darin, den ohnehin entstehenden neoliberalen Wettbewerbsstaat ohne sozialen Ausgleich unumkehrbar auch in den neuen Mitgliedsländern zu verankern. Das somit „eingerastete" neoliberale Modell verstärkt die polarisierenden Tendenzen innerhalb der bestehenden EU: größere regionale und soziale Unterschiede im Lebensstandard treffen aufeinander und werden in Wettbewerb gesetzt, so dass soziale (und ökologische) Standards gegeneinander ausgespielt werden können.

Zusätzlich sind in den Beitrittsländern selbst zumindest die tonangebenden Eliten tendenziell noch stärker auf einem neoliberalen Kurs als die Alteingesessenen in Westeuropa. Dies könnte auch auf das „alte Europa" in absehbarer Zeit zurückwirken.

Linke Alternativen?

Einen klaren Widerstand gegen diese Form der „europäischen Einigung" hat es bisher nicht gegeben, obwohl der Unmut in einigen Beitrittsländern so groß war, dass die Mehrheiten zum Beitritt in den jeweiligen Referenden nur knapp zustande kamen.

Für viele OsteuropäerInnen, auch und gerade aus sozialen Bewegungen, ist die EU aber auch nach wie vor das kleinere Übel. Das liegt unter anderem daran, dass es bisher nur selten gelungen (und auch wenig versucht worden) ist, diesem Unmut eine internationalistische Perspektive zu geben, und damit aus dem konstruierten Gegensatzpaar „nationalistisch-konservativer Einzelstaat versus neoliberale EU-Integration" auszusteigen.

Ein Grund dafür ist, dass die neoliberale Transformation und das darauf aufsetzende EU-Integrationsprojekt die sozialen Bewegungen in Osteuropa, die das Ende des realsozialistischen Herrschaftssystems durchgesetzt hatten, schlicht überrollt haben. Der scheinbar soziale westeuropäische Kapitalismus in EU-Gestalt war und ist eine der mächtigen Anziehungspunkte, die den realen Kapitalismus für viele Menschen in Osteuropa Anfang der 1990er Jahre wesentlich attraktiver aussehen ließen und heute noch lassen als jede Form einer ungewissen Alternative. Die reale Transformationskrise hat andererseits viele in meist individualisierte Überlebenskämpfe gestürzt, so dass der Widerstand gegen die Zumutung der neoliberalen Veränderungen ebenfalls vor allem auf der individuellen Ebene von Informalität und persönlichen Netzwerken stattfindet.

Die Schwäche der internationalistischen Perspektive hat aber nicht zuletzt auch etwas mit dem fehlenden Interesse vieler westlicher Linker an der EU und insbesondere an deren Osterweiterung zu tun. West- und osteuropäische Linke haben es überdies nur sehr punktuell geschafft, sich zu vernetzen und ihre Kritik gemeinsam zu formulieren. Gründe dafür sind sowohl ganz praktische Kooperationsprobleme wie fehlende Sprachkenntnisse sowie das ökonomische Gefälle, aber auch fehlende gemeinsame Traditionen und Bezugspunkte - die Zapatistas sind der Westlinken offenbar näher als polnische GewerkschafterInnen. Die Auseinandersetzungen, die eine Zusammenarbeit von ost- und westeuropäischen Linken ermöglichen würden, werden deshalb oft gar nicht erst geführt: etwa um politische Begrifflichkeiten und inhaltliche Ziele, realsozialistische und realkapitalistische Geschichte, Politik- und Kommunikationsformen, Organisationsstrukturen, um westeuropäisches Dominanzverhalten und angebliches osteuropäisches „Noch-nicht-so-weit-Sein".

In letzter Zeit ist das Interesse füreinander jedoch spürbar gestiegen. Die anstehenden Auseinandersetzungen können durchaus lohnend sein: nicht, um „den OsteuropäerInnen zu helfen", sondern um, im Sinne des neuen Internationalismus, eine andere Perspektive auf die eigene Realität zu gewinnen. „Internationalismus besteht heute zuvorderst darin, die eigenen Gesellschaften zu verändern. Das macht reflektiertes entwicklungspolitisches Engagement nicht überflüssig, verschiebt aber die Perspektive", schreibt die BUKO-Vorbereitungsgruppe aus Kassel in dieser Zeitung. Die EU-Osterweiterung und die Kooperation mit den AktivistInnen aus Osteuropa ist dafür ein äußerst praxisbezogenes Beispiel. Denn die Zumutungen, die die EU-Strategen den OsteuropäerInnen auferlegen, werden unmittelbar zu uns zurückkommen.

Welche Ansätze es gibt, um dem gemeinsam zu begegnen und eine gemeinsame „sternenklare Zukunft - Jenseits von EU und Nationalstaat" zu erstreiten, wie der BUKO-Titel vor drei Jahren formulierte, soll auf dem Kongress in einer Podiumsdiskussion am Freitagabend und in verschiedenen Workshops diskutiert werden.

Gisela Neunhöffer (osteuropa-ag, Berlin / BUKO Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft)

Impressum

Bundeskoordination Internationalismus
BUKO Geschäftsstelle
Nernstweg 32-34
22765 Hamburg
fon:(040) 393156
fax: (040) 38055122
mail buko.info
www.buko.info

Kontakt zum Kongressbüro BUKO 27:
c/o DGB Nordhessen
Spohrstr.6-8
34117 Kassel
tel: 0561/7209532
mail: kongressbuero@buko.info

V.i.s.d.P: Steffen Jörg

Copyleft: Bitte vervielfältigt die Artikel und verbreitet sie mit Quellenangaben.

Spendenkonto:
Ev. Darlehensgenossenschaft
BLZ 21060237
Kto.Nr.: 23489

Foto S.1: Andrea Saif
Gestaltung: Anita Quakernack
Druck: Caro Druck, Frankfurt/M.

Anmeldung

zum Kongress **das ende der bescheidenheit** buko 27 vom 20. - 23. Mai 2004 in Kassel

Name / Gruppe:
Anzahl der Personen:
Anschrift:
e-mail:
Newsletter:
Ich möchte mehr über die BUKO hören.
Nehmt mich in euren e-mail-Newsletter-Verteiler auf.

Ich verteile Zeitungen weiter:
Bitte schickt mir kostenlos ____ Exemplare

Die BUKO soll weiterleben!
Ich spende ____ EUR auf das nebenstehende Konto oder beteilige mich an dem BUKO Stellenfonds infos: www.buko.info

Teilnahme-Gebühr (nach Selbsteinschätzung)
Normal-Tarif: 55 EUR
Ermäßigter Tarif: 40 EUR
Spezial-Royal-Soli-Tarif: 75 EUR

enthalten sind: politische Inspiration, Schlafplätze, Verpflegung, Fahrtkostenerstattung
Die Fahrtkosten werden anteilig erstattet.
Der Eigenanteil beträgt 35 EUR (DB Ticket, 2. Klasse mit min. 40% Rabatt)

Kinderbetreuung
Kinder: Alter:
Do. Fr. Sa. So. (ankreuzen)
Schlafplatz:
Anzahl:
Do. Fr. Sa. (ankreuzen)

Die Teilnahmegebühr von ___ EUR habe ich überwiesen am _____

VzF/BUKO, Konto-Nr. 234 389
Ev. Darlehensgenossenschaft
BLZ 210 602 37
Stichwort TN buko 27

Datum Unterschrift

Die Teilnahme sollte nicht am Geld scheitern, wer / welche nicht zahlen kann, bitte bei der Geschäftsstelle melden.

Anfahrt per Bahn:
Vom Bhf Wilhelmshöhe mit der Straßenbahnlinie 1 Richtung Holländische Straße. Haltestelle Holländischer Platz aussteigen, in Fahrtrichtung über die Kreuzung ist das Unigelände.

Vom Hauptbahnhof (zu Fuß) Werner-Hilpert-Str. runter, große Kreuzung nach halbrechts, übernächste Kreuzung (Haltestelle Am Stern) nach links, geradeaus bis zum Holländischen Platz, linker Hand ist das Unigelände.

Anfahrt per Auto:
Ausfahrt Kassel Nord, Richtung Kassel, 3. Ampel nach rechts (Richtung Calden, Binding Brauerei ist rechts zu sehen), geradeaus über Fuldabrücke, Straßengabelung rechts halten, danach auf linke Spur einordnen, geradeaus über 2 Kreuzungen, Berg hoch, Berg runter, links ist das Unigelände (mit großem Parkplatz)

MFGs unter www.buko.info